

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Preisprophet: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Sonntagabend, den 30. April 1898.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Parteigenossen! Parteigenossen!

Der Tag der Wahlschlacht ist festgesetzt — am 16. Juni wird unsere Partei in ganz Deutschland den vereinigten Reaktionsparteien im Kampf gegenüberstehen. Und kämpfen heißt für uns siegen.

Nur noch sieben Wochen trennen uns von dem Tag der Entscheidung.

Was dieser Wahlkampf zu bedeuten hat, wie viel von seinem Ausgange abhängt, das wollen wir hier nicht auseinandersehen. Das habt Ihr in dem Aufruf der Fraktion gelesen. Das hat Euch der „Vorwärts“ wieder und wieder gesagt. Und das habt Ihr Euch selber gesagt. Das allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr. Das Koalitionsrecht ist in Gefahr.

Die Grundlagen für die gesetzliche Weiterentwicklung der Sozialdemokratie, ja unseres ganzen Staatswesens sind bedroht.

Neben der Organisation, neben der mündlichen Agitation ist die wirksamste Waffe in diesem Kampf die Parteipresse, und für Berlin insbesondere der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, welches zugleich das Organ der Berliner Genossen ist.

Der „Vorwärts“, das geloben wir Euch von neuem, wird in diesem Wahlkampf nach bestem Können seine Schuldigkeit thun.

Aber Ihr müßt auch Eure Schuldigkeit gegenüber dem „Vorwärts“ thun. Und gerade die Wahlzeit, in welcher der „Vorwärts“ Euch am nützlichsten ist, ist auch die Zeit, in der Ihr dem „Vorwärts“ am nützlichsten sein könnt. Die Wogen des Wahlkampfes bringen Kreise in Bewegung, die in Zeiten der politischen Ruhe oder gar Windstille vom Wellenschlag des politischen Lebens nicht berührt werden. Jetzt werden sie empfänglich und zur Aufnahme unserer Lehre bereit. Dies haben die Genossen zu beherzigen, und in die Furchen, welche die Wahlagitation auf bisher uns verschlossenem Boden zieht, haben sie planmäßig das Saat Korn des Sozialismus einzustreuen. Und zur Ausbreitung des Sozialismus ist die Parteipresse, ist für Euch, Berliner Genossen und Genossen, der „Vorwärts“ das geeignetste Werkzeug.

Je verbreiteter der „Vorwärts“, desto weiter und tiefer sein Einfluß; je größer sein Leserkreis, desto größer sein Wirkungskreis.

In je weitere Kreise Ihr den „Vorwärts“ einführt, desto stärker wird die Partei, desto stärker werdet Ihr selbst.

Laßt Euch den günstigen Augenblick nicht entgehen.

Jetzt ist der Moment, den Abonnentenstand des „Vorwärts“, was Ihr Alle wollt, beträchtlich zu heben. Keine Versammlung sollte verstreichen ohne Aufforderung zum Abonnement auf den „Vorwärts“. In keinem Flugblatt sollte die Aufforderung zum Abonnement auf den „Vorwärts“ fehlen! Und wie unzählige andere Gelegenheiten bietet der Wahlkampf für die Empfehlung, für die Verbreitung des „Vorwärts“, unseres und Eures Organs. Was Ihr für den „Vorwärts“ thut, das thut Ihr für Euch und das thut Ihr für die Partei!

Auf ans Werk!

Am 1. Mai 1898 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

Vorwärts

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

Die Neue Welt.

Im

Unterhaltungs-Blatt

werden wir noch in diesem Quartal mit der Veröffentlichung eines **Original-Romans von Robert Schweißel** beginnen, der die Zeit des deutschen Bauernkrieges behandelt.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditionen sowie unsere Expedition, Neuh-Str. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 M. für die Monate Mai und Juni

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 7578.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Montag Nachmittag lassen wir unseren Abonnenten eine Extra-Ausgabe des „Vorwärts“ zugehen. Dieselbe soll möglichst vollständig über die Maiseier berichten. Wir bitten deshalb unsere Korrespondenten und sonstigen Freunde, sowie die Vertrauenspersonen dringlichst, uns alle auf die Feier des 1. Mai in ihrem Bezirke bezüglichen Meldungen in gedrängter Kürze auf einer Postkarte so zeitig mittheilen zu wollen, daß wir am Morgen des 2. Mai im Besitze der Nachricht sind. Bei besonders wichtigen Vorkommnissen, wo uns aber auf dem Postwege die Nachricht nicht rechtzeitig erreichen würde, erbitten wir telegraphische Benachrichtigung.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Zu den französischen Wahlen.

Paris, 28. April.

Die allgemeine politische Situation, in welcher die Kammerwahlen des 8. Mai stattfinden, ist von mir in einem früheren Artikel (Nr. 87) gekennzeichnet worden. Seither haben verschiedene Kundgebungen von berufener Seite ein noch klareres Licht auf die gegenseitige Stellung der bürgerlichen Parteien geworfen.

Nächst den Sozialisten und vielleicht noch dem linken Flügel der Radikalen, den „sozialistischen Radikalen“, sind es die um das Ministerium Méline gruppierten großbürgerlichen Parteien, welche im Wahlkampfe die am meisten klaffen- bemühte Haltung einnehmen. Sämtliche Redner und Presb- organe der Ordnungskoalition verkündigen laut und hoch die „unüberbrückbare Kluft“ zwischen den ehemaligen Bundesgenossen, den Bourgeois-Republikanern und den Radikalen. Barthou, der Minister des Innern, von dessen Wieder- versöhnungsgelüsten mit den blässeren Radikalen in den letzten Wochen viel die Rede war, hat in seiner Wahl- rede nicht minder scharf die Spaltung der republikanischen Partei beziehungsweise die Nothwendigkeit des Bundes der Bourgeois-Republikaner mit den Klerikal- Monarchisten betont, wie Méline in der seinigen. Der einzige Unterschied zwischen den Reden des alten Méline und des jungen, noch wandlungsfähigen Barthou besteht darin, daß letzterer die den Klerikalen verhassten Gesetze über die konfessionslose Schule und den Militärdienst der Geistlichen in Schutz nahm. Bezeichnenderweise aber nahmen es ihm die klerikalen Organe gar nicht übel. Der „Univers“, das Hauptorgan der päpstlichen Politik der „Katholiken“ an die Republik zum Zwecke der Abschaffung jener Gesetze, sagt gerade heraus, daß Barthou's antiklerikale Äußerungen keine praktische Bedeutung beizumessen sei: „Bundesgenossen werden (den Bourgeoisrepublikanern) nach wie vor den Wahlen nothwendig sein. Die Hilfe der Bundesgenossen muß aber schließlich immer bezahlt werden im Verhältnis zu ihrer Zahl und Bedeutung...“

Die Radikalen führen dagegen den Wahlkampf als Zwitterpartei, die sie sind, ziel- und planlos. Der von ihnen ersehnte Sturz des Kabinetts Méline, das A und O ihrer Taktik, kann desto weniger als Parteiziel gelten, als sie dessen Erreichung um den Preis der Verhuzung ihres demokratischen Programms anstreben. Sie wollen „regierungsfähig“ bleiben im großbürgerlichen Sinne des Wortes und zugleich bei den kleindürgerlichen und proletarischen Wählern den Ruf einer demokratischen Partei beibehalten. Nur einzelne radikale Wortführer haben dann und wann lichte Augenblicke, in denen sie die tiefen sozialen Ursachen des Bundes zwischen Papst und Méline, zwischen Kirche und Kapital erfassen. Die große Masse der radikalen Politiker hat davon keine Ahnung, oder aber, was noch schlimmer ist, handelt so, als ob sie davon keine Ahnung hätte. Briffon, der bisherige radikale Kammerpräsident, begann den Wahlkampf mit einem Appell an die „Einigung der Republikaner“, d. h. der Radikalen und der Bourgeoisrepublikaner zur Abwehr der klerikalen Gefahr. Und dieser Appell fand den Beifall der gesamten radikalen Presse, trotzdem die Bourgeoisrepublikaner, mit einigen kaum in betracht kommenden Ausnahmen, die „klerikale Gefahr“ gerade als die sicherste Bürgschaft ihres Wahlerfolges begriffen.

In Uebereinstimmung mit dieser Taktik haben mehrere namhafte Radikale, zum Theil mit Unterstützung des Pariser radikalen Aktionskomitees für republikanische Reformen, den Kampf gegen bisherige sozialistische Abgeordnete aufgenommen, anstatt gegen ministerielle Kandidaten zu kämpfen. Ich sage: anstatt, denn die Kräfte der radikalen Partei und die Zusammensetzung ihres kampffähigen Personals gestatten ihr nicht, auch nur alle aussichtsvolleren Wahlkreise mit Kandidaten zu belegen. Bei den französischen Partei- verhältnissen, bei der Abwesenheit oder Einflußlosigkeit

zentraler Partei-Organisationen ist zwar eine Verständigung von Partei zu Partei ausgeschlossen. Nichts- destoweniger aber hätte eine prinzipienklare Taktik seitens der Radikalen ganz andere Aussichten für die Befestigung der Ordnungskoalition gesichert als die gefinnungslosen Rufe nach der „Einigung der Republikaner“.

Ein eigenartiges Element hat im gegenwärtigen Wahl- kampfe die Dreyfus-Bola-Affaire gezeitigt, welche namentlich von den Klerikalen und den „nationalistischen Sozialisten“, den ehemaligen Boulangisten, ausgebeutet wird. Selbst in Paris dürfen sich ganz unverschämte klerikal-monarchistische oder klerikal-militärische Kandidaturen hervorzwingen — im Namen des „gefährdeten Vaterlandes“ und der „beleidigten Armee“. Proletarisch-sozialistische Kandidaten werden gewissenlos denn je als Vaterlandsfeinde bekämpft. In diesem Punkte begegnen sich einträchtig die um Rochefort geschaarten Boulangisten, die klerikalen Antisemiten Drumont'scher Observanz und Ministerpräsident Méline. Und auch minder anständige Radikale spekuliren hier und da auf den chauvinistischen Stummel, um Sozialisten aus dem Felde zu schlagen. Sind doch die Radikalen im Parlament mindestens ebenso entschieden wie die Ordnungsparteien mit Wort und Stimmzettel für den General- stab eingetreten.

Nun zur Wahlposition der Sozialisten. Zunächst ist hervorzuheben, daß die sozialistische Kammerfraktion keinen Wahlanruf erlassen hat und offenbar keinen erlassen wird, da die Wahlkampagne offiziell bereits seit dem 13. April eröffnet ist. Die einzelnen Richtungen bezw. die einzelnen, keiner bestimmten Organisation angehörenden Abgeordneten führen also den Wahlkampf auf eigene Faust. Als all- gemeines bindendes Programm für die gegenwärtigen Wahlen erscheint namentlich die Forderung der Altersversicherung und der zweijährigen oder einjährigen Dienstzeit unter der Fahne — zwei Forderungen, welche so viel Anklang gefunden haben, daß die braven Radikalen sie sich nicht nur angeeignet haben, sondern auch allen Ernstes ein spezifisches Eigenthumsrecht auf dieselben beanspruchen, während die Bourgeoisrepublikaner mit der ersten Forderung Arbeiter- sarg zu treiben suchen — natürlich in der festen Absicht, deren Verwirklichung mit aller Kraft zu verhindern. Als prinzipielles Bindeglied zwischen den Sozialisten, vorwiegend in Paris, dem gemeinsamen Sitz vieler Richtungen, ist das von Millerand 1896 aufgestellte „Einigungsprogramm“ zu betrachten, das die drei Grundzüge des internationalen Sozialismus enthält: Ver- gesellschaftlichung des kapitalistischen Eigenthums, Eroberung der politischen Macht durch das organisierte Proletariat, inter- nationale Verständigung zwischen den Arbeitern. Die „Petite République“ unterstützt nur solche sozialistische Kandidaten, die sich auf dieses Programm verpflichteten, und zwar unter Ausschluss von Gegenkandidaturen gegen bisherige sozialistische Abgeordnete.

Legt man, wie billig, diesen Maßstab an die bisherige sozialistische Kammervertretung an, so haben unsere Genossen — einschließlich der drei alleanistischen Abgeordneten, denen freilich das Millerand'sche Programm nicht weit genug geht — 30 bis 32 Wahlkreise zu behaupten, darunter 20 im Seine- Departement (Paris und Umgebung). Die Zahl der bisher von Sozialisten belegten Wahlkreise beträgt 300 bis 350 (die Angaben schwanken), bei einer Gesamtzahl von 581 Wahl- kreisen.

Der Organisationsmangel macht sich namentlich in Paris fühlbar. Hier schießen sozialistische und quasi-sozialistische Kandi- daturen in jedem einigermaßen aussichtsvollen Wahlkreise förmlich wie Pilze nach einem Sommerregen empor. So daß in zahlreichen Fällen erst nach dem ersten Wahlgang sich die Lage übersichten lassen wird. Bis zum 27. April sind für die 37 Pariser Wahlkreise nicht weniger als 281 Kandidaturen angemeldet worden!

Im zweiten Wahlgang ist jedoch in Paris, wie in der Provinz eine Verständigung nicht nur zwischen den sozialisti- schen Richtungen (das ist seit den letzten Kammerwahlen 1893 die Regel) zu erwarten, sondern auch vielfach zwischen Sozial- listen und Radikalen bezw. sozialistischen Radikalen.

Wahlkampf.

Kürzlichkeit bei Aufstellung der Wählerlisten.

Der Umfang der einzelnen Reichstags- Wahlkreise ist durch § 6 des Reichsgesetzes vom Mai 1869 festgesetzt. Alle die Theile, welche inzwischen von einzelnen Gemeinden durch Landes- gesetz abgezwigt und zu anderen geschlagen sind, bleiben in dem alten Wahlkreis. Das ist bei Gelegenheit von Wahlprüfungen wiederholt im Reichstage allseitig anerkannt; beispiels- weise am 8. Februar 1895 gelegentlich der Kölner Mandate. Bei der Aufstellung der Wählerlisten ist wiederholt amtlich die Bestimmung des Reichs-Wahlgesetzes übersehen worden. So auch in Berlin. Wie wir bereits im „Vorwärts“ vom 27. November 1897 hervorhoben, hat ein Theil der im jetzigen Berlin wohnenden Wähler nicht in Berlin, sondern in Niederbarnim und Teltow zu wählen. Es trat nämlich durch Kabinettsordre vom 30. März 1878 ein Theil der Gemeinde Lichtenberg-Friedrichsberg (Wieshof bis zum jetzigen Bahnhof Frankfurter Allee, Frankfurter Allee bis Petersburgerstraße) zu Berlin. Ein Gesetz vom 15. Januar 1881 vereinigte sodann den Gutsbezirk Thiergarten einschließlich des Zoologischen Gartens, des Teeparks bis zum alten Landwehrgraben und des Fasanerieterrains bis zur Pappel-Allee mit Berlin. Eine Kabinettsordre vom 2. Februar 1881 legte zu Berlin den westl. Theil vom alten Landwehrgraben zwischen dem Landwehrkanal und

der Berlin-Charlottenburger Chaussee belegen den Teil des Seeparks nebst dem westlichen Teil der Schloßinsel und den westlich der Pappel-Allee zwischen Landwehrkanal und Kurfürstlichen Allee belegenen unbebauten Teil des Hippodroms (ausschließlich des Polytechnikums und der Reichs-römerischen Villa). Ein Ministerialerlass vom 7. Februar 1881 legte den Schloßbezirk Bellevue zum Stadtbezirk Berlin. Diese nach dem Jahre 1870 zu Berlin getretenen Stadttheile wählen zu den Berliner Stadtverordneten-Wahlen mit, haben aber bei den Reichstagswahlen, der Osten mit Nieder-Barnim, der Westen mit Teltow-Beetzow zu wählen.

Es ist darauf zu achten, daß dementsprechend die Wählerlisten aufgestellt werden.

Reichstags-Stichwahlen.

Es gewinnt den Anschein, schreibt die „Freisinnige Zeitung“, als ob für die erforderlich werdenden Stichwahlen auch jetzt schon allgemein von Reichswegen ein bestimmter Tag und zwar Freitag, der 24. Juni, festgesetzt ist. Anders vermögen wir uns keine Nachricht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ nicht zu denken, wonach im Großherzogthum Sachsen die Reichstags-Stichwahlen wegen des Geburtstages des Großherzogs erst am 25. Juni stattfinden. Ein so kurzer Zwischenraum von nur acht Tagen zwischen den Hauptwahlen und Stichwahlen mag in städtischen Wahlkreisen zulässig sein, in weit gestreckten ländlichen Wahlkreisen aber bei dieser knappen Zeitraum nach jeder Richtung hin unzutraglich im Besonderen.

Vorsicht gegenüber Regierungsversprechungen.

In dem bevorstehenden Wahlkampf werden die Gegner, um die Wachsamkeit der Wähler einzuschärfen, damit treiben gehen, daß nach den letzten Erklärungen des Staatssekretärs Pofadowky kein Sozialistengesetz mehr zu befürchten sei. Ganz abgesehen davon, daß Versprechungen unserer Regierungsmänner, selbst wenn ganz wahr sind, erfahrungsmäßig überhaupt nur geringen Einfluß besitzen, hat Graf Pofadowky im vorliegenden Falle nach der authentischen Wiedergabe im Leitartikel der „Nordb. Allg. Ztg.“ vom 29. d. M. nur gesagt, daß „zur Zeit“ und „im gegenwärtigen Augenblick“ ein solches Gesetz nicht in Aussicht steht. Also nach den Wahlen kann der Hummel sofort von neuem losgehen.

Wesentlich seiner weiteren unbezahlbaren Aeußerung, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie überhaupt nur ein Kampf der Reichen gegen die wenig Besessenen sei, eine Wahrheit, die die Sozialdemokraten immer behauptet und die Gegner immer bestritten haben und die allein schon die Existenz der Sozialdemokratie voll aufrechtigt, bemerkt selbst die „Vossische Zeitung“ ängstlich: „Besonders glücklich war der Staatssekretär insofern nicht, als er immerfort von notwendigen und pflichtmäßigen Kampf der „Besessenen Klassen“

gegen die Sozialdemokratie sprach. Der Abgeordnete Bebel verfehlte denn auch nicht, ihm zu bezeugen, was auch schon Herr v. Bötticher, sein Vorgänger, sich hatte sagen lassen müssen, daß er nur ein Beamter des Verwaltungsausschusses der Besessenen sei, daß er den Klassenkampf in der reinsten Form proklamirt habe.“

Die Aeußerungen des Staatssekretärs verdienen, weil sie wieder einmal das Leichengesicht unserer Regierungsmänner und Besessenen enthüllt haben, die weiteste Verbreitung unter den „wenig Besessenen“!

Gesetzesverletzungen durch Beamte.

Die Zeit der Wahlen ist die einzige Gelegenheit, wo sich ohne die sonst meist unüberwindlichen Schwierigkeiten gewisse Gesetzesverletzungen der Beamten mit Erfolg im Reichstags würdigen lassen. Wahlsprüch-Kommission und Plenum des Reichstags haben so manchem überreiferen Beamten viel Verdruß und Arbeit gebracht. Aber trotz aller Resolutionen des Reichstages, trotz aller Hinweise auf klaren Wortlaut der Gesetze kommen immer wieder Verletzungen der Agitationsfreiheit bei den Wahlen vor. Hoffentlich wird die Reihe dieser Beschwerden, die wir heute eröffnen, nicht zu lang werden. Man schreibt uns:

Die erste Gesetzesverletzung beim Austragen des Flugblattes für den Reichstags-Wahlkreis Ostpr.-Schleshingen-Regenried ist am 27. in Ziegenrück a. S. erfolgt. Der dortige Polizeidiener Bräuner hat, wie schon öfters bei Wahlen, den Flugblattvertheiler am 27. in Ziegenrück gefangenommen, ihm die Flugblätter abgenommen und im Weisem zweier Gendarmen ein Protokoll festgestellt. Beschwerde bei der dortigen Polizeiverwaltung ist eingelegt. Als Landroth des Kreises herrscht v. Breitenbach. Der Landtags-Wahlkreis Schleshingen-Regenried wird im Abgeordnetenhaus durch Herr v. Erffa (H.) vertreten.

Wir wiederholen aus diesem Anlaß das, was wir am Tage der Wahlschreibung schon hervorgehoben haben:

Jedermann hat das uneingeschränkte, keiner vorherigen Erlaubnis oder Bewilligung unterliegende Recht, alle Arten von Wahl-Druckschriften (Zeitungen, Flugblätter, Stimmzettel, Bilder u. s. f.) überall, sowohl in geschlossenen Räumen, als auch auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Orten — gewerbmäßig oder nicht gewerbmäßig — zu verbreiten.

Die Wähler werden ihrerseits Gesetzesverletzungen jeder Art, schon in ihrem eigenen Interesse auf das peinlichste zu vermeiden suchen. Andererseits werden sie auch jede gesetzwidrige Einmischung der Behörden, falls eine solche etwa erfolgen sollte, sofort ohne Zaudern und mit aller Entschiedenheit zurückweisen und zugleich in jedem Falle Mittheilung an den sozialdemokratischen Vertrauensmann ihres Bezirkes machen, damit die Verletzung des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen und die unter solchen Umständen etwa zu stande gekommenen Wahlen von „Ordnungs“-Kandidaten im Wege des begründeten Protestes mit Erfolg angefochten werden können. —

Nationalliberale Wahlvorbereitungen.

Das Programm der äußeren Veranstaltungen des national-liberalen Delegirten-Tages lautet wie folgt:

Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr ab: Gesellige Zusammenkunft in den Restaurationsräumen des Reichstagsgebäudes. Sonntag, vormittags 11 1/2 Uhr: Allgemeine Delegirten-Versammlung im Architekturhaus, Wilhelmstr. 92/93. Abends 8 1/2 Uhr: Festmahl im Kaiserhof, Eingang von der Mauerstraße. — Am Sonnabend, den 30. April, von 10 Uhr vormittags bis abends 9 Uhr, desgleichen am Sonntag, den 1. Mai, von 8 1/2 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags ist ein Auskunfts-Bureau für die Delegirten im Weinrestaurant des Kaiserhofs (Eingang von der Wilhelmstraße) eingerichtet.

Die Zahl der bis jetzt gemeldeten Teilnehmer am Delegirten-Tage beläuft sich auf 383.

Wut essen und trinken werden die Herren sicherlich, ihre Partei werden sie aber sicherlich nicht mehr auf die Strümpfe helfen. Der Parteitag findet selbstverständlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die „Einigkeit der Nationalliberalen“ kann vor unbestimmten Zuschauern nicht mehr vorgeführt werden. —

Gegen die Sozialdemokratie

und für die Sammlungsliste tritt wieder einmal die „Königliche Zeitung“ ein. Vor vierzehn Tagen erörterte sie ernstlich die Unterstützung von Sozialdemokraten in Stichwahlen gegen handelsvertragsfeindliche Agrarier. —

Zu Bau der Bündler.

Im Reichstags-Wahlkreis Meisse hat der Bund der Landwirthe den Zentrums-Kandidaten Stifskath Horn, welcher das Mandat seit fast 25 Jahren ununterbrochen inne hat, vor die

Alternativ gestellt, entweder binnen drei Tagen das Programm des Bundes der Landwirthe anzunehmen und dies dem Kreisvorsitzenden schriftlich mitzuthun, oder es werde sofort ein Mitglied des Bundes aufgestellt werden. Dem nationalliberalen Kandidaten im 18. badischen Reichstags-Wahlkreis Köhnhorn war von dem Bund der Landwirthe anheimgestellt worden, entweder die Kandidatur niederzulegen oder aus dem Bunde auszutreten. Köhnhorn trat nach zweimonatlicher Zugehörigkeit aus dem Bund aus. Jetzt werden die Mitglieder des Bundes natürlich gegen ihn stimmen.

In der Pfalz, der bisherigen Hochburg der Nationalliberalen, geht der Bund der Landwirthe gleichfalls rüchichtslos vor. Eine Besprechung mit dem Ausschuss der nationalliberalen Partei hat zu keiner Verständigung einer gemeinsamen Wahl-operation geführt, der Bund der Landwirthe giebt deshalb die Ordre aus, in den einzelnen Wahlkreisen auf eigene Faust vorzugehen. Auch die Konservativen beklagen sich, daß in Minden-Lübbecke die Kandidatur des Grafen Noon vom Bund der Landwirthe beseitigt ist. Im bayerischen Wahlkreis Kronach-Richtenfels ist der erst vor kurzem aufgestellte Kandidat der Nationalliberalen vom Bunde der Landwirthe abgewiesen. Ueber die Kandidatur des Sekretärs Hansen im zweiten hollsteinischen Wahlkreis schreibt das „Blätterblatt“ hochmüthig: „Die „Kiel. Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß der nationalliberale Kandidat im zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreis Hansen als Sekretär der Kieler Handelskammer einen freihändlerischen Standpunkt eingenommen und die Getreidezölle bekämpft habe. Es wird nachgerade nichts übrig bleiben, als daß die Vertrauensmänner des „Bundes der Landwirthe“ in jenem Kreise nochmals Stellung zur Kandidatenfrage nehmen.“ — Daß die Jämmerlinge der Nationalliberalen über die Klinge springen müssen, schadet nichts. Der Kampf ist dann nur gegen die ganz unverkämpften Westpolitiker zu führen — das läßt die Situation.

Verscheidenheit ist eine Bier,

von der man bei den Junkern bisher noch nicht gemerkt hat. Die Festsetzung der Wahl auf den 16. Juni ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mittheilt, in „einigen Zirkularen“ an sie „bemängelt“ worden. Und warum? Weil am selben Tage die Eröffnung der Ausstellung der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft in Dresden stattfand. „Wir vermuthen“, so bemerkt das Blatt hierzu, „wohl mit recht, daß der Regierung dieses Zusammen-treffen unangenehm sei.“ Das Fundament ist aber schließlich doch so freundlich, hinzuzufügen: „Es wird sich nach Lage der Sache jetzt nichts anders thun lassen, als daß die Landwirthschafts-Gesellschaft sich entschließt, die Eröffnung ihrer Ausstellung um einige Tage hinauszuschieben.“ — Das ist denn auch bereits geschehen und der Termin auf den 30. Juni festgesetzt. Diese Rücksicht auf die paar Millionen Wähler ist wirklich rührend. Bei der Rücksichtnahme der Regierung gegen die Wünsche der Junker wäre ein Versuch, den Termin der Wahl verlegt zu sehen, vielleicht gar nicht so ansichtslos gewesen. —

Vom Miß im Centrum.

Mit gütlicher Einigkeit geht die Zentrums-Partei in den Wahlkampf. In einem Artikel: „Die Lage der Zentrums-Partei in Bayern“ schreibt die „Allg. Postztg.“ entgegen dem „Bayer. Kur.“: Die Situation ist nun durchaus geklärt. Vor den Osterferien hatten durch mehrere Tage Verathungen in der bayerischen Zentrumsfraktion stattgefunden, die den Austritt von 20 bis 25 Herren aus der Reichstagsfraktion des Zentrums in unmittelbarer Nähe gerückt hatten. Die Führer aber hatten erklärt, daß sie bei der deutschen Zentrumsfraktion verharren würden, um diese als Sammlung der Katholiken aller deutschen Stämme zu erhalten. In der Zwischenzeit haben die Erörterungen in der Fraktion, in der Presse und in den Wahlkreisen das Resultat gezeitigt, daß eine Separation nicht erfolgt, daß vielmehr die Bayern beim deutschen Centrum in Einigkeit verharren. Und auch die Wenigen, welche sich freie Hand vorbehalten, werden in sachlicher Uebereinstimmung mit dem Gros der Bayern bleiben.

Wir zweifeln daran, daß diese künstlich hergestellte Einigkeit den bisherigen Zentrums-Abgeordneten in den ländlichen Wahlkreisen Bayerns viel nutzen wird. Böllig scheint die Einigkeit übrigens nicht hergestellt zu sein, sollen doch der „Frank. Tagespost“ zufolge drei bisherige Mitglieder des Zentrums aus Bayern, die Abgg. Wagner, Steininger und Soldner bei den bevorstehenden Wahlen außerhalb des Parteiverbandes kandidiren. —

Gewerkschaften und Wahlagitator.

Das „Voll“ des Herrn Stöder ärgert sich noch immer, daß die Gewerkschaften durch zeitweises Zurückziehen ihrer Versammlungen nicht führen wollen. Das fromme Blatt schreibt heute:

Wenn der Parteivorstand der Sozialdemokratie ihnen (den Gewerkschaften) aber offiziell eine Verhaltensmaßregel zu den Wahlen giebt, so zeigt das das alte Verhältniß, das wir bekämpfen, auch wenn es dem „Vorwärts“ nicht paßt.

Es ist dem Parteivorstand gar nicht eingefallen, den Gewerkschaften irgend welche Verhaltensmaßregeln zu geben. Was wir von dem Interesse jedes Arbeiters am Wahlkampfe sagten, kann das „Voll“ natürlich nicht widerlegen. —

Das badische Regierungsblatt an die Wähler Elsaß-Lothringens.

Die amtliche „Kaiserliche Zeitung“ wendet sich in einem längeren Artikel an die Wähler Elsaß-Lothringens, um sie an ihre „patriotische Pflicht“ anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen zu erinnern. Woher der Minister der badischen Regierung, der in ganz Elsaß-Lothringen kein halbes Duzend Leser aufweist, das Mandat zu einem derartigen Appell an die reichslandische Bevölkerung nimmt, ist uns völlig unklar. Das Blatt schreibt unter anderem:

Es wäre thöricht, wie es manchmal von übereifrigen Altkatholiken geschieht, zu verlangen, daß die Elsaßer und Lothringer so kerndeutsch empfinden sollen, wie die Brandenburger oder die Badener. Aber was man von ihnen verlangen kann, das ist, daß sie sich als Glieder der großen Volksgemeinschaft fühlen, mit denen ihr Wohl und Wehe, ihr Geschick unauflöslich verbunden ist. Auch in den Bogenländern des Ober-Elsaß und in der Moselwiederung Lothringens muß sich die Einsicht Bahn brechen, daß es nicht gut ist, weiter im Schmolzwinkel zu stehen, sondern daß es im eigenen Interesse der reichslandischen Bevölkerung liegt, mitzuwirken an den großen Aufgaben des Reiches, die in der nächsten Session des Reichstages vielmehr wirtschaftliche als politische sein werden. ... Da müssen nun vor allem die Sozialdemokraten aus dem Felde geschlagen werden und in den Wahlkreisen, welche durch sie bedroht sind, die bürgerlichen Parteien sich einigen; es muß mit der Politik der Verneinung gebrochen werden, die der Masse der Wähler gar nicht von Herzen kommt. ...

Der Gewährungsmann des „Kaiserlichen Blattes“, der hier von den Elsaß-Lothringern verlangt, sie sollten sich „als Glieder der großen Volksgemeinschaft“ fühlen, hätte besser daran gethan, der „Kaiserlichen“ Diktaturregierung den Rath zu ertheilen, sie möge durch Aushebung der in den Reichslanden bestehenden Ausnahmegesetze, sowie durch politische und haushälterische Gleichstellung des Landes mit den übrigen Bundesstaaten des Reiches dafür Sorge tragen, daß die Bevölkerung jenem Gefühl etwas zugänglicher gemacht wird. —

Antikerischen und Personenkultus.

Es wird geschrieben: „Auch der Ansichtskarten-Sport wird diesmal in den Diensten der Wahlbewegung gestellt. Eine Postdruckerei in Mittelschland hat eine ganze Serie von Scherzarten in den Handel gebracht, welche sich gegen die oppositionellen Parteien im Reichstags, insbesondere gegen die Plottengegner richten. Gegen die Parteiführer der Linken wird ganz besonders schweres Geschick ausgesprochen, so Eugen Richter als „blinder Seher“ mit einem Fernrohr aufs Meer spähend, Bebel als Mattensänger von Hameln dargestellt. Von der Opposition antwortet man mit gleicher Münze, und die „Illustrirten Ansichten“, die sie über die Freunde der Regierung verbreiten, sind auch nichts weniger als schmeichelhaft. Hier werden namentlich die Nationalliberalen, die um Richter

und die „Umgefallenen“ vom Centrum arg mitgenommen. Eine weitere, viel bedeutsamere Verwendung der Ansichtskarten zu Wahlzwecken soll darin bestehen, daß in verschiedenen Wahlkreisen die in Kartenformat an die Wähler versandten Empfehlungskarten der einzelnen Kandidaten mit deren Porträt versehen sind. Aus einzelnen Kreisen sind bereits Massenbestellungen solcher Karten erfolgt. Man verspricht sich von der neuen Art von Agitation, die sich schon bei der Nachwahl in Oldenburg-Pfän bewährt hat, besonderen Erfolg.“

Erste politische Parteien führen den Wahlkampf auf Grund ihres Programms, sie vertreten dabei die Prinzipien ihrer Partei, und vertheilgen ihre bisherige Haltung im Reichstags. Diejenigen, die mit Bildern und Ansichtskarten operiren, beleidigen die Wähler und zeigen ihre Unfähigkeit als Politiker. —

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden folgende Kandidaten: Im dritten Berliner Wahlkreise proklamirten gestern Abend die Konservativen und Antisemitischen den Redakteur Wächler von der „Staatsbürger-Zeitung“ als ihren Reichstags-Kandidaten. In der Versammlung, die von etwa 200 Personen besucht war, herrschte eine sehr laune Stimmung. Zu Darkehmen-Stallpönnen von den Konservativen Mitgliederbestimmter von Sperber; in Bremen von den Freisinnigen der bisherige Vertreter Freje; in Jauer-Landes hat vom Centrum Herr Conrad; in Bielefeld von den Christlich-Sozialen Hufendick; im Fürstenthum Lippe von der freisinnigen Volkspartei Meierhoff; in Pittau von den Nationalliberalen Dr. Paul Vogel; in Jümmenstadt von der Volkspartei Burgmayer; in Dillenburg von den Freisinnigen Apotheker Wergeler, in Wiesbaden Wintermeyer; in Kolmar-Fleisch von den nationalen Parteien v. Colmar.

Politische Ueberfälle.

Berlin, 29. April.

Aus dem Reichstags. Das Reichsparlament brachte es heute zu zwei Sitzungen, aber nicht zur Beschlußfähigkeit. Das erste Mal wurde die Beschlußfähigkeit konstatirt, als über einen Antrag der Petitionskommission abgestimmt werden sollte, durch den eine Petition für Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe verlangt, dem Reichskanzler als Material überwiesen werden sollte. Das zweite Mal wurde die Beschlußfähigkeit bezweifelt und damit die Sitzung zum vorzeitigen Ende gebracht, bei der Abstimmung über den § 1 des von Paasche und Genossen beantragten Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Saccharins. Da die Vorlage erst einen Tag in den Händen der Abgeordneten sich befand, beschwerten sich die Vertreter der freisinnigen Parteien, daß ihnen die Zeit gefehlt habe, die Vorlage eingehend zu prüfen.

In der Debatte über Petitionen trat Stadthagen energisch für anständliche Unterstützung der Wittwen für die im Feldzuge gefallenen Soldaten ein, während Wurm vom Standpunkte der Gegnerschaft gegen die Lebensmittel-Verfälschung sich für strenge Kontrolle bei der Saccharinverwendung aussprach. Eine Aeußerung unseres Genossen, in der er auf die von uns gestern gekennzeichnete scholle Art der Agitation gewisser Saccharin-Fabriken hinwies, glaubte Herr Richter, als auf die freisinnige Partei gemünzt, zurückweisen zu müssen. Die Zurückweisung war überflüssig, da unserem Genossen es nicht entfallen eingeworfen ist, die Ehrenhaftigkeit der Herren im geringsten anzuzweifeln.

Morgen 1 Uhr Sitzung. —

Das preussische Abgeordnetenhaus legte heute die Beratung des Antrags Ring und Rudes-Steinfels betr. Maßregeln gegen Viehdiebstahl und Einführung der obligatorischen Fleischschau vor. Für den Antrag sprachen sich nicht nur die Agrarier der verschiedensten Richtungen, sondern auch die Freisinnigen aus, in deren Namen jedoch Abg. Dr. Birchow erklärte, daß sie nur der im Antrage wohnenden sanitäts-polizeilichen, nicht aber der in ihm wohnenden agrarischen Seele zustimmen könnten, da es nicht angehe, daß das ganze Volk auf die Dauer den Agrariern kontributionspflichtig gemacht werde. Die vorgesehene abgegebene Erklärung der Regierung geht den Agrariern noch nicht weit genug, sie wünschen eine landesgesetzliche Regelung der Materie, da sie dem Reichstags nicht trauen. Die Regierung theilte sich heute nicht mehr an der Beratung des Antrages, der schließlich einstimmig angenommen wurde.

Die noch auf der Tagesordnung stehende zweite Lesung der lex Krons wurde auf Wunsch des am Erscheinen verhinderten Kultusministers wieder abgesetzt.

Morgen: Interpellation Gothein (freis. Bg.) betr. die Errichtung des Breslauer Mädchen-Gymnasiums und Rechnungs-sachen. —

Das Herrenhaus hat heute die Staatsberatung beendet. In einer größeren Debatte kam es nur beim Kultusetat, wo der Agrarier Graf Kintowitz in seine bekannten Klagen über die den Gemeinden durch das Lehrerbildungs-Gesetz auferlegten Lasten anwachte. Hierauf berichtete das Haus die Interpellation des Grafen Minkowström betr. Aufhebung der gemischten Transitzölger, Zölle und Wahlenkonten und betr. der mit dem vom Bundesrath unter dem 16. Dezember 1877 erlassenen Regulator für Getreidemühlen und Mälzereien gemachten Erfahrungen. In der Debatte, in der einige agrarische Reden am Fenster hinausgehalten wurden, vertheidigte Minister Dr. v. Miquel das Regulator, das den keinen Mühlen zum Vortheil gereiche. Erwähnenswerth ist nur die Mittheilung, daß der Bundesrath über die Aufhebung der gemischten Transitzölger in allerhöchster Zeit Beschluß fassen wird. Schließlich nahm das Haus noch debattelos an bloß das Komptabilitätsgesetz an.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Monats Mai statt.

Die sofortige Suspension der Getreidezölle zu beantragen, wird der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von unserem Offenbacher Parteigänger empfohlen. Die sozialdemokratische Fraktion hat schon beschlossen, heute eine Interpellation im Reichstags einzubringen und den Reichskanzler um Auskunft zu ersuchen, was die verbündeten Regierungen gegenüber den enorm hohen Getreidepreisen zu thun gedenken. In den letzten Wochen und Tagen sind die Preise für Roggen und Weizen so exorbitant gestiegen, daß gegen die drohende Theuerung Maßregeln ergriffen werden müssen. Die agrarischen Groß-Kornruher allerdings laden sich ins Fäustchen über die hohen Preise, welche noch die kühnsten Hoffnungen der Kanige und Genossen übersteigen. Der Preisstand für Roggen und Weizen ist zur Zeit höher als im Nothjahre 1892, wo der Graf Kanig wegen der hohen Getreidepreise die Suspension der Getreidezölle beantragte.

Wir werden ja hören, wie die Herren Ostelber bei der Beratung der Interpellation sich jetzt zu einem ähnlichen Antrage stellen werden.

Ein den Agrariern so überaus freundlich gesinntes Blatt wie die „Pamb. Nachr.“ schreibt in einem Artikel über die Getreidehaufe:

Die Gefahr, daß der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien die Exportfähigkeit Nordamerikas gänzlich ins Stocken bringen oder doch zumindest wesentlich einschränken könnte, hat im Getreidehandel eine hochgradige Erregung wachgerufen. Die europäischen Märkte machen große An-

Kreuzungen, um sich noch möglichst viel Waare zu sichern und infolge der fortwährenden Anstiege die steigende Bewegung der Preise von Tag zu Tag kräftiger geworden. Einen entscheidenden Anlauf zur Hausse nahm zu Beginn der Woche besonders Berlin, woselbst die Verunsicherung wegen des Mangels an Waare in Deutschland überaus dringliche Kaufsufträge angeregt hatte. In geradezu stürmischer Weise wurde die Hausse Dienstag auch auf dem Wiener Markte fortgesetzt. Frühjahrsweizen hatte bereits 55 kr. Advance erzielt und damit den Stand von 15 fl. 20 kr. erreicht, aber zu 15 fl. 10 kr. den Verkehr verlassen. Mit diesem Preise ist ein seit dem Jahre 1870 nicht mehr vorgekommener Hochstand erreicht und selbst zur Zeit des russischen Getreideausfuerverbotes sind die Preise gegen ihr derzeitiges Niveau weit zurückgeblieben.

Der letzte Anstoss ist von Amerika ausgegangen, indem vielfach besorgt wird, es könnte die Getreidezufuhr aus den Vereinigten Staaten infolge des Krieges mit Spanien leiden. Da die kämpfenden Staaten sich der Kaperei bedienen, so steht es trotz aller in Washington und Madrid abgegebenen Erklärungen noch immer nicht fest, inwieweit feindliches Gut unter neutraler Flagge geschifft ist und ob das amerikanische Getreide mit Sicherheit transportiert werden kann. Jedenfalls wird die Zufuhr durch die Steigerung der Schiffsfahrt erschwert. Ueberdies werden hohe Zuschläge zu den Versicherungskosten und eine Versicherung gegen die Kapereifahrt verlangt. Man sollte nun glauben, daß diese Ursachen, welche in Europa das Getreide vertheuern, durch ihre natürliche Wirkung die Preise in den Vereinigten Staaten herabdrücken müßten. Das Gegentheil ist jedoch der Fall. Die Getreidepreise sind auf den amerikanischen Plätzen heute neuerdings um 5 Cents für den Bushel oder 25 Rilo Weizen gestiegen. Es mag ja sein, daß der plötzliche Bedarf für die Armee, weil er unvermittelt und konzentriert auftritt, einen starken Eindruck hervorruft, obgleich die Soldaten auch früher jeder einzelnen Getreide- und Mehlverbraucher haben. Maßgebend dürfte jedoch die Marktlage des Artikels sein, da an eine wirkliche Absperrung der Getreidezufuhr aus Amerika nicht glaubt wird.

Der Gedanke, daß jemals wieder ein Getreidemangel eintreten könnte, schien so absonderlich, daß ihn niemand zu fassen vermochte. Nun zeigte sich zuerst, daß Frankreich viel mehr fremdes Getreide gebraucht hat, als angenommen wurde. Von Argentinien wurde eine Ausfuhr erwartet, die 5 Millionen englische Quarters betragen sollte; sie stellt sich jedoch nur auf 3 Millionen Quarters. Indien hat auch enttäuscht. Die Vorräte in Europa sind so auffallend niedrig, daß die merkwürdigsten Einzelheiten darüber berichtet werden. So erzählt der „Statist“, daß London gewöhnlich einen Vorrath von 300 000 Quarters, gegenwärtig jedoch von 85 000 Quarters habe. Deutschland soll die niedrigsten Vorräthe seit dreißig Jahren haben, Rußland die Hälfte seiner normalen sichtbaren Lager und Amerika die kleinsten Vorräthe seit dem Jahre 1890. Schon im Herbst lag eine Schätzung vor, nach welcher die europäischen Importländer einen Bedarf von nicht weniger als einer Million Quarters in jeder Woche haben dürften. Die Schätzung hat sich bisher als ziemlich richtig erwiesen. Für die ganze übrige Welt bis zur neuen Ernte stehen die gegenwärtigen Weltvorräthe zur Verfügung, um den gesammten Weltbedarf zu befriedigen. Die sichtbaren Weltvorräthe wurden am 1. April auf 13,47 Millionen Quarters geschätzt. Nachdem die Importländer in jeder Woche eine Million Quarters brauchen, so ergibt sich daraus, wie knapp die Vorräthe sind, um in den Wochen, die uns noch vom Beginn der Ernte trennen, eine genügende Versorgung mit Brotfrüchten zu gestatten. Diese wichtigen Ziffern beweisen, daß die Bedeutung der kommenden Ernte gar nicht genug zu würdigen ist. Von ihr wird es hauptsächlich abhängen, ob die europäischen Getreidepreise einen wahren Nothstand des Volkes hervorrufen werden.

Und die nicht minder agrarierfreundliche „Post“ läßt sich aus London melden:

Die Brotpreise steigen in London infolge des Krieges rapide. Gegenwärtig liegt der Quarter Weizenmehl schon auf 45 Schilling. Sachverständige behaupten, daß es nicht mehr lange dauern wird, daß er den Preis von 60 Schilling erreichen wird. Sowohl im deutsch-französischen, wie im russisch-türkischen Kriege stieg der Preis um 10 Schilling den Quarter. Und damals wurde mehr Weizen in England gebaut, als gegenwärtig. Die Weizenvorräthe in England sind nicht sehr bedeutend. — In Odessa mindern sich die Vorräthe schnell. Mehrere britische Dampfer können dort keine Weizenladung bekommen. Für den Pud Mehl werden in Odessa gegenwärtig 3 Rubel mehr bezahlt, als vor wenigen Wochen.

Die Fühl so schwere Gefahren für die Volksernährung die Interessensvertreter der Landwirtschaft auch in den verantwortungsvollsten Staatsämtern lassen, geht aus der folgenden Depesche aus Paris hervor:

Ministerpräsident Delcassé richtete an den Präsidenten des Generalraths des Departements Vaucluse-Alphonse, welcher auf das dringendste die Aufhebung der Getreidezölle verlangt hatte, ein Schreiben, in welchem er erklärt, die Steigerung der Getreidepreise im Augenblicke der Kriegserklärungen sei auf Beschränkungen hinsichtlich des Vorgehens der kriegführenden Mächte gegenüber den unter neutraler Flagge transportierten Waaren zurückzuführen. Infolge der Erklärungen Spaniens und Amerikas habe die Lage sich jedoch vollständig geändert. Frankreich verfüge über ausreichende Getreidevorräthe. Die Ernte in Tunis und Algier verspreche ausgezeichnet zu werden, ebenso seien die Ernteaussichten in Frankreich gegenwärtig sehr günstig. Die Aufhebung der Getreidezölle würde nur den Spekulant, insbesondere den ausländischen, zu gute kommen.

Werden sich auch die amtlichen Protektoren der heißhungrigen und profitgierigen Agrarier nach dem Eingeständniß der „Hamburger Nachrichten“ mit solchen Aussichten über die Schwierigkeit der Situation hinwegsetzen? —

Den Eindruck der hohen Getreidepreise auf die Wählermassen suchen die Agrarier natürlich mit allen Mitteln der Ueberredung und Beschönigung zu verwischen. Besonders wird hervorgehoben, daß ohne den spanisch-amerikanischen Krieg das Getreide billiger sein würde, und daß die Landwirthe von den Theuerungspreisen keinen Vortheil haben, weil sie ihre Ernte längst losgeschlagen hätten.

Die letzte Behauptung kehrt nachgerade bei jeder Theuerung wieder. Wäre sie immer richtig, so würde sie lediglich beweisen, daß dem hentigen Agrarier überhaupt nicht zu helfen ist; regnet es Brei, so ist ihm der Pöbel. Und das trotz der Befehlungen und Vorhänge seitens der Zentral-Genossenschaftsklasse, trotz der Kornhäuser und ähnlicher Schutzmittel gegen plötzliche Nothverkäufe! Es ist jedoch nicht einmal wahr, daß die Ernte bei niedrigen Preisen eingebracht oder doch zu Markte gekommen wäre. Schon am 2. Januar 1897 stand in Berlin Weizen 176, Roggen 129.

Die Preissteigerung hatte sich im August 1897 fortgesetzt bis auf 189 und 140 M. Unter diesen und fortgesetzt in einer anziehenden Preisen ist die Ernte, wo man sie wirklich rasch loschlug, zum Verkauf gelangt, während die Jahresdurchschnitte für Weizen-Berlin betragen: 1894 136 M., 1895 142 M., 1896 156 M. — ebenso für Roggen 117, 119, 118 M.

Wie heute, so hatten allerdings auch damals die Führer des Bundes der Landwirthe nicht einen Funken Verständnis für die wirkliche Entwicklung der Dinge. Denn gerade damals petitionirten sie um „sofortiges Einfuhrverbot gegen ausländisches Brotgetreide, zunächst (!) auf die Dauer von sechs Monaten... dies alles nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern im Interesse und zum Vortheil der wirtschaftlichen Lage des gesammten deutschen Volkes“. Zu was

für Preisen würden wir unter dem Einfuhrverbot gelangt sein! Indeß würde auch dann noch die Ausrede versucht werden, daß der Händler und nicht der Landwirth den Nutzen ziehe.

Daß der Krieg um Ruba zur Preissteigerung der letzten beiden Wochen beigetragen hat, bezweifelt niemand. Indeß soweit die Furcht vor Blockade und Kaperei die Getreidezufuhr aus Nordamerika stocken ließ, hätte sie umgekehrt die amerikanischen Preise durch Ueberfüllung der amerikanischen Märkte drücken müssen; die Steigerung geht jedoch gerade von Amerika aus. Man rechnet dort offenbar mit der Nothwendigkeit dauernder Zurückhaltung von Reserven, vielleicht auch schon mit Erschwerung der nächsten Ernte infolge der starken Inanspruchnahme der Arbeitskräfte für den Krieg. Diese Ursachen der Preissteigerung werden wir kaum so bald los werden. Die agrarischen Beschwichtigungsverfuche werden daher wenig auf die Wähler wirken. —

Ueber die bevorstehende internationale Zuckerkonferenz äußerte sich der englische Minister Balfour einer Aeußerung von Parlamentsmitgliedern gegenüber, er erkenne die schädliche Wirkung an, welche die auswärtigen Beamten auf einige Zweige der britischen Industrie ausüben. Die Regierung werde alles thun, um die Konferenz zu einem erfolgreichen Ende zu führen, damit die Zuckerindustrie wieder gesund könne. —

Deutsches Reich.

Um die Sammelpolitik nicht zu gefährden haben die Agrarier und Vinetallisten im Reichstage und im Abgeordnetenhaus darauf verzichtet, die Reichsbankfrage anzuschneiden, bei der die Zentralverbände um Herrn Bued und die Landwirtschaftsbündler um Herrn Hahn gewöhnlich scharf an einander gerathen. Im Herrenhause konnte man es jedoch nicht über sich bringen, dem Reichsbankpräsidenten wegen seiner Diskontpolitik irgend etwas zu schenken; man wies triumphierend auf den niedrigeren Diskont im agrarischen Frankreich hin und der Freiherr v. Solemacher versiegte sogar zu der biedereren Andeutung, die Diskontenerhöhung sei nur dazu gut, daß die Schwimmler ihr Geschäft machen können; einen Vortheil hat sich niemand; kommen Sie möglichst bald zur Doppelwährung. — Wir erblicken in der ganzen Debatte nur einen neuen Beweis für die Unfähigkeit der Agrarier, Deutschlands Stellung, sowohl nach der Entwicklung seiner Industrie wie seines Welthandels, zu begreifen. Weil der Aufschwung unserer industriellen Thätigkeit ein ganz anderer ist, wie in dem agrarisch künstlich zurückgehaltenen Frankreich, darum sind die Ansprüche an den Geldmarkt und die Reichsbank seitens des Landes höhere; auch der Diskont hat daher die Tendenz höher zu stehen. Ferner ist unser Geldmarkt durch unsere höhere kommerzielle Entwicklung ganz anders mit dem internationalen Wirtschaftsleben verknüpft. Eine Bank, die nur mit heimischen Kunden verkehrt, kann natürlich immer ruhig in silbernen Guss oder Thälern ihre Noten einlösen. Die Bank von Frankreich, die sich vorwiegend auf die „nationalen“ Zahlungen stützt, muß ebenfalls, zur Noth und in ruhigen Zeiten, mit einer solchen Praxis aufkommen; verlangt ein Kunde ausdrücklich Gold, so giebt sie es bekanntlich auch, indeß nur unter Zuschlag einer mittern gang beträchtlichen Prämie zum gewöhnlichen Diskont. Für eine im internationalen Verkehr direkt und indirekt so hervorragende Bank wie die Reichsbank empfiehlt sich ebenso selbstverständlich (von ganz abnormen Umständen abgesehen) die bedingungslose Einlösung der Noten in dem einzigen internationalen Geld, das heißt in Gold. Diese Beschränkung auf ein Metall ruft freilich, wie bei der Bank von England, manche Empfindlichkeiten und Schwierigkeiten hervor; sie treibt auch früher zur Anlegung der Diskontschränke. Aber sie ist unter den gegebenen Verhältnissen doch das erreichbar Beste. Die Industrie und der Handel nehmen, um der großen Vortheile für unsere ganze weltwirtschaftliche Stellung willen, auch gern die Nothwendigkeit dieses Systems in Kauf. Nur der ostbayerische Agrarier möchte unsere ganze Wirtschaftspolitik auf das Niveau des französischen Agrarfanatismus heruntersinken, der Frankreich in seiner Weltmachtstellung schwer geschädigt hat. —

Zwei Sammelpolitiker waren bei der Verhaltung des Eisenbahn-Etats im Herrenhause wieder einmal durchaus nicht einer Meinung, nämlich der Agrarierhäuptling Graf Mirbach und der Hüttenkönig Freiherr v. Stumm. Graf Mirbach kämpfte, wie vorher Herr v. Klipping, für die Verwendung hölzerner Schwellen; in England habe die hölzerne Schwelle den Beweis ihrer Superiorität erbracht. Minister Thielen erwiderte mit der ganzen Demuth, die heute einem preussischen Minister gegen die inländische Holzkomme nach Möglichkeit zur Verwendung, man werde der Frage fortgesetzt die größte Sorgfalt zu. Das brachte Herrn v. Stumm auf die Beine, er widersprach der Meinung, daß hölzerne Schwellen im allgemeinen vorzuziehen seien; er wolle nur deshalb nicht näher darauf eingehen, um nicht die Vermuthung zu erwecken, daß er hier für eigene Interessen eintrete. Das war ein gutberechneter Dieb gegen den Waldgroßen. Ob jedoch der Eisenkönig berechtigt war, ihn zu führen, mögen die beiden Sammelpolitiker unter einander ausmachen. —

Der arme Posadowsky, jetzt kann er es selbst den Schloßbaronen und anderen großen Kapitalisten nicht mehr recht thun. Er wird von der Presse des Königs von Saarabien derb gerüffelt, weil er nicht so tüchtig war, schon vor den Wahlen das von ihm so innigst gewünschte Sozialengesetz anzukündigen. Die „Berl. Börsen-Zeitung“ bemängelt ferner, daß der Sprecherminister sagte, daß das höchste Gut eines Volkes nicht die Dividende und nicht der Reinertrag sei, man möchte wünschen, daß das deutsche Volk etwas mehr wieder an das Volk der Deuter und Träumer erinnerte. Das Organ der konservativen Bankiers schreibt dazu:

Das sind seitliche Worte im Munde eines Staatsmannes. Niemand denkt, daß Dividende und Reinertrag das höchste Gut sei, aber nur ein solches, wirtschaftlich florirendes Volk wird auch idealen Gütern nachzujahren vermögen. Gott schähe uns davor, daß wir wieder ein Volk von Denker und Träumern wären. Posadowsky hat doch wahrlich deutlich genug erklärt, daß er entschiedenster Vertreter des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen das Proletariat sei, man gönne doch einem so eifrigen Helfershelfer der eigenen Klasse die large rhetorische Floßel, die er doch der Würde seines Amtes schuldig ist. Oder hätte er sagen sollen, die verbündeten Regierungen streben eine Gesellschaft an, in der es stets nur wenige Ausbeuter und zahllose Ausgebeutete giebt. Auch uns würde diese Formel recht gefallen. —

Der Kolonialappetit steigert sich mit dem Essen. In der „National-Zeitung“ plaudert Herr v. Hesse-Wartegg über seine Fahrt nach Kiautschou. Ein Gefühl der Bitterkeit sei in ihm aufgestiegen, daß alle großen Hauptstationen auf der Reise: Aden, Colombo, Singapur, Hongkong sich in fremden Händen befinden, daß der deutsche Handelsdampfer, das deutsche Kriegsschiff hier und in anderen fremden Plätzen ihre Kohlen einnehmen müssen, ohne die sie aberhandeln nicht an das Ziel gelangen. Die Reparaturen müßten in englischen Docks vorgenommen werden:

Wir hörten in Ostasien das Gerücht, die Russen trügen sich mit der Absicht, einen Hafen an der Nordküste von Sumatra von den Holländern zu erwerben. Ob dieses Gerücht begründet ist, wer kann es heute sagen? Aber die Möglichkeit ist vorhanden. Den Holländern könnte es unter Umständen sogar angenehm sein, einen Flecken der riesigen Insel, vielleicht in der Nähe der ausführenden Stämme am Atjeh, den Russen abzutreten, denn damit könnten sie die schwierigen und langwierigen Kämpfe viel rascher beendigen. Auch Deutschland hat in Nordsumatra große Interessen — der Hauptort der Nordküste Deli ist größtentheils deutsch — wenn Deutschland...

Dier bricht Herr v. Hesse ab. Indeß seine Kolonialfreunde werden den kostspieligen Gedanken schon fortzuspinnen wissen. —

Der Delegirtenstag des Zentralverbandes deutscher Industrieller hielt am Freitag in Berlin eine Sitzung ab, an welcher der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes, Geheimrath Saebel, theilnahm. Der Geschäftsführer Bued bezeichnet in seinem Bericht die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung für die Industrie als befriedigend, auch für die Landwirtschaft sei eine bessere Zeit angebrochen. Bei dem Theil seines Berichtes, der die Arbeiterbewegung behandelt, gab er unverhohlen seiner Freude über den Ausgang des Hamburger Hafenarbeiterstreiks Ausdruck; bei der Besprechung des englischen Maschinenbauerstreiks hob er die energische Haltung der Unternehmer lobend hervor. In eine Zusammenkunft der sozialdemokratischen Bewegung glaubt der Berichtserstatter nicht, ob er sich täusche, werden die nächsten Wahlen ergeben. Dagegen sei die sozialistische Richtung in den nicht sozialdemokratischen, höher gegliederten Volkstheilen ungewisshaft im Wachsen. Er verweist auf die Stellungnahme des früheren Handelsministers, hervorragender Professoren bis hinab zu den Dorfgeistlichen und christlichen Arbeitervereinigungen, welche letztere in unverantwortlicher Weise den Streik in Odabrück herbeigeführt haben.

In gewissen parlamentarischen Vorgängen der laufenden Sitzungsperiode glaubt der Berichtserstatter Anzeichen gefunden zu haben, daß man an maßgebender Stelle beabsichtige, in Verfolgung der sozialpolitischen Ziele die Interessen der verschiedenen im wirtschaftlichen Leben wirkenden Faktoren in Zukunft gleichmäßiger und gerecht abzumessen und nicht nur die Interessen eines Standes, sondern die der Gesamtheit als maßgebend anzuerkennen. Bei der Besprechung der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz wandte man sich energisch gegen Herrn Köpcke und seine Haltung in der Unfallversicherungs-Kommission.

Von der Prüfung der Stellung des Zentralverbandes zu seinen offenkundigen Uebertretungen des § 8 des Vereinsgesetzes schweigt sich der verbandsoffizielle Bericht völlig aus. —

Ein Richter über unsere Rechtsprechung. In der bayerischen Abgeordnetenkammer bedauerte bei Berathung des Justizetats der der Zentrumsfraktion angehörende Landesgerichtsrath Verno die Ausdehnung des „Groben Unfug-Paragrafen“, die geradezu zu einer öffentlichen Gefahr zu werden drohe, vor der eigentlich niemand mehr recht sicher sei. Es scheint, daß der Richterstand immer mehr die Fühlung mit den Anschauungen und dem Rechtsbewußtsein des Volkes verliere und daß sei tief zu beklagen. —

Berurtheilung eines Führers der masurenischen Volkspartei. Die Strafkammer in Lud. (Obr.) verurtheilte den Redakteur der masurenischen Gazete, Ludowa Bahre, wegen Fälschung des Amtsvorlesers Hamilton und Verstoßes gegen § 190 des Strafgesetzbuchs (öffentliche Anreizung zu Gewaltthätigkeiten) zu vier Monaten Gefängnis.

Ans Oberkasselen, 28. April. (Sig. Ber.) Germanisirungsmassregeln durch die Eisenbahn wahrscheinlich infolge des Germanisirungsbeschlusses der Regierung an die Beamten, machen sich allenthalben im Bereiche der Eisenbahndirektion Katiowik bemerkbar, besonders auf der Strecke Randzin-Neiße. Polnische Eisenbahnbedienstete werden plötzlich nach reindeutschen Gegenden versetzt und reindeutsche, weisfällige, kommen an ihre Stelle. Viele trifft die Versetzung deshalb sehr hart, weil sie ihre kleinen Anwesen, Häuschen, Feld und Vieh, Hals über Kopf verlassen müssen und dabei natürlich Geld verlieren müssen. Nur unter der schweren Bedingung dürfen sie hier bleiben, daß sie als Streckenarbeiter bei 1,80 bis 1,60 M. Tagelohn arbeiten wollen. —

Der württembergische Landtag, der vor einigen Tagen im Prinzip die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher mit überwältigender Mehrheit beschloß, hat jetzt nach dreitägiger Debatte, in welcher natürlich die Juristen das große Wort führten, mit 51 gegen 31 Stimmen die Wirkung des Gesetzes auf die jetzt im Amt befindlichen Ortsvorsteher abgelehnt, es bleiben somit die Lebenslänglichen auf Lebenszeit in ihrem Amt. Diesen echten Schwabenstreich machten die Privilegirten, das Zentrum unter Gröbercher Führung, die deutsche Partei und die politischen Frontirer. Für den Regierungsentwurf stimmten nur Genosse Kiosh und die Volkspartei. Es ist das wieder ein kompletter Verrath des Volkes durch die Schwarzen und die Nationalliberalen, die beide bei der letzten Wahl die Abschaffung der Lebenslänglichkeit den Wählern sogar in ihrem Programm versprochen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Das Reichsgericht verwarf die Revision des gegen die Redakteure der Colmarer „Volkspartei“ wegen Majestätsbeleidigung ergangenen Urtheils. —

Aus München wird und geschrieben: Die bereits telegraphisch gemeldet, verurtheilte das hiesige Schöffengericht den Herausgeber der „Zukunft“, Maximilian Harden, wegen angeblichen, in dem Artikel „König Otto“ verübten „groben Unfugs“ zu 14 Tagen Haft. Der Anwalt hatte das Strafmaß um 6 Wochen Haft, beantragt. Herr Harden, der sich in ansehnlicher Weise selbst verteidigte, protestirte im Namen der gesammten deutschen Presse gegen die Billigkeit des Urtheils, sowie gegen die Anwendung des „Groben Unfug-Paragrafen“ auf die Presse überhaupt. Der inkriminierte Artikel aber sei insbesondere durchaus nicht geeignet, beim Publikum Vergerich, Verunreinigung und Verächtlichmachung hervorzurufen. Sein Antrag auf Freisprechung erscheint daher vollständig gerechtfertigt. Der Reichshof dagegen war anderer Ansicht und begründete diese damit, daß der Artikel nach Anschauung des Gerichts eine gröbliche Verunglimpfung des unglücklichen kranken Königs enthalte, die das Gefühl des bayerischen Volkes aufs tiefste verletzen müsse. Der hässliche Ton, in dem der ganze Artikel geschrieben sei, schließe eine milde Beurtheilung des Falles aus und sei deshalb auch auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen gewesen. —

Der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und China wegen der Ueberlassung von Kiautschou wird nun vom Reichs-Anzeiger veröffentlicht. Wir entnehmen demselben die folgenden Stellen:

In der Absicht, den berechtigten Wunsch Seiner Majestät des Deutschen Kaisers zu erfüllen, daß Deutschland gleich anderen Mächten einen Platz an der chinesischen Küste inne haben möge für die Verbesserung und Anfräschung von Schiffen, für die Niederlegung von Materialen und Vorräthen für die selben, sowie für sonstige dazu gehörende Einrichtungen, überläßt Se. Majestät der Kaiser von China beide Seiten des Eingangs der Bucht von Kiautschou pachtweise, vorläufig auf 99 Jahre, an Deutschland. Deutschland übernimmt es, in geeigneter Zeit auf dem ihm überlassenen Gebiete Befestigungen zum Schutze der gedachten baulichen Anlagen und der Eisfahrt des Hafens zur Ausführung zu bringen.

Um einem etwaigen Entstehen von Konflikten vorzubeugen, wird die kaiserlich-chinesische Regierung während der Pachtdauer im verpachteten Gebiete Hoheitsrechte nicht ausüben, sondern überläßt die Ausübung derselben an Deutschland.

Sollte Deutschland später einmal den Wunsch äußern, die Kiautschou-Bucht vor Ablauf der Pachtzeit an China zurückzugeben, so verpflichtet sich China, die Aufwendungen, die Deutschland in Kiautschou gemacht hat, zu ersetzen und einen besser geeigneten Platz an Deutschland zu gewähren.

Deutschland verpflichtet sich, das von China gepachtete Gebiet niemals an eine andere Macht weiter zu verpachten. Der in dem Pachtgebiet wohnenden chinesischen Bevölkerung soll, voranzugeht, daß sie sich den Gesetzen und der Ordnung entsprechend verhält, jedergelt der Schutz der deutschen Regierung zu theil werden; sie kann, soweit nicht ihr Land für andere Zwecke in Anspruch genommen wird, dort verbleiben.

Wenn Grundstücke chinesischer Besitzer zu irgend welchen Zwecken in Anspruch genommen werden, so sollen die Besitzer dafür entschädigt werden. —

Oesterreich.

Wien, 29. April. Das Abgeordnetenhaus beschloß, der kaiserlichen Verordnung, betreffend die Gewährung von Unterstützungen aus Staatsmitteln und betreffend die Bewilligung anderweitiger Kredite anlässlich der Elementarereignisse, die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen. Das Haus ging hierauf zur Tagesordnung, nämlich der Verhandlung über die Sprachenanträge, über.

— Eine Bescheidung der Rechte des Reichsraths und einen Schutz der unter dem Namen „Objektives Verfahren“ gegen die oppositionelle Presse geübten Zensur, versuchte der kaiserliche Präsident des Abgeordnetenhauses, Er erklärte, Interpellationen über konfiszirte Zeitungen, bei denen die konfiszirten Stellen verlesen werden, nur noch in geheimer Sitzung zuzulassen. In einer geheimen Sitzung entschied aber das Abgeordnetenhaus mit 127 gegen 106 Stimmen, daß diese Interpellationen in öffentlicher Sitzung verlesen werden dürfen. Sie kommen damit ins stenographische „Protokoll“, genießen somit zum Vortrage der Zensur-Staatsanwälte den vollen Schutz der Immunität.

Ungarn.

— Der „liberale“ Magyarenstaat wird immer mehr ein Idealstaat für die Hofadligen, Stumm und Konferten. Die höchste Freiheit für die — Polizei herrscht nun in Ungarn, wie aus dem folgenden Erlasse des der „liberalen Partei“ angehörigen Ministers des Innern hervorgeht:

„In zahlreichen Fällen sei die Wahrnehmung gemacht worden, daß die sozialistischen Fach- und Feldarbeiter-Vereine statt sich den ihnen gesetzlich und statutenmäßig zustehenden Aufgaben zu widmen, die Stärkung der Rechtsordnung, die Aufrechterhaltung zum Klassenhass und die Agitation gegen Eigentum und Gesetz betreiben. Die Municipien haben demnach das Wirken dieser Vereine mit verdoppeltem Eifer zu überwachen und darauf zu sehen, daß von den statutenmäßigen Zielen nicht abgewichen werde. Um diese Ueberwachung zu erleichtern, seien in die Statuten der sich konstituierenden Vereine Bestimmungen aufzunehmen, welche eine wirksame Kontrolle seitens der Behörde zu verbürgen geeignet erschienen. So wäre z. B. zu bestimmen, daß die Vertreter der Vereine jederzeit Zutritt zu den Versammlungen haben sollen, daß die Sitzungsprotokolle von ihnen eingesehen, die Kassengebücher und die Schriften wann immer revidirt werden können. Die Municipien erhalten ferner die Ermächtigung, im Falle verdächtiger Beobachtung die Thätigkeit des betreffenden Vereines sofort zu suspendiren und von den getroffenen Maßnahmen dem Minister behufs definitiver Entscheidung Bericht zu erstatten.“

Das zweierlei Recht existirt, wie man sieht, auch in Ungarn. Dieser unerhörte Eingriff in die Vereinsfreiheit gilt nur für sozialistische Fach- und Feldarbeiter-Vereine!

Frankreich.

Algier, 28. April. In Dugerville, in der Nähe von Bone, kam es anlässlich einer Wählerversammlung zu einem Handgemenge, bei welchem der Deputirte Thomon verwundet wurde.

Belgien.

— Wieder ein Geschäft des industriellen Königs Leopold. Nachdem die Erben des englischen Salpetersüßes North es abgelehnt haben, die North'schen, vom belgischen Könige gewünschten Unternehmungen fortzuführen, hat das Ministerium ein Gesetz eingebracht, welches alle diese Konzessionen der Schlafwagen-Gesellschaft überträgt. Der „Soit“ hört zuverlässig, daß die Gesellschaft diese Konzessionen übernimmt, und zwar zu halber Rechnung mit einer sehr hohen Person!

Die „sehr hohe Person“ ist natürlich die berühmte belgische Majestät, über dessen Leben und Thaten man wohl in Belgien, aber nicht in Hamburg und Langenbielau die ungeschminkte Wahrheit verbreiten darf.

Serbien.

Belgrad, 27. April. (Köln. Zig.). Die Lage gestaltet sich immer verwirrt. Zwischen der Regierung und der liberalen Parteileitung kam es zum Bruche, weil die letztere unter dem Einflusse des Geministers Ribaraz durchweg Milan selblich gekannte Kandidaten aufstellt. Milan bringt nunmehr auf die Verhaftung Ribaraz' unter irgend einem Vorwande. Alles dies geschieht hinter dem Rücken des Königs, der förmlich gefangen gehalten wird.

Türkei.

— Von der jungtürkischen Bewegung. Aus Bukarest wird der Wiener „N. Fr. Pr.“ mitgeteilt, daß der dortige türkische Gesandte seitens seiner Regierung den Auftrag erhalten habe, sich für die Unterdrückung eines in Bukarest seit etwa zwei Monaten erscheinenden jungtürkischen Blattes zu verwenden. Dasselbe wird in türkischer Sprache unter dem Titel „Sabahi-Millet“ („Volkstimme“) herausgegeben und macht den Abgeordneten Vassle Coganiceanu als seinen politischen Leiter namhaft. Doch wird als die eigentliche Seele des publizistischen Unternehmens der Jungtürke Kadry Bey, der Sohn des letzten türkischen Gouverneurs von Silistria, angesehen. Die Bemühungen der türkischen Regierung und ihres Bukarester Vertreters, das weitere Erscheinen des Sabahi-Millet durch Inanspruchnahme der Intervention des rumänischen Auswärtigen Amtes zu verhindern, sind denn auch infolge von Erfolg begleitet gewesen, als Kadry Bey auf die Bukarester Polizeipräfektur beschiednen wurde, wo man ihm trotz seiner Berufung auf den rumänischen Deputirten Vassle Coganiceanu, als den politischen Leiter des Sabahi-Millet, kurz und bündig bedeutete, daß er für den Fall eines Weitererscheinens des genannten Blattes seine Ausweisung aus Rumänien zu gewärtigen habe. Für den Fall der Ausweisung Kadry Bey's gedenkt Vassle Coganiceanu den Sabahi-Millet weiter erscheinen zu lassen.

Asien.

— Rußland in Ostasien. Aus St. Petersburg wird gemeldet: Mit dem ersten fälligen Dampfer gehen nach Port Arthur Marine-Jungleute ab, um daselbst Schiffbocks und Marine-Werkstätten einzurichten.

Kalkutta, 29. April. Die Furcht vor der Pest nimmt hier zu. Eine Anzahl reicher Eingeborener schicken ihre Familien fort. Die städtische Verwaltung hat beschlossene, Ueberwachungs-Ausschüsse zu bilden. Es sind verschiedene verdächtige Kranken-Erkrankungen zur Anzeige gebracht. Einige derselben haben einen tödtlichen Verlauf genommen.

Amerika.

New-York, 15. April. („Frankf. Zig.“) Troch des Kriegslärms erregt ein neuer Bestechungs-Skandal, dessen Mittelpunkt der „Präsidentenmacher“ Mark Hanna ist, großes Aufsehen. Der Fabrikant Mark Hanna hatte es sich, nachdem er viele Millionen Dollars erworben, in der Kopf gesetzt, eine politische Rolle zu spielen, und so trat er als Freund und Verankerter Mac Kinley's mit besonderem Eifer für dessen Wahl zum Präsidenten ein. Dafür wußte sich Mac Kinley dankbar zu erweisen, und da Mark Hanna in den Bundesrat wollte, so ernannte Mac Kinley den alten John Sherman zum Staatssekretär, wodurch für Mark Hanna ein Platz im Senat frei wurde. Im Herbst 1897 wurde in Ohio die Legislatur gewählt, welche an Stelle Sherman's einen neuen Vertreter für den Staat im Bundesrat zu ernennen hatte. Von Washington aus und von Mac Kinley persönlich wurde offen für die Wahl Mark Hanna's agitiert, es wurden sogar direkt Bestechungsversuche gemacht, und so wurde Mark Hanna zum Bundes Senator gewählt, aber die Legislatur beantragte einen Ausschuss mit Untersuchung der Beschuldigungen, und derselbe hat nun, wie der „Staatszig.“ aus Cincinnati gemeldet wird, seinen Bericht erstattet. Der Bericht findet Senator Hanna, S. H. Hollenbeck, General S. H. Boyce von New-York, Major Mathews, den einstigen Hilfs-Generalpostmeister unter Harrison, und Major Bid vom republikanischen Staats-Zentralkomitee der versuchten Bestechung des Repräsentanten O'Neil bei der Erwählung Hanna's zum Bundes Senator schuldig. Das Komitee wird empfohlen, daß der Bericht nebst den Zeugnisaussagen dem Bundesrat unterbreitet werde.

(Siehe auch „Korrespondenzen“ 1. Beilage, 2. Seite.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die städtischen Gasarbeiter der Anstalt I haben ihre Forderung nach der Beseitigung der 18stündigen Wechselschicht während der Sommermonate infolge ihres geschlossenen Vorgehens bewilligt erhalten. Die Arbeiter der III. Anstalt entschieden sich bei einer von Seiten der Direktion angeordneten Abstimmung mit 16 Stimmen Mehrheit für die Beibehaltung der 18stündigen Schicht. In der V. Anstalt traten die Arbeiter-Ausschussmitglieder gleichfalls für die Beibehaltung der achtzehnstündigen Schicht ein und bleibt dieselbe daher weiter bestehen. — In den Anstalten II und IV wird beinahe schon seit 2 Jahren bei dem Schichtwechsel während der Sommermonate nur 12 Stunden gearbeitet.

Für Mitglieder des Zentralverbandes der Brauer, die sich an dem Auszug nach Friedrichshagen am 1. Mai beteiligen wollen, ist der Treffpunkt bei Preuß. Neue Friedrichstr. 20, oder Bahnhof Alexanderplatz zu dem Zuge 9 Uhr vorm., in Friedrichshagen: Schulgen's Bierhallen neben der Brauerei. Dorselbst Besichtigung der Wasserwerke. Der Vorstand.

Achtung, Vötker! Die Mai-Versammlung findet bei Wille, Andreasstr. 28, statt. Referent ist nicht G. Koopmann, wie es im Inserat hieß, sondern Max Kiesel. Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

An die Steinarbeiter Deutschlands. Wie uns gemeldet, nimmt der Streik in Striegau und Umgegend immer mehr an Umfang zu und man befürchtet, daß der ganze Distrikt, der nahezu 3000 Steinarbeiter umfaßt, in Mitleidenschaft gezogen wird. Daß hierzu gewaltige Mittel zur Unterstützung erforderlich sind, wird jedem klar sein. Der Kampf ist kein von den Arbeitern heraufbeschworener. Bereits im Februar legten die Arbeiter ihre Wünsche in bescheidener Form den Arbeitgebern (meist Großindustrielle) vor. Aufstufte auf die Wünsche der Steinarbeiter einzugehen, kam man zusammen, um über die — Trennsucht in den Steinbrüchen Jeter und Nordio zu schreiben. Die Arbeiter erhielten auf ihre Wünsche nach 3 Wochen Bescheid, in dem erklärt wurde, man sei der Lohnfrage noch nicht näher getreten. Nun versuchten auf neue die Leute mit ihrem Arbeitgeber einzeln in Verhandlung zu treten, aber ohne Erfolg. Nun kam der Streik. Eine Versammlung, in der man hätte vorher alles genau beraten können, war infolge von Saalabtreiberei nicht möglich. Da die Zahl der Ausständigen beständig wächst, ist es momentan nicht genau festzustellen, wie viel daran beteiligt sind.

In weiteren 8 Orten sind gleichfalls 280 Mann im Streik und zwar in Frankfurt a. M., Spielberg, Trokau, Selb im Fichtelgeb., Deppenheim, Bensheim, Nürnberg und Ochsenberg bei Sulzb. Mit den Ausständigen in Striegau dürften sich rund 900 Mann im Streik befinden. Wie die Situation liegt, kann sich die Zahl der Ausständigen in der nächsten Woche verdoppeln, ja verdreifachen.

Wir sehen uns daher veranlaßt, einen Aufruf an die lokalorganisirte Arbeiterschaft Deutschlands zu erlassen, uns finanziell zu unterstützen. Gut hilft, wer schnell glebt! — Alle Briefe und Geldsendungen richte man an die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands. Z. A.: P. Mitschke, Rigdorf-Beilin, Steinmetzstraße 14.

Die Holzarbeiter und Metallarbeiter in Düsseldorf, 250 Mann, bestanden sich im Ausstand. Wie uns mitgeteilt wird, werden in Berlin von einem Restaurant in der Konowstraße Schlosser nach Düsseldorf angeworben. Wir machen deshalb die Berliner Metallarbeiter auf diesen Streik ganz besonders aufmerksam, damit der Zugzug ferngehalten wird.

In Halle a. S. wurden bei der Firma Prinsner u. Söhne 40 Former ausgesperrt. Die Former verlangten einen einheitlichen Lohnsatz, welcher auch von der Firma anfänglich bewilligt wurde mit der Bedingung, daß nur alle Former im Accord arbeiten müßten. Die Arbeiter gingen hierauf nicht ein, worauf die Aussperrung erfolgte.

USA.

Französische Streiks im März 1898. Das Arbeitsamt verzeichnet 44 Streiks mit 3448 Theilnehmern (für 43 Streiks) gegenüber 87 Streiks mit 3467 Theilnehmern im März des Vorjahres. Die durchschnittliche Zahl der März-Streiks in den letzten fünf Jahren beträgt 40. Von den 44 Konflikten erstreckten sich 12 auf mehrere, theils auf sämtliche Betriebe der gleichen Branche am betreffenden Orte. Die meisten Streiks zählte man in der Bauindustrie (10), in der Textilindustrie (9) und in der Metallindustrie (8). Ursachen der Konflikte: in 21 Fällen Forderung einer Lohnerböhung, in 5 Fällen Abwehr gegen eine Lohnherabsetzung, in 8 Fällen Personenfragen, darunter zweimal Forderung der Entlassung von Frauen und Lehrlingen, in 3 Fällen Forderung der Abschaffung des Stüchlohes, in 1 Falle Kampf für den Jehnntundenlohn u. a. m. Ausgang von 31 im März und von 4 vorher begonnenen Streiks: 8 Erfolge, 9 Ausgleiche und 18 Mißerfolge. — Von den 12 Einigungen versuchten waren nur drei erfolgreich, zwei scheiterten während der Unterhandlungen und sieben, wie fast immer, von den Arbeitern ausgegangene Versuche kamen nicht zu stande wegen der ablehnenden Haltung der Unternehmer.

Der schwedische Eisen- und Metallarbeiter-Verband hat eine Enquete über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Fach veranstaltet. Zunächst werden die Stockholmer Verhältnisse bekannt gegeben. Es sind nur die Maschinenarbeiter der Werkstätten in betracht gezogen, nicht die aus anderen Gewerken darin thätigen. 1057 Arbeiter waren über 18 Jahre, 80 darunter. Der Durchschnittslohn beträgt 28,7 Lohre (etwa 34—35 Pfennig) für die Stunde, der höchste Durchschnittslohn beträgt 36,4 Lohre, der niedrigste 23 Lohre. Der höchste Einzelstundenlohn 50 Lohre, der niedrigste 14 Lohre. Akkordarbeit kommt häufig vor und erhöht das Jahreseinkommen im Durchschnitt um 64 Kr. Einzelne Arbeiter bringen es bis auf 200 Kr. und mehr. Das Jahreseinkommen beläuft sich bei 17 unter 600 Kr., bei 142 unter 800 Kr., bei 361 von 800—1000 Kr., bei 228 von 1000 bis 1200 Kr., bei 112 über 1200 Kr. Das höchste Einkommen ist 1600 Kr., das niedrigste 500 Kr. Das Durchschnittsalter beträgt 29 1/2 Jahre, das höchste Alter ist 68 Jahre.

Der Krieg.

Die Beschießung von Matanzas stellt sich nicht als ein Erfolg der Spanier dar. In Madrid spottet man über die amerikanischen Berichte über den Kampf bei Matanzas. Ein Matanzier war das einzige Opfer des Bombardements. Die Befestigungswerke sind völlig intakt geblieben, obwohl 300 Granaten gegen sie geschleudert wurden.

Eine Depesche des Generalgouverneurs Blanco meldet, daß die Beschießung Matanzas eine Stunde gedauert, aber keinerlei Schaden angerichtet habe. Gingen sollen die amerikanischen Schiffe durch die von den Forts abgegebenen Schüsse Beschädigungen erlitten haben. Die Konsula Frankreichs und Oesterreich-Ungarns haben gegen die ohne vorgängige Benachrichtigung erfolgte Beschießung protestirt.

Mehrere demokratische Blätter New-York's behaupten, die amerikanische Flotte habe sich infolge der bestigen Beschießung von Matanzas zurückziehen müssen, da ihre Stellung in einem Augenblick sehr bedroht gewesen ist. Inwiefern die amerikanischen Kriegsschiffe beschädigt sind, ist in New-York noch nicht bekannt.

Ein offizielles Telegramm des Marquis Blanco meldet, daß eine amerikanische Geschwader sei in östlicher Richtung abgefegelt. Eins der großen Schlachtschiffe sei gescheitert, und vier amerikanische Kriegsschiffe seien damit beschäftigt, das Schiff wieder flott zu machen.

Einem Telegramm des „Imparcial“ aus Havana zufolge haben die Insurgenten Artemisa angegriffen, sind aber zurückgeschlagen worden. Ein weiterer kleiner Sieg über die Ausständigen wird von den Spaniern gemeldet.

Aus Washington wird heute gemeldet: Die Kriegsverwaltung hat 8 große Dampfer mit einem Tonnengehalt von durchschnittlich 2000 Tonnen gechartert für den Transport der ersten militärischen Expedition nach Kuba.

Nach einer heute veröffentlichten Mitteilung sind die Pläne für die kubanische Invasion fertig gestellt; es sei beabsichtigt, 10 000 Mann in Matanzas zu landen.

Aus London wird telegraphirt: Eine Abordnung von Parlamentariermitgliedern aus den an der Schifffahrt beteiligten Wahlbezirken befragte heute den Handelsminister Ritchie über die Stellungnahme der englischen Regierung zu der seitens der Vereinigten Staaten geplanten Erhöhung der Tonnengebühren. Der Minister erwiderte, die Regierung stehe mit dem britischen Botschafter in Washington sowie mit den europäischen Regierungen, deren Interessen hierbei in Frage kommen, im Meinungsaustausche hierüber; es würden namens aller Mächte Vorstellungen erhoben werden, in denen auf den drückenden Charakter der geplanten Maßnahme für den europäischen Handel hingewiesen werde.

Die Mitglieder des gemeinsamen Ausschusses der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses haben eine Einigung über die Marine-Kreditvorlage erzielt und die von dem Senate beantragte Vermehrung der Flotte genehmigt. Es werden u. a. vier weitere Monitore und 16 Torpedoboots-Zerstörer verlangt.

Das Staatsdepartement hat die Nachricht von der Neutralitätserklärung Frankreichs, Mexikos, Argentiniens, Belgiens und Koreas erhalten. Eine bezügliche Mitteilung Deutschlands ist nicht eingegangen, jedoch werden in dieser Beziehung keine Besorgnisse gehegt angesichts der Versicherung Deutschlands, daß es Neutralität bewahren werde. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich jetzt auf das Verhalten, welches Oesterreich einschlagen wird.

Vom amerikanischen Festlande, aus Canton (Pennsylvania), kommt heute die folgende, sehr kriegerisch klingende Meldung:

Drei große Magazine, welche Sprengstoffe für die Regierung enthielten, sind heute Nachmittag in die Luft geflogen. Zwei Personen wurden getödtet, eine Anzahl verwundet; mehrere werden vermisst. Man nimmt an, daß die Explosion von spanischen Spionen veranlaßt worden ist, da man in der letzten Zeit verdächtige Personen in der Umgebung der Magazine beobachtet hat.

Der Londoner „Standard“ meldet aus Singapore, zwei französische Dampfer seien dort mit einer großen Anzahl Flüchtlinge von den Philippinen an Bord eingetroffen.

Ueber die Wirkungen des Krieges auf die deutsche Industrie finden wir im „Berliner Tageblatt“ die folgende Meldung:

Ein sächsisches Handelshaus, das eine Niederlassung in New-York besitzt, hat seine sämtlichen Ordres bei deutschen Fabrikanten gegen 1/2 pCt. Rückgängig gemacht, da voraussichtlich die Käufer in den Vereinigten Staaten zurückhaltend sein werden. Unter anderem fürchten auch unsere Juweliere, daß die Amerikaner diesmal im Sommer nicht bei uns erscheinen, während sie sonst um diese Jahreszeit regelmäßig hier eintreffen und für die werthvollsten Schmuckfachen die besten Abnehmer waren. Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen das Ergebnis eines seitens des Blattes an mehr als hundert der größten Export- und Industrie-Firmen Sachsens gerichteten Rundfrage betreffs der Einwirkung des spanisch-amerikanischen Krieges auf den sächsischen Exporthandel nach beiden kriegführenden Staaten. Von den 75 eingelaufenen Antworten lautet die große Mehrzahl dahin, daß für die sächsische Exportindustrie wesentliche Schädigungen zu befürchten seien.

Ueber die Stimmung in England berichtet unser Londoner Korrespondent:

Der spanisch-amerikanische Krieg nimmt fast das ganze Interesse der Öffentlichkeit in Anspruch, alle Blätter sind voll von Artikeln und Briefen über die Rückwirkung des Konflikts auf England. Als größte Seehandelsmacht ist England selbstverständlich auch mehr wie jedes andere Land von einem Kriege in Mitleidenschaft gezogen, der in hohem Grade ein Seekrieg sein wird. Die Fragen der Blockade, der Kriegskontrollen, des Rechts der Untersuchung und Beschlagnahme neutraler Schiffe und schließlich der Ertheilung von Kaperbrieffen — all das sind für die englische Seeberei und die von ihr abhängigen Handels- und Industriezweige Fragen von größtem Interesse. Weiter hat England in den Bewässern, in denen voraussichtlich der Seekrieg sich konzentriren wird, mehr Kohlenstationen und Schutzhäfen als irgend ein anderes Land, und von der Art, wie es seine offiziell erklärte Neutralität auslegt, kann leicht der Ausgang des Krieges bestimmt werden. Bei der so verschiednen gearteten Situation der beiden kriegführenden Mächte ist formell gleiche Behandlung beider noch keine Gewähr gegen Begünstigung der einen zum Schaden der anderen. Im Gegenheil wird sie vielmehr immer ungleicher wirken, und so hat England es in der Hand, formell völlig unparteiisch zu bleiben und doch die ihm mehr am Herzen liegende Macht sich durch Liebedienste zu verpflichten.

In dieser Hinsicht unterliegt es nun gar keinem Zweifel, daß die große Masse der Engländer zu den Vereinigten Staaten halten. Hingelöschswürmen schon von einem anglo-amerikanischen Bündniß als Vorläufer eines großen Weltbundes der angelsächsischen oder anglo-türkischen Rasse, die der übrigen Welt als geschlossenes Gange gegenüberreten werde. Damit hat es indeß noch sehr gute Wege. Dagegen sind die Beziehungen zwischen England und der großen nordamerikanischen Republik heute jedenfalls enger als zu irgend einer vorherigen Epoche. Wirtschaftliche und ideologische Einflüsse bewirken immer intimeren Beziehungen zwischen den einflussreicheren Elementen der Bevölkerung haben und drüben. Der Handelsverkehr Großbritanniens mit den Vereinigten Staaten übersteigt den mit Spanien um das neunfache, und im gleichen Verhältnis mögen sich die Parteigänger der Nordamerikanischen Republik und der iberischen Monarchie hier gegenübersehen. Die Solidarität der gekrönten Häupter, die auf dem Festland jedenfalls noch ein politischer Faktor ist, fällt in England nicht ins Gewicht. Auch ist es durchaus unrichtig, der Aristokratie und Hochfinanz besonders Voreingenommenheit gegen die Vereinigten Staaten in diesem Konflikt vorzuwerfen. Im Gegenheil, die entschiedenste Parteinahme gegen die kriegführenden Jantees findet man in den Reihen der ängstlichen Linken: bei den Sozialdemokraten, den Friedensfreunden und den christlichen Sozialisten, und diese Gegnerschaft würde sich in lauten Demonstrationen äußern, wenn nicht, trotz aller Beruhigung mit schumrigem Spekulations-Interessen, die Vereinigten Staaten Spanien gegenüber doch die politische Freiheit verträten.

Weitere Depeschen melden:

London, 29. April. Das Reutersche Bureau meldet aus Kingston (Jamaika) über New-York: Der deutsche Dampfer „Demus“, von Hamburg nach Baltimore unterwegs, lief heute früh Port Antonio an und brachte 441 deutsche, kubanische, britische und amerikanische Flüchtlinge aus Santiago aus Land. Der Führer des Dampfers hatte dieselben aus Menschenfreundlichkeit mitgenommen. Die Flüchtlinge waren größtenteils Frauen und Kinder. Sie hätten gemeldet, daß die spanischen Behörden alle Lebensmittel in Santiago für die Armee in Sicherheit gebracht hätten. Zwanzigtausend Einwohner seien fast gänzlich ohne jede Nahrung. Die Flüchtlinge hätten ferner mitgeteilt, daß die Insurgenten große Anstrengungen machten, die Augenwerke von Santiago und Quantanamo anzugreifen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 29. April. (M. Z. B.) Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Rosenheim melden, ist in der Pulverfabrik in Stephanskirchen gestern Nachmittag das Läuferwerk in die Luft geflogen. Drei Arbeiter wurden lebensgefährlich verletzt.

Rom, 29. April. (M. Z. B.) Der Ministerrath beschloß heute Nachmittag, die Carabinieri der Jahrgänge 1870 und 1871 einzuberufen.

Reichstag.

78. Sitzung, Freitag, 29. April 1898, 1 Uhr.

Am Bundesrathliche: Graf Posadowsky, Frhr. v. Tschielmann.

Die Novelle zum Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden wird in erster Lesung debattiert.

Ebenso wird in zweiter Lesung der Gesetzentwurf über die elektrischen Maßeinheiten mit einigen redaktionellen Änderungen nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Es folgen Berichte der Petitionskommission. Eine Petition, die die Aufhebung des Impfszwanges fordert, wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Eine Petition, die die Einführung des Beschäftigungs-Nachweises für das Baugewerbe verlangt, soll nach Vorschlag der Kommission dem Reichskanzler als Material überwiesen werden.

Abg. Wegner (Z.) wünscht, daß diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werde.

Das gleiche verlangt Abg. Lohse (Antik.).

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Venoit (fr. Bg.) die Beschäftigungsfähigkeit des Hauses.

Die Anzählung ergibt die Anwesenheit von 149 Mitgliedern. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Der Präsident beantragt die nächste Sitzung mit dem Rest der Tagesordnung auf 3 Uhr an. Schluß 2 Uhr 55 Min.

79. Sitzung.

Das Haus setzt die Berathung der Petitionen fort. Die meisten sind unwesentlicher Natur.

So verlangen Werftschreiber der Marine die Verleihung eines Ranges. Ueber diese Petition wird zur Tagesordnung geschritten.

Eine Petition auf Erhöhung der Kontingentsfuß-Ziffern von Zuckerrüben wird entgegen dem Antrage der Kommission, die Uebertragung zur Tagesordnung beantragt, auf Antrag Paasche der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine Petition verlangt Erhöhung der Beihilfen für die Wittwen im Feldzuge von 1870/71 gefallener Offiziere. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wir haben gegen diese Petition ja nichts einzuwenden, ich muß aber doch betonen, daß weit mehr als die Wittwen der Offiziere die Wittwen und Waisen der Soldaten dringend der Unterstützung bedürfen. Wenn also der Antrag der Kommission auf Ueberweisung als Material angenommen wird, so darf ich wohl die Hoffnung aussprechen, daß die Regierung dann auch die berechtigteren Wünsche der Wittwen und Waisen der Soldaten berücksichtigt.

Die Petition wird hierauf der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt die zweite Berathung des von den Abgg. Dr. Paasche und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs betr. die Besteuerung von Saccharin und verwandter Süßstoffe, nachdem ein Antrag Lessing (fr. Bg.) auf Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung abgelehnt und ein Vertagungsantrag nicht die genügende Unterstützung gefunden hat.

Abg. Wurm (Soz.): Meine Fraktionsgenossen treten für den Entwurf ein, nicht im Interesse der Zuckerindustrie, sondern im Interesse der Konsumenten. Durch die Verwendung des Saccharins wird lediglich das Publikum getäuscht. Wenn aber von Seiten der freisinnigen Partei hier ein Haufe so sehr Erregung darüber gezeigt wird, daß diese Frage überhaupt zur Verhandlung kommen soll, so berührt das sehr eigentümlich, wenn man bedenkt — und die Herren könnten es wissen — in welcher schlechte Gesellschaft sie sich begeben. Redner verliest hierauf das in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ enthaltene Schreiben der Sacharinfabrik Fahlberg, Birn u. Co., das einen plumpen Bestechungsversuch für die Gegenagitatorien gegen das Gesetz und seine Berathung versucht. Die Subelfabrikation vermehrt die Zahl der ungelerten Arbeiter, indem sie immer mehr gelernte Arbeiter überflüssig macht.

Abg. Nicker (fr. Bg.) protestirt gegen die Verdächtigung des Abg. Wurm. Unsere Abneigung gegen die Berathung des Gesetzes rührt nur daher, weil wir uns vorher über die einschlägigen Verhältnisse besser unterrichten wollen. Ich protestire nochmals gegen den unwürdigen Protest. (Dieser lapsus linguae ruft große Heiterkeit hervor.)

Abg. Lohse (Reform-P.) freut sich über die Haltung der Sozialdemokraten und hofft, daß die Vorlage angenommen wird.

Abg. Wurm (Soz.) bekräftigt, eine Verdächtigung ausgesprochen zu haben. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß die Freisinnigen sich in schlechte Gesellschaft begeben haben; mit keinem Worte sagte ich, daß die Freisinnigen selbst bestochen wären. Ich meine nur, man soll die Sache von Leuten nicht führen, die solche Bestechungsversuche möglich haben.

Abg. Graf v. Stolberg (L.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden und bittet um Annahme derselben.

Abg. Dr. Hermes (fr. Bg.) stellt fest, daß Abg. Wurm ausdrücklich gesagt habe, die Freisinnigen möchten doch bedenken, in welcher schlechte Gesellschaft sie sich mit ihrem Verhalten begeben. Darin liegt eine Verdächtigung, gegen die auch ich protestiren muß.

Abg. Nicker (wildlib.) erklärt sich im Interesse der Bierbrauerei für die Vorlage.

Abg. Schwärze (Z.) erklärt sich gleichfalls für die Vorlage.

Hierauf schließt die Diskussion.

Präsident v. Quast stellt fest, daß nach dem Stenogramm der Rede des Abg. Wurm thatsächlich aus ihr eine Beleidigung abgeleitet werden könne, und tadelt daher den Abg. Wurm.

Abg. Wurm (Soz.) erklärt, daß ihm nichts ferner gelegen habe, als eine Verdächtigung der freisinnigen Partei auszuspochen.

Abg. Hermes bezeugt für die Abstimmung über § 1 die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Da die Beschlußfähigkeit offenbar ist, so wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr (Westpost-Uebereinkommen; Gesetz betreffend die Handelsbeziehungen zu England; Gesetz betreffend elektrische Maßeinheiten, in dritter Lesung; Gesetz betreffend die Naturalleistungen an die bewaffnete Macht im Frieden, in zweiter Lesung; Antrag Wachen betreffend Abänderung des Zolltariffs für Rohfaserstoffe; Petitionen).

Schluß 3 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Untergesamtheit des Reichstages beriet heute den Nachtragsetz zur Verwaltung des Gouvernements in Kiautschou. Abg. Dr. Lieber (Referent) bemerkt, daß bei dieser Frage die politische Seite nicht minder wie die damit verknüpften wirtschaftlichen und militärischen Interessen ins Auge zu fassen seien, außerdem müsse natürlich die finanzielle Seite beachtet und namentlich auch die Frage erwogen werden, ob es angezeigt sei, die für Kiautschou geforderte Summe als Pauschquantum zu bewilligen.

Staatssekretär v. Bälou theilt zunächst den Wortlaut des gestern Abend eingetroffenen Vertragsinstruments zwischen Deutschland und China mit. Der 1. Theil des Vertrages, der die politischen Konzessionen enthält, wird zu den Akten der Kommission gegeben. Von dem 2. und 3. Theil, der sich mit wirtschaftlichen Zugeständnissen in der Provinz Schantung befaßt, giebt Staatssekretär v. Bälou unter Hinweis darauf, daß auch England, Rußland und

Frankreich ihre letzten wirtschaftlichen Abmachungen mit China nicht veröffentlicht haben, nur ganz vertraulich Kenntniß. Der Staatssekretär berichtet dann die Vorgeschichte der in Aussicht genommenen Festschließung Englands in Weihaiwei, worüber das kürzlich veröffentlichte englische Staatsbuch eingehende und authentische Mittheilungen enthalte. Die deutsche Regierung habe von dem englisch-chinesischen Abkommen wegen Weihaiwei offiziell erst durch die Erklärung Balfours im englischen Unterhause Kenntniß erhalten; gleichzeitig sei von der englischen Regierung hierüber mitgetheilt worden, sie habe nicht die Absicht, unsern politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Provinz Schantung zu beeinträchtigen. Es sei unverkennbar, daß das Zentrum der englischen Interessen mehr am Yangtschong liege. Wie aber Hongkong nahe der französischen Aktionsphäre liege, so sei England mit Weihaiwei in die Nähe der russischen Aktionsphäre gerückt. Weihaiwei sei gleichsam ein Fenster, was sich England nach dem Golf von Pechili hinaus eingerichtet habe, wie Rußland ein solches in Port Arthur besitze. Deutschland habe nichts dagegen, wenn beide Mächte sich von diesen ihren Fenstern aus das Spiel der Wellen des Golfes betrachteten.

Von dem russischen Machtgebiet in Nordchina, das wir als solches immer anerkannt hätten, fühle sich das Deutsche Reich in keiner Weise bedrängt. Es stehe zu erwarten, daß nunmehr alle Mächte daran gehen würden, das was sie erworben hätten, in friedlicher Weise auszubauen und zu entwickeln.

Auf weitere Anfragen von Mitgliedern der Kommission fügt der Staatssekretär v. Bälou hinzu: Mit Japan hätten wir keine Differenzen gehabt, Japan habe auch nicht zu erkennen gegeben, daß es sich durch unsere Stellung in Kiautschou benachtheiligt fühle. Auf die Festschließung einer Pachtsumme in dem Vertrag sei China nicht zurückgekommen und er habe nicht geglaubt, daß es in unserm Interesse liege, diese Frage unfererseits anzugehen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte hat der Abg. Richter um Auskunft über die beabsichtigte Vertheilung von Privatfirmen und deren Heranziehungen zu den Lasten; er hoffe nicht, daß das Reich auf seine Rechnung Eisenbahnen und Bergwerke bauen wolle.

Staatssekretär v. Bälou erwidert hierauf folgendes: Was die wirtschaftliche Erschließung von Schantung angeht, so sind sowohl von Syndikaten als von einzelnen Unternehmern Anträge an uns herangekommen wegen Anlage von Eisenbahnen, Ausbeutung von Bergwerken und ähnlichen industriellen Unternehmungen. Eine endgültige Stellung haben wir zu diesen Anträgen noch nicht eingenommen. Wir werden zunächst die ernsthaften Offerten in die wirtschaftlichen Bestimmungen des erst gestern hier eingetroffenen Vertrags nehmen lassen und demnächst konkrete Vorschläge derselben abwarten. Was die Frage der Heranziehung der Unternehmer zu den Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Anlagen in Kiautschou angeht, so ist dieselbe Gegenstand sorgfamer Erörterung unter den beteiligten Ressorts. Wir werden selbstverständlich dafür sorgen, daß die Lasten möglichst von denjenigen getragen werden, welche aus der Eröffnung von Schantung in erster Linie Vortheile ziehen. Die Frage, ob ein oder mehrere Syndikate, läßt sich nicht beantworten, solange nicht präzise Angebote vorliegen, wir werden die Entscheidung fernertest lediglich vom Standpunkte des allgemeinen Nutzens treffen.

Abg. Dr. Lieber: Nach dem eben gehörten erscheine die wirtschaftliche Entfaltung von Kiautschou nicht gefährdet, sondern es werde im Gegentheil der Werth dieser Erwerbung erst in das rechte Licht gerückt. Die Anlage eines Kriegshafens stehe nach den gegebenen Erklärungen jedenfalls erst in zweiter Linie, doch sei es erwünscht, daß der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts hierüber nähere Auskunft gebe. Das wichtigste erscheine zunächst die Ausgestaltung des Hafens, die natürlich die Einrichtung oder Verwaltung und die Unterstüzung durch eine Garnison zur Voraussetzung habe. Wünschenswerth seien ihm Ausführungen über die einzelnen im Etat erwähnten Aufgaben, sowie auch darüber, wie sich hieraus die Forderung von 5 Millionen Mark ergebe und außerdem eine Mittheilung, weshalb man diese Forderung nicht habe spezialisiren können. Bezüglich der Befestigung von Kiautschou knüpfte Redner an die bereits früher öfters erörterte Frage an, ob man wehrpflichtige Soldaten ohne weiteres auf ausländischen Stationen verwenden könne.

Staatssekretär Tirpitz: Er habe den Versuch machen lassen, einen spezialeren Etat aufzustellen, doch habe sich das als unmöglich erwiesen. Als erste Nothwendigkeit ergebe sich die Anlage von Rosenbauten, Bösch- und Lagerplätzen an der Südküste der Bucht; diese Arbeit werde die Marine auf sich nehmen müssen, da sie vorangehen müsse, ehe die Handelschiffahrt sich dort entwickeln könne. Vorangehen müsse die Vermessung und Betonung des Fahrwassers, ferner sei die Vermessung des Landgebietes nothwendig, welche demnächst in Angriff genommen werden würde. Weiteranlagen beabsichtige die Marineverwaltung nicht, sie hoffe hierin auf die Privatunternehmung, der sie dann ihre Reparaturen übertragen werde. Gleiches gelte von der Anlage von Kohlenlagern, welche wohl zweckmäßiger die Privatunternehmung zur Stelle schaffe; die Marine werde sich das erst bei Konzessionsverhandlungen ausbedingen. Neue Befestigungen beabsichtige man nicht anzulegen, man werde sich auf die Ausgestaltung und Unterhaltung der vorhandenen chinesischen Befestigungen beschränken. Durch Rabinetsordre vom 27. d. M. sei Kiautschou zum Schutzbereich erhoben und die Konsulargerichtsbarkeit darauf eingeführt worden. Die Verwaltung werde unter einem Gouverneur stehen, der Vollmacht im weitesten Maße werde haben müssen, namentlich auch für die Geldwirtschaft; von der Heimath aus werde man nur in prinzipiellen Fragen eingreifen können. Man werde versuchen, die Ansiedelung bald unter eigene Verwaltung zu stellen.

Es gelangt hierauf ein Bericht des Geschwaderchefs zur Verlesung, aus welchem hervorgeht, wie bisher die Garnison sich eingerichtet hatte, und was in dieser Hinsicht demnächst noch zu geschehen haben würde; auch berührt dieser Bericht die Grundbesitzverhältnisse, die in Kiautschou vorgenommenen Grunderwerbungen und die Maßnahmen, welche ergriffen seien, um sich vor Uebertheuerungen seitens der Chinesen zu schützen, wobei allen berechtigten Wünschen derselben nach Möglichkeit Rechnung getragen werde.

Abg. v. Bennigsen bittet, den verlesenen Bericht nach Möglichkeit zu veröffentlichen und tritt lebhaft für mögliche Selbstständigkeit des Gouverneurs nach dem Vorgang der Engländer ein. Ob es angeht dessen durchführbar sein werde, Marineverträge draußen zu befragen, sei zweifelhaft ohne Zweifel und bedürfe erst noch der Aufklärung; es empfehle sich vielleicht, im Wege der Kapitulation dafür zu sorgen, daß die Leute länger draußen bleiben könnten.

Staatssekretär Tirpitz bemerkt, die Verlesung des Berichtes habe bezweckt, zu zeigen, daß der Admiral in Ostasien ebenso denke, wie die heimische Verwaltung; er sei bereit, für die Veröffentlichung desselben zu sorgen. Er hege keinen Zweifel, daß das Marinepersonal verpflichtet sei, auch im Auslande Dienst zu thun; hier könne man das um so unbedenklicher, als das Klima ein durchaus günstiges sei; bis jetzt verträgen die Leute dasselbe recht gut. Alle Voraussetzungen deuteten darauf hin, daß auch die heiße Zeit im Sommer nicht unerträglich sein werde. Der Soldat an Ort und Stelle koste im Durchschnitt einschließlich der Abfertigungskosten 1175 M., ein Schutztruppenmann in Westafrika koste über 1900 M.; dies weise darauf hin, aktive Soldaten draußen zu verwenden; die Abfertigung biete keine Schwierigkeit; die Leute befänden sich dort an Land sehr viel besser als die Befehlsleute unserer kleinen Schiffe.

Nach den bestehenden Absichten werde man die Leute in der Heimath ausbilden und dann 2 Jahre draußen lassen sowie während ihrer Dienstzeit noch wieder ablassen. Die Garnison habe nicht nur für den Platz selbst Bedeutung, man werde sie unter Um-

ständen auch in den übrigen Settlements verwenden können. Früher habe man dazu oft Schiffbesatzungen herangezogen, die aber nur zum Schutze der Vereifung der Schiffe vom Bord genommen werden könnten.

Abg. Madbyl entnahm dem bisher Gelesenen, daß die Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes mit Kiautschou nicht befaßt werden solle; er halte dies für zweckmäßig. Man möge mit thunlichster Voraussicht namentlich beim Grunderwerb verfahren, damit man später nicht Spekulationspreise zu zahlen brauche.

Staatssekretär Tirpitz erwiderte, alles was der Redner zur Sprache gebracht habe, stelle offene Fragen dar. Die Regierung habe zunächst ein Vorkaufrecht sich erworben, einige Terrains seien auch bereits angekauft; die früheren chinesischen Kronländer seien habe das Reich eigentümlich erworben.

Auf eine Anfrage des Abg. Richter, ob die Zeitungsgerichte über ein russisch-japanisches Abkommen wegen Korea und über ein englisch-amerikanisches Bündniß, das sich wohl auf Ostasien erstrecken würde, begründet seien, erwidert Staatssekretär v. Bälou, daß ihm weder von einem russisch-japanischen Abkommen noch von einem Bündniß zwischen England und den Vereinigten Staaten, sei es allgemeiner, sei es spezieller Natur etwas bekannt sei.

Abg. Lipgens bat um Auskunft, ob für die religiösen Bedürfnisse der Garnison bereits Vorkehrungen getroffen seien.

Staatssekretär Tirpitz erklärte, daß dieserhalb Verhandlungen mit der katholischen Mission angeknüpft werden würden.

Graf Stolberg knüpfte an die Bemerkung des Abg. Richter an, auch nach seiner Meinung solle das Reich draußen keine gewerblichen Unternehmungen treiben, doch möge das Reich die Sache in der Hand behalten und sich erst die nöthigen Vortheile sichern.

Pring Krenberg ist für die Vorkehrung für die gottesdienstlichen Bedürfnisse dankbar.

Hierauf wurde die Diskussion geschlossen. Der Referent konstatiert, daß gegen die beantragten Bewilligungen Einwendungen nicht erhoben seien. Er wolle noch die Frage erwähnen, ob die Marine Kiautschou dauernd unter ihrer Verwaltung behalten wolle. Die deutschen Interessen in der Provinz Schantung unterständen dem Ressort des Auswärtigen Amtes; innerhalb der 30 Kilometerzone werde sich erst ein Zusammenwirken zwischen Marine und Auswärtigem Amt entwickeln, an sich habe er keinen Anlaß, die Frage näher zu erörtern, da die Zukunft wohl das weitere bringen werde.

Hierauf wurde auf Antrag des Referenten die beantragte Forderung mit allen Stimmen gegen diejenigen der Sozialdemokraten angenommen.

Dem Abgeordnetenhause hat der Abg. Dr. Hauptmann folgenden Antrag zu der zweiten Berathung der lex Arons unterbreitet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: in § 1a der Kommissionsbeschlüsse die §§ 18 und 24 zu streichen, sobald diese Paragraphen des Disziplinargesetzes auf die Privatdozenten keine Anwendung finden.“

Die Torgelower Streikaffäre vor dem Stettiner Schwurgericht.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung vom Donnerstag treten noch verschiedene Belastungszeugen auf, die nichts wesentliches beibringen; imgleichen wissen die meisten der Entlastungszeugen über die Zeit des Nachhausekommens nichts Bestimmtes zu sagen.

Der Angekl. Ertel wird von dem Schlichtermeister Freund aus Torgelow entlastet. Ertel habe für ihn ein Schwein gekauft und sei jedenfalls nur zufällig im Walde gewesen.

Zeuge Fabrikbesitzer Jägle wird über den Angekl. Bary befragt und giebt ihm ein gutes Zeugniß. Bary hat sich niemals agitatorisch betheiligt, Wädelständer war er in der Fabrik niemals. Staatsanwalt: Weshalb ist bei Ihnen der Streik entstanden? — Zeuge: Es war Leuten gekündigt worden und die Arbeiter verlangten die Wiedereinstellung, was von uns nicht zugestanden wurde. — Staatsanwalt: Weshalb war die Kündigung erfolgt? — Zeuge: Weil keine Arbeit da war. — Staatsanwalt: Nicht weil die Leute in den Fachverein eingetreten sind? — Zeuge: Mein Kompanion hat die Kündigung vollzogen. Ich kann nichts genaueres sagen.

Zwei Zeugen entlasten den Angeklagten Kantonow, den sie in der Nähe des Bahnhofs, entgegengekehrt von dem Ruhmorgener Weg schon gegen 1/2 Uhr abends gesehen und begrüßt haben wollen.

Zeuge Fabrikbesitzer Menzel aus Torgelow soll sich über die Ursachen und den Verlauf des Streiks äußern. Er bekundet: Es war uns bekannt, daß der Metallarbeiter-Verband existierte und wir hörten, daß in unserer Fabrik die Leute agitatorisch thätig waren für den Verband. Wir entließen drei Mitglieder und lehnten das Verlangen auf Wiedereinstellung ab. Da legten alle die Arbeit nieder. — Vors.: Sie kennen den Vergleich von Nedderründe? Haben Sie den Vergleich gehalten? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Zu dem Vergleich stand doch, daß sich die Arbeitgeber nicht um das Vereinsthemen kümmern sollten. — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Nun haben Sie doch aber das Unterschreiben eines Reverses verlangt, in welchem sich die Arbeiter verpflichten sollten, nicht dem Fachverein beizutreten. — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Das war aber doch gegen die Abmachung.

Prakt. Arzt Dr. Ludwig bekundet, daß Meyer im August einen Anfall von Weisheitsgestörtheit gehabt habe und befundet dann näheres über die Verletzungen der mifhandelten Arbeiter, die sich mit den Aussagen der betreffenden Zeugen durchaus decken. Bei Giermann sei dauerndes Siechtum als Folge möglich; die übrigen seien nach kurzer Zeit geheilt worden.

Kreisphysikus Dr. Hanow hat die Leiche des Arndt obduzirt und führt den Tod des Arndt auf Lungen Schlag durch Erstickung zurück. Verletzungen waren an dem Körper nicht zu sehen. Wie die Erstickung zu Stande gekommen, sei nicht ganz klar, aber es sei anzunehmen, daß der Mensch mit Gewalt in das nasche Geröck gedrückt worden sei. Der Mann sei jedenfalls schon vorher ermattet gewesen und es sei keine große Gewalt, auch keine lange Zeit für das Niederdrücken nothwendig gewesen. Den Anfall Meyer's führt der Sachverständige auf Schnapsgenuß hin.

Dr. Schröder schließt sich diesem Gutachten Dr. Hanow's an.

Angekl. Meyer bekräftigt, Schnapstrinker zu sein und Dr. Ludwig meint, Meyer sei ein nucherner Mensch.

Die Beweisaufnahme wird hierauf geschlossen und die Weiterberathung auf Freitag 9 1/2 Uhr verlag.

8. Verhandlungstag (Freitag).

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung um 9 1/2 Uhr und tritt noch einmal in die Beweisaufnahme ein.

Vernommen wird der Zeuge Fabrikbesitzer Sauer aus Torgelow. Er schildert die Entstehung des Streiks wie die übrigen Zeugen, theilt aber noch mit, daß in seiner Fabrik Fenster eingeschlagen worden sind, auch Drohungen gegen die Arbeiter, die weiter arbeiteten, ausgestoßen worden sind. — Vorsitzender: Weshalb wurden die Arbeiter bei Menzel gekündigt? — Zeuge: Es war schon Jahre lang von der Gründung eines Fachvereins die Rede, der Abschaffung der Akkordarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit bezweckte, Forderungen, die unsere Industrie nicht erfüllen kann. Wir empfahlen den Arbeitern den Beitritt zum Hirsch-Duncker'schen Gewerbeverein, die Arbeiter sagten aber, die Beiträge wären ihnen zu theuer. Es bestand dann ein gewisser Gegenstand zwischen Gewerbevereintlern und Fachvereintlern. — Vors.: Wie hoch ist der Lohn bei Ihnen? — Zeuge: Ein guter Arbeiter verdient 4-5 M. — Zeuge Miesch bekräftigt das. Es seien höchstens 4 M. zu verdienen gewesen. — Ein Angeklagter, der

bei Sauer gearbeitet hat, erklärt, er habe bei zwölfstündiger Arbeitszeit 3,42 M. verdient. — Vertb.: Hat nicht der Gewerverein auch die Tendenz der Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Akkordarbeit? — Zeuge Sauer: Das glaube ich nicht. — Zeuge Mehnert: Der Gewerverein hat die gleichen Tendenzen auch. Durch Fragen der Beidseitigen ergeben sich Meinungsverschiedenheiten über die zwischen dem Fabrikanten Sauer und dem Zeugen Massalsch über den Streik gepflogenen Verhandlungen, die nicht aufgelöst werden können, da Zeuge Massalsch schon entlassen ist.

Der Gerichtshof beschließt, die Verhandlung abzubrechen und sie Sonnabend früh um 9 1/2 Uhr fortzusetzen, da Zeuge Massalsch neu zu laden und dem Zeugen Sauer anzugeben ist, die gesammelten Streiklisten der Fabrikbesitzer aus Torgelow herbeizuschaffen.

Korrespondenzen.

Dresden, 28. April. (Fig. Ver.) Die von der sächsischen Regierung mit so großen Hoffnungen eingebrachte Steuerreform erlitt heute in der zweiten Kammer eine vollständige Niederlage. Die Konservativen unter der Führung Mehnert's fühlen sich seit Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts als Herren der Situation und werfen der Regierung ihre wichtigsten Vorlagen über den Haufen, während sie andererseits auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts die Regierung zu Schritten drängen, die diese nicht gern thun möchte. Die Regierung verlangt, nachdem wiederholt von früheren Landtagen die stärkere Heranziehung des fundierten Einkommens beantragt worden, eine Vermögenssteuer, die bei einem Vermögen von 10 000 M. einseht und 1/2 vom Tausend beträgt, und ferner eine verschärfte Erbschaftsteuer, die auch Ehegatten und Kinder zur Steuerleistung heranzieht und die bisherige Progression erhöht. Die konservativen Schreier wurden aber sehr ruhig, als die verlangte Steuerreform wirklich kam, denn man hatte sich unter der verschärften Heranziehung des fundierten Einkommens absprechend so etwas wie eine Kapitalrentensteuer gedacht, von der aber die Regierung nichts wissen will, weil sie ihr nicht aus der Geldkammer hilft. Zunächst ließ man die Vorlage 3 Wochen im Winkel liegen, ehe man sie zur ersten Lesung brachte, dann verwies man sie an die Finanzdeputation, die ihrerseits wieder 3 Monate verschleichen ließ, ehe sie sich mit der Sache befaßte. So hat man die Sache verschleppt, bis jetzt kurz vor dem Schluss des Landtags. Die Finanzdeputation, die diese Verschleppung mit Arbeitsüberbürdung entschuldigt, hat sich in eine Mehrheit und in eine Minderheit gespalten. Die Minderheit, aus zwei Nationalliberalen, einem Fortschrittler und 1 Konservativen bestehend, stimmt der Vermögenssteuer im Prinzip zu und verlangt nur geringe Änderungen, denen die Regierung auch im wesentlichen ihre Zustimmung zugesagt hat, die aus 6 konservativen bestehende Mehrheit dagegen lehnt die Vermögenssteuer und damit die ganze Steuerreform strikte ab. Als Gründe hierfür giebt sie an 1. das mit der Einschätzung verbundene allzu große Eindringen in die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Personen, das diesen leicht zum geschäftlichen Ruin werden könne; 2. die Belastung ertragloser Vermögensobjekte, auch wenn diese nicht Spekulationszwecken dienen, und die Schwierigkeiten bei der richtigen Einschätzung des in Fabriken und im landwirtschaftlichen Grundbesitz angelegten Vermögens; 3. die Härten gegen die kleinen Rentner, deren Einkommen durch Konversionen und Rückgang des Zinsfußes sich ständig vermindern, während das ständig wachsende feste Einkommen der Beamten nicht von der Vermögenssteuer getroffen werde; 4. die gleichmäßige Veranlagung der Vermögen ohne Rücksicht auf deren Höhe, während eine Herabminderung des Steuersatzes bei den kleineren Vermögen, eine Erhöhung bis zu 1 vom Tausend bei den größeren Vermögen gerechtfertigt erscheine, und 5. den Mangel einer gleichzeitigen gescheiterten Regelung des Kommunalabgabensystems. Aus diesen Gründen, und weil sich niemand über den Begriff des fundierten Vermögens klar sei, habe man von einer Einzelveranlagung abgesehen und die Regierungsvorlage gleich im ganzen verworfen. Um aber der Regierung in ihren Finanznöthen beizuhelfen, schlägt die Deputationsmehrheit eine Milderung der gegenwärtigen Einkommensteuer vor, und zwar Erhöhung der Progression in den oberen Klassen, Einsetzung der 3 pCt. bei einem niedrigeren Einkommen als 10 000 M. und Wegfall der sogenannten Horizontale. (Diese besteht darin, daß die Progression bei einem Einkommen von 10 000 M. aufhört und erst bei 25 000 M. wieder einsetzt.) Die Progression erreicht jetzt mit 4 pCt. ihren Höchststand, die Deputationsmehrheit hat aber eine Stala ausgearbeitet, die bei einem Einkommen von 150 000 M. mit 5,81 pCt. schließt. Genosse Grünberg machte sich in der Debatte das granamane Vergnügen, diese Stala bis zu 8 pCt. fortzusetzen. Die Regierung hat in den Deputationsverhandlungen zugestimmt, die unterste Grenze für den Beginn der Vermögenssteuer von 10 000 auf 20 000 M. hinaufzusetzen, war auch zu anderen kleinen Zugeständnissen bereit, blieb aber in der Hauptsache fest auf ihrem Standpunkte stehen und verweigerte insbesondere die Einführung der Progression bei der Vermögenssteuer. Unter diesen Umständen war das Schicksal der Vorlage voranzusehen. Die Deputationsmehrheit beantragte Verwerfung der Vorlage und als Ausgleich für den Fall der Nothwendigkeit der Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer für Einkommen von 30 000 bis 100 000 M. einen Zuschlag von 10 pCt., für alle höheren Einkommen einen Zuschlag von 20 pCt.

Die Debatte war eine ungemein lebhaft und spitzte sich zu einem scharfen Konflikt zwischen dem Finanzminister und dem Führer der Konservativen, Dr. Mehnert, zu, auf den man jetzt im Ministerium wegen seiner rollenwidrigen Seitensprünge recht schlecht zu sprechen zu sein scheint. Der Finanzminister v. Waldorf zeigte sehr aggressiv ein, um seine Vorlage zu retten. Erst habe die Kammer wiederholt eine Vermögenssteuer beantragt, und nun dieselbe vorgelegt sei, wolle man nichts davon wissen. Wenn man seine Meinung geändert habe, solle man den Meinungswechsel wenigstens offen und ehrlich zugeben und ihn nicht anderen anhängen wollen. Der Gedanke der Vermögenssteuer werde immer wiederkehren, schon weil dieses Verfahren in allen umliegenden Ländern bereits erwoogen werde. Man werde dann die erhöhte Einkommensteuer haben und die Vermögenssteuer noch extra. Mehnert antwortete sehr gereizt. Der Minister habe eine Kritik an der Kammer geübt, wie noch kein Minister zuvor und wie sie auch keinem Minister zusteh; er weise sie deshalb energisch zurück. Man habe wohl eine stärkere Heranziehung des fundierten Einkommens verlangt, aber nicht eine solche Vorlage. Gärtwig-Oschak, der einzige Konservative, der mit der Minderheit geht, erkennt an, daß die Regierung erst durch die Kammern zu ihren Vorlägen gedrängt worden sei und will deshalb die Konsequenzen dieses Drängens ziehen. Richter-Großschönan, ein national-liberaler Fabrikbesitzer: Mit Annahme des Entwurfs näherte man sich dem demokratischen Gedanken des Zukunftsstaates um mehrere Herabminderungen, daher auch die Zustimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten. Wenn man sein Vermögen, sein letztes Geheimniß, vor den Augen anderer behüten wolle, könne man ein solches Gesetz nicht billigen. Wöhrner (natl.) meint, ein Industrieller trete lieber für eine erhöhte Progression bei der Einkommensteuer ein, wenn er auch dadurch viel härter getroffen würde. Genosse Grünberg: Die Kammer habe eine Reihe Ausgaben einstimmig bewilligt, nun sie aber das nötige Geld dazu schaffen solle, lasse sie die Regierung im Stich; sei das nicht auch „waterlandsch“? (Ordnungsruß.) Wo bleibe denn da die Politik der Sammlung, wenn sich die Ordnungsparteien so kurz vor den Wahlen mit einander herumzanken? Als es die Schmälerung des Wahlrechts galt, da habe man große Eile gehabt, der Regierung alles zu bewilligen, da habe auch die Deputation fleißig gearbeitet. Bei Annahme des Mehrheitsantrages werde sich ein 25-prozentiger Steuerzuschlag nötig machen. Die Rechte werde mit dem Steuergesetze warten, bis die letzten vier Sozialdemokraten aus dem Landtage hinaus seien; dann werde man mit den unteren Klassen wohl anders umspringen. Seine Partei bewillige bis

Erbschaftsteuer vollständig, auch mit Heranziehung der Ehegatten und Kinder, damit bei einem Todesfälle der Staat Einbidl erhalte in das vorhandene Vermögen. Ferner stimme seine Partei für die Vermögenssteuer, und falls diese abgelehnt werden sollte, für eine erhöhte Progression bei der Einkommensteuer. Jetzt, wo es den einzigen Geldbeutel treffe, mache die Kammer Schwierigkeiten, das es sich aber um die Unfallsteuer der Konsumvereine gehandelt habe, habe man sofort dorthin zugegriffen. Außer Grünberg spricht noch Genosse Goldstein für die Regierungsvorlage.

In namentlicher Abstimmung wird die Regierungsvorlage mit 51 gegen 25 Stimmen verworfen; dafür stimmten 18 Nationalliberale, 8 Sozialdemokraten, 2 Konservative, 1 Fortschrittler; dagegen 42 Konservative, 6 Nationalliberale, 3 Fortschrittler. Die Einkommensteuer-Zuschläge von 10 bez. 20 pCt. wurden gegen 18 Stimmen angenommen, die Zwischendeputation abgelehnt. Also Sieg der Konservativen über die Regierung auf der ganzen Linie. Die erste Kammer ist um ihre Selbstbestimmtheitsrechte besorgt wie die zweite Kammer; auch sie wird die Vermögenssteuer ablehnen. Die Ablehnung des von der Regierung gewünschten Verwaltungsgerichtshofes seitens der Konservativen wird sich dieser Absage in den nächsten Tagen anschließen. „Der Himmel behüte uns vor unseren Freunden, den Konservativen“, mögen die sächsischen Minister jetzt denken. —

Bern, 26. April. (Fig. Ver.) Nach 14tägiger Tagung ist am Sonnabend die Frühjahrssession der Bundesversammlung wieder geschlossen worden, ohne daß sie ein Geschäft von besonderer Bedeutung erledigt hätte. Die Vorlagen betreffend Verbot der Phosphorsäureabfuhr und Revision des Ruhetags-Gesetzes betreffend die Angestellten der Transportanstalten sind nicht erledigt worden. Der Antrag Wulfleger betreffend Erchtung einer Art von Schiedsgerichten zur Erledigung von Streitigkeiten der Bundesangestellten mit ihren Vorgesetzten wurde abgelehnt, und die Anträge betreffend Volkswahl des Bundesrats und Proportionalwahl des Nationalrats wurden nur eingebracht, begründet werden sollen sie in der am 6. Juni beginnenden Session. Den Antrag auf Erhöhung der Gehälter der Bundesräthe ließ sein Urheber, Abg. Erdmann, wieder fallen und der reaktionäre Antrag Hofstrafer auf Abänderung der Wahlkreise zu ungunsten der Städte wurde ohne alle Debatte begraben. —

Büsch, 26. April. (Fig. Ver.) Der Vorstand des schweizerischen Arbeiterbundes hielt am Sonntag hier seine Jahresversammlung ab, welcher der Sekretär des eidgenössischen Industrie-Departements in Bern, Dr. Ryser, beiwohnte. Aus den Verhandlungen ist zu erwähnen, daß der ultramontane Nationalrat Dr. Decurtius die bestimmte Erwartung ausspricht, daß die Fabrikgesetz ohne Ausnahme zur Ausführung zu bringen und den Tessiner Seidenbaronen keine neuerliche Vergünstigung zur Kinderabsentzung zu gewähren. Das Organisationskomitee des internationalen Arbeiterschutzes-Kongresses bleibt als Sammelstelle sowie zur Vorbereitung künftiger Kongresse in seiner bisherigen Zusammenfassung bestehen. Der Bundesrat soll um weitere Erhöhung der Subvention von 25 000 Fr. angegangen werden, um das Arbeiterssekretariat durch Anstellung eines Adjunkten in der italienischen Schweiz erweitern zu können. Der Arbeitertag von 1899 findet in Luzern statt und sind vorläufig als Verhandlungsgegenstände in Aussicht genommen: Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung, Schutz des Vereinsrechts, Revision des Fabrikgesetzes, Unterföhrung der Gewerkschaftsbewegung.

Aus Elsch-Lothringen, 28. April. (Fig. Ver.) Der Landes- und Schulrath in geheimer Plenarsitzung über die Petition des Straßburger Sittlichkeitsvereins um Aufhebung der öffentlichen Häuser. Dieselbe wurde der Regierung als Material „zur ersten weiteren Prüfung“ überwiesen. Man macht sich im Lande mit recht Lust über die Krähwinkel des Rentierparlaments, eine derartige Angelegenheit, die in Presse und Versammlungen längst bis ins Detail behandelt worden ist, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu beraten.

Von zwei weiteren Soldaten-Selbstmorden ist heute zu berichten. In Reg fürzte sich der Kanonier Böhm vom zweiten bayerischen Fußartillerie-Regiment von der Seilbrücke vor dem Regimentshof ins Wasser und ertrank. — Einer Familie in Neu-dorf (Kreis Rhalmsen) wurde amtlich mitgeteilt, daß sich ihr Sohn, der als Dragoner in Darmstadt diente und Offiziersbursche war, das Leben genommen hat. —

Aus Elsch-Lothringen, 27. April. (Fig. Ver.) Im Landes- und Schulrath fand gestern der Weschentswurf über die Disziplin der Richter in erster Lesung zur Debatte. Besonders der § 5 der Vorlage bildete den Stein des Anstoßes. Nach den Bestimmungen desselben kann ein Richter, dem ein kleines Dienstvergehen zur Last fällt, das zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens nicht hinreicht, auf Antrag der Staatsanwaltschaft zur Pflicht gemacht werden. Durch eine solche Vorchrift werde dem Demuzantentum Thür und Thor geöffnet und der Staatsanwaltschaft eine gefährliche Macht verliehen. Ebenso biete die Möglichkeit der Verweisung eines Richters für den Fall, daß dieselbe „durch das Interesse der Rechtspflege dringend geboten“ erscheine, einer willkürlichen Handhabung der Disziplinarbefugnisse den weitesten Spielraum. Endlich erfürhe auch die Bestimmung, nach welcher ein Richter wider seinen Willen in den Ruhestand versetzt werden kann, wenn er das 65. Lebensjahr überschritten hat, eine entschiedene Verurtheilung. Die Verhandlung endigte mit der Verweisung der Vorlage an eine Kommission. —

Partei-Nachrichten.

Maifeier. In Höchst a. M., in der Provinz Hessen-Nassau, wurde die Ueberlassung eines städtischen Platzes zur Maifeier vom Magistrat abgelehnt, da der Platz — die sogenannte Schützenbleiche — nur für Festlichkeiten hergegeben werden solle, bei welchen ein städtisches oder allgemeines Interesse in Frage kommt. Vereine, die im Geruche des „Patriotismus“ stehen, können aber, wie uns geschrieben wird, auf demselben Platz jedes Jahr Feste feiern, obwohl es dem Magistrat schwer fallen dürfte, in jedem Falle zu erweisen, daß dabei wirklich ein städtisches oder allgemeines Interesse obwaltet. Die Polizei ihrerseits verweigerte die Erlaubniß zu dem Festzuge, der sich von der Grenze der Gemarkung des Dorfes Nied durch verschiedene Straßen der Stadt nach dem Festsaal bewegen sollte, weil es sich augenscheinlich um eine Demonstration zur Verherrlichung des sozialdemokratischen Maifestes handelt und eine solche im Interesse der öffentlichen Ordnung nicht gestattet werden kann. Der Polizei scheint das aber selber nicht genügend zu sein, denn sie ließ noch eine Reihe anderer Gründe aufmarschieren, die aber nichts an der Thatsache ändern, daß eine Reihe bürgerlicher Vereine fests im Zuge durch die Stadt marschieren, während dies den Angehörigen der stärksten politischen Partei Deutschlands nicht gestattet wird.

In Lüneburg ist der Festzug zwar erlaubt worden, aber Fahnen und Abzeichen politischer Tendenz dürfen nicht mitgeführt werden.

Der Polizeidirektor von Dresden und die Amtshauptleute der beiden dortigen Amtshauptmannschaften haben sich auch diesmal veranlaßt gesehen, für den 1. Mai alle öffentlichen Auszüge und Ansammlungen aus Strafen, Plätzen und überhaupt im Freien, sowie alle Massenprozessionen, selbst wenn sie nur gruppenweise und ohne feste Gliederung sich bewegen, bei Androhung schwerer Strafe zu verbieten. Das wird der Arbeiterklasse, gegen deren Maifeier die Maßregel sich richtet, wenige Tage nach dem Regierungsjubiläum des Königs geboten. Am 16. Juni wird die zur Reichstagswahl berufene Arbeiterchaft Sachsens die Antwort auf die Behandlung geben, die sie insbesondere in den letzten Jahren zu erdulden hatte. Die Antwort wird eine weitere Niederlage der an Niederlagen reichen sächsischen Regierungspolitik sein.

Bei der Gemeinderaths-Wahl in Saan im rheinischen Kreise Wittmann errang unsere Partei einen glänzenden Sieg. Die frühere Wahl war für ungültig erklärt worden. Diesmal wurden

auf die sozialdemokratische Liste 140 Stimmen abgegeben, auf die der vereinigten Gegner nur 31. Dieses Ergebnis ist von guter Vorbedeutung für den Ausfall der Reichstagswahl.

Aus Helmershausen, einer kleinen Stadt in der Provinz Hessen-Nassau, kommt ebenfalls eine sehr gute Nachricht. Dort erhielt bei der Ergänzungswahl zur 3. Klasse ein Parteigenosse sogar sämtliche abgegebenen Stimmen.

Der Reichstags-Kandidat für Köln, Genosse Hofrichter, der schwer erkrankt war, ist wieder so weit hergestellt, daß er täglich mehrere Stunden im Freien zubringen darf.

Die Arbeiter-Radfahrer Berlins beschloßen in öffentlicher Versammlung, nach einem Vortrage Jahn's, sich den Parteigenossen für die Reichstags-Wahlagitation zur Verfügung zu stellen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das Landgericht in Elbing hat am 9. Januar die Parteigenossen Prosk, Krell und Melzer, die in einer Parteiversammlung das Verhalten der Polizei und der Staatsanwaltschaft gegenüber uns und anderen Parteien als ungleichmäßig kritisiert hatten, von der Anklage der Beleidigung freigesprochen, weil sie im Interesse ihrer Partei und somit in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das Urtheil Revision ein und begründete diese damit, den Angeklagten wäre der Schutz des § 193 zu Unrecht zugestanden worden, denn die Wahrnehmung von Partei-Interessen sei keine Wahrnehmung berechtigter Interessen. Das Reichsgericht hat jedoch in seiner Sitzung vom 26. April die Revision der Staatsanwaltschaft kostenfällig verworfen.

Der Bürgermeister Dr. Postler in Hohenstein-Ernstthal i. S. ist wegen des Verbots einer gegen den Pofadovsky'schen Erlaß geplanten Protestversammlung, die am 27. Februar auf der „Seche“ abgehalten werden sollte, rektifiziert worden. Das Kreishauptmannschaft in Zwickau hat die Beschwerde gegen das Verbot für beachtlich erklärt.

Wegen Beschimpfung der christlichen Religion und groben Unfug wurde der verantwortliche Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Ztg.“, Genosse Rißsche, einschließlich seiner schon rechtskräftigen 14tägigen Gefängnisstrafe, welche Rißsche zur Zeit abdiene, zu sieben Wochen Gefängniß verurtheilt. Begangen sollen die Delikte in der Nummer vom 18. März des Blattes, welches damals beschlagnahmt wurde, durch zwei aus dem Jahre 1849 stammende nachgedruckte Notizen sein. Die Anklage lautete ursprünglich auf Gotteslästerung. Deshalb war die Verhandlung auch geheim. Die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Heine-Berlin. Es wurde auch auf Einziehung der betreffenden Nummer und Vernichtung der Platten erlannt.

Die arbeitserindliche Politik der ungarischen Regierung hat eine neue Blüthe gezeitigt. 200 sozialistische Arbeiter, die wegen verschiedener Uebertretungen bestraft worden waren, hatten beim Minister des Innern Rekurs erhoben. Als Antwort wurde den meisten Beschwerdeführern Erhöhung ihrer Strafe zu theil.

Kommunales.

Krieg unter Innungsbrüdern. Die erste Zwangsinnung in Berlin zu bestehen, ist das eifrigste Streben eines großen Theiles hiesiger Bäckermeister. So ist denn vom Vorstand der Bäckerinnung „Germania“ bei der Gewerbe-Deputation des Magistrats der Antrag gestellt worden, die genannte Innung als Zwangsinnung zuzulassen. Das edle Bäckergerwebe in Berlin hat sich bekanntlich den Luxus erlaubt, zwei freie Innungen zu bestehen, nämlich die Innung „Germania“ mit etwa über 900 und die Innung „Konfordia“ mit etwa halb soviel Mitgliedern.

Der Zwangsinnungsfrage wegen ist nun zwischen beiden Innungen eine heftige Fehde ausgebrochen. Während die „Germania“ mit aller Macht danach trachtet, sich als Zwangsinnung zu organisiren, wird dieser Plan von den Mitgliedern der „Konfordia“ als nicht im Interesse des Bäckergerwebes liegend, aufs heftigste bekämpft.

Beide Innungen sind nun, wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, Besitzerrinnen großer in Berlin belegenen Grundstücke und Festfälle, nämlich der Germania-Festfälle in der Chausseestraße und der Konfordia-Festfälle in der Andreaskirche.

Während nun die an Mitgliederzahl schwächere Innung „Konfordia“ mit ihrem Grundstück bis jetzt ein ganz leidliches Geschäft gemacht hat, da sich das Grundstück nicht nur verzinst, sondern die Innung sogar an die theilweise Amortisation des Anlagekapitals denken konnte, bleibt bei der Innung „Germania“ in dieser Hinsicht viel zu wünschen übrig, so daß, um die Grundstückszinsen zu decken, wiederholt Zuschüsse aus Innungsmitteln geleistet werden mußten. Um nun aus diesem Dilemma herauszukommen und ferner die finanziell gut situirte Innung „Konfordia“ mit sammt ihrem Kapital- und Grundbesitz zu verpfänden, haben die schlauen Germania-Meister den Antrag gestellt, ihre Innung als Zwangsinnung anzuerkennen.

Würde diesem Antrage seitens der Aufsichtsbörden entsprochen, so hätte selbstverständlich für die Innung „Konfordia“ das letzte Stündlein geschlagen. Kann doch nach den Bestimmungen der neuesten Novelle zur Gewerbe-Ordnung, wo eine Zwangsinnung errichtet wird, in demselben Gewerbe keine freie Innung weder weiter bestehen, noch neu zugelassen werden.

Unter diesen Umständen ist es den Mitgliedern der „Konfordia“ nicht zu verdenken, wenn sie sich mit Händen und Füßen gegen die von der „Germania“ geplante Expropriation ihrer Innung und des Innungsvermögens zu wehren suchen.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hatte sich nun als erste Instanz der Aufsichtsbörde in ihrer letzten Sitzung sowohl mit dem Zwangsinnungs-Antrage der Innung „Germania“, wie auch mit dem dagegen von der Innung „Konfordia“ eingegangenen Protest zu beschäftigen. Das Resultat der Beratung war, daß die Gewerbe-Deputation beschloß, dem Antrage der „Germania“ gegenüber einen ablehnenden Standpunkt einzunehmen.

Die hiesigen Germania-Meister müssen also nun mit ihrem Antrage sich an die höhere Verwaltungsbehörde wenden, die den Krieg wahrscheinlich zu gunsten der Mitglieder der „Konfordia“ beenden wird. Bis dahin aber wird der Kampf der Meister vom Vortag noch an Heftigkeit bedeutend zunehmen.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Wegen Benützung der im Thiergarten aufgestellten Sitzbänke hat das königliche Polizeipräsidium dem Magistrat eine zu verordnende Polizeiverordnung zur Zustimmung übersandt. Das Magistratskollegium hat beschlossen, seine Zustimmung zu dieser Polizeiverordnung zur Zeit noch nicht zu ertheilen, vielmehr dem Polizeipräsidium anheim zu geben, die Wirkung der von ihm bereits getroffenen Anordnung hinsichtlich der Benützung der Bänke abzuwarten.

Da der Finanzminister auf das Verbot des Magistrats wegen Ankaufs des Grundstücks Mollenmarkt 1 bisher eine Antwort nicht ertheilt hat, so hat das Magistratskollegium beschlossen, die Kommission zur Errichtung eines städtischen Verwaltungsgebäudes, welche durch den Tod des Stadtraths Vorberdt eine Lücke erlitten hat, baldmöglichst zu ergänzen, um dem Magistrat schleunigst ein Projekt zur Errichtung des erwähnten Verwaltungsgebäudes zur Genehmigung zu unterbreiten.

Zu Oberlehrern sind vom Magistratskollegium gewählt worden: An der Friedrich-Wedderschen Ober-Realschule für die Fächer Mathematik und Naturwissenschaften der Hilfslehrer Dr. Brenner, an derselben Anstalt für die Fächer Französisch und Englisch der Hilfslehrer Dr. Säger und am Realschulischen Gymnasium für die Fächer Latein, Griechisch und Religion der Hilfslehrer Dr. Gumbach.

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen! Die Gewerkschaften Berlins veranstalten zur Einleitung der Maiseier am Sonntag, mittags 12 Uhr, im ganzen fünfzehn Gruppen-Versammlungen der verschiedenen Berufe. Auf diesen wesentlichen Theil der Feier weisen wir hiermit ganz besonders hin. In eindringlicher Rede wird hier dargethan werden, daß das Ziel der Klassenbewußten Arbeiter, die Emanzipation des Proletariats, ein Ziel, zu welchem die Erringung des Achtstundentages die erste bedeutsame Etappe bildet, nur erreicht wird auf dem Wege festen, brüderlichen Zusammenschlusses. Es gilt, in diesen Versammlungen auf die auch von der Berliner Arbeiterschaft noch bei weitem nicht genug gewürdigte Bedeutung der Organisation hinzuweisen, welche allein im Stande ist, den Einzelnen für den Befreiungskampf zu rüsten. Bemühe daher ein jeder Klassenbewußte Arbeiter die Gelegenheit, seine lauen und minder aktiven Kollegen auf die Bedeutung gerade dieses Theils der Maiseier aufmerksam zu machen und sie zum Besuch der Gewerkschaftsversammlungen sowie zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Mit recht ist dem Weltfeiertag die Bedeutung einer Heerschau beigelegt worden. Wohlan, Parteigenossen! Wirkt dahin, daß diese Heerschau sich morgen impetanter denn je gestalte und daß durch sie dem kämpfenden Proletariat zahlreiche neue Mitstreiter zugeführt werden!

Die Ausnutzung der Eisenbahnarbeiter. Aus interessantesten Kreisen wird uns geschrieben: Nach Berichten in hiesigen Blättern hat das Reichs-Eisenbahnamt den Bundesregierungen Vorschläge für eine Revision über die Dienstdauer und Ruhezeiten der Eisenbahn-Betriebsbeamten gemacht und diese Vorschläge zur kommissarischen Prüfung empfohlen. Es wäre wohl endlich an der Zeit, wenn in dieser Beziehung auch einmal die Arbeits- und Ruhezeiten der Eisenbahn-Arbeiter in Betracht gezogen würden; wodurch bringt denn die Eisenbahn 146 Millionen Mark Ueberfluß? Weit weniger durch die Beamten als durch die Eisenbahn-Hilfsbeamten und Arbeiter, denen eine zu lange Arbeitszeit aufgebürdet wird und denen die Ruhezeiten weit über Gebühr entzogen werden. Ja selbst in den Büros der Eisenbahn-Stationen in Berlin, so z. B. auf dem Stettiner Bahnhof, welche Station gerade hierin eine Ausnahme macht, sind die Dienstdauern auf 12 Stunden festgesetzt mit einer nur 1 1/2 stündigen Mittagspause, während den Rangirarbeitern daselbst die Arbeitszeit auf acht Stunden bemessen ist. Ferner werden den Arbeitern die ihnen zugehörigen freien Tage aus zusammengesetzten Ruhestunden mehrerer Tage in Anrechnung gebracht. Diese von der Station selbst ausgehende Anordnung muß wohl von jedem vernünftigen Menschen als eine Unbill angesehen werden. Ebenso werden daselbst die Feiertage, welche nicht auf einen Sonntag fallen, als Arbeitstage angesehen.

So z. B. wird den Arbeitern am Beschäftigungstage, wenn sie aus dem Nachtdienst kommen, der Tag, an welchem sie doch schlafen müssen, in widersinniger Weise als freier Tag angerechnet, während nach den ministeriellen Bestimmungen allen Arbeitern und im Arbeiterverhältnis bei der Eisenbahn Beschäftigten „außer der freien Zeit zum Kirchenbesuch alle drei Wochen in mindestens ein freier Tag gewährt werden soll“. Und da schon die Arbeitszeit eine sehr ungleiche ist, so fragt man sich, warum denn nur die Beamten, einschließlich der Boten bei der Eisenbahndirektion und Betriebsinspektionen hieselbst, eine 7stündige Dienstdauer haben? Sind denn die auf den Stationen postierten Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter nicht auch Menschen? Haben diese denn nicht ebenso gut Anspruch auf das menschliche Leben als die ersteren? Die Arbeitszeit der genannten müßte eine geringere und gleichmäßigere sein, damit auch ihnen mehr Gelegenheit gegeben werde, ihre Gesundheit und Häuslichkeit zu pflegen. Leider wird von der Eisenbahndirektion das Gegentheil geübt. Es werden viel zu wenig Arbeiter beschäftigt und die Arbeitskräfte werden durch die lange Arbeitszeit weit vor der Zeit unbrauchbar. Wird doch den Privatleuten und Fabrikanten die Dauer der Arbeitszeit für ihre Arbeiter gesetzlich vorgeschrieben, umso mehr müßte eine königliche Behörde in erster Linie mit gutem Beispiel vorangehen, wo es ihr doch so sehr darum zu thun ist, ihre Beschäftigten zu guten und treuen Staatsangehörigen sowohl in ihrem Thun wie Gefinnungen heranzuziehen!

Somit wir die Gefinnungen der Eisenbahn-Proletarier kennen, werden die im Staatsdienst anzunehmenden Männer nicht verschelen, aus der ihnen zu theil gewordenen Behandlung bei den bevorstehenden Reichstags-Wahlen die erforderlichen Schlüsse zu ziehen.

Der Kommunalreform und die Gemeindefreier. Die Befolgungsfrage der Berliner Gemeindefreier soll nun doch, wie die „Pädagog. Zeitung“ in ihrer letzten Nummer berichtet, zu einem für die Lehrer ungünstigen Abschluß gekommen sein, da der Minister den von den städtischen Behörden vorgelegten zweiten Etat genehmigt hat; dagegen ist der Etat für die Lehrerinnen abgelehnt worden, weil die Miethschadigung zu niedrig bemessen sei. Der Minister soll jedoch den Magistrat darüber nicht im Zweifel gelassen haben, daß die Haupt- und Residenz-Stadt Berlin in der Lehrerbefolgung unmöglich dauernd eine Stellung einnehmen könne, durch die sie kleineren Gemeinden gegenüber weit ins Hintertreffen gerückt sei. — Da die Miethschadigung der unverheirateten Lehrer nur zwei Drittel des festgesetzten Betrages andmacht, so läßt die städtische Schuldeputation gegenwärtig darüber genaue Erhebungen anstellen, ob die unverheirateten Lehrer einen eigenen Hausstand führen oder nicht; in ersterem Falle würde auch den unverheirateten Lehrern der volle Wohnungsgeldzuschuß gewährt werden müssen.

Drei solcher Behandlung ist die Mehrzahl der Lehrer bis jetzt bekanntlich nicht genug gewesen, dem Freisinn unentwegte Erfolgsmacht zu leisten. Wird das so bleiben?

Wodka auf der Straße. Unerträglich sind die viel verhehnten Männer des Karrenhandels in der Kunst, das Publikum herauszulocken. Und diese Kunst ist nicht leicht. Der arme Sisyphus, der die Zeit damit hindringt, seine Kaiserbüste mit Goldbronze zu bepinseln, die Bronze abzuschaben und dann von neuem zu pinseln, dieser Unglückliche wird kaum noch beachtet. Auch der Mann mit dem fünfzigpennigen Messer, das gleich einem Diamanten Glas schneidet, ist abgethan, ganz zu geschweigen des Konkurrenten von Spindler, der mit seiner blauen Seife alle möglichen Fleden andrückt. Das Publikum will neues sehen und mit achtungswürdiger Anpassungsfähigkeit weiß der jungengeläufige Karrenhändler unter denen, die Zeit haben, auf der Straße stehen zu bleiben, Zuschauer und was die Hauptsache ist, auch hier und da eine zahlungsfähige Seele an sich zu ziehen. Jetzt hat der Mann, der im Straßenhandel schon dazwischen nützliche und unnütze Dinge zu Geld gemacht hat, sich in einen Zauberkünstler verwandelt. „Sehen Sie diesen Ring, meine Herrschaften. Ich würde ihn in ein Taschentuch.“ Das Taschentuch wird herumgereicht und drei oder vier „Halbmarke“ überzeugen sich davon, daß der Lombardring wirklich dein Heil ist. Der Kreis der Zuschauer vergrößert sich. Jetzt werden zwei handfeste Männer gebeten, einen kurzen Stab an beiden Enden ja recht fest anzufassen. Wodka schwingt das Tuch um die Mitte des Stabes, sieht es wieder fort, — und jetzt geben Sie acht, meine Herrschaften! — der Ring hängt am Stabe, trotzdem der Stab doch an beiden Enden von zwei ehrlichen Männern wirklich kräftig festgehalten worden ist. Und der Zweck dieser Wunderthat? Ach, auch Wodka's Kunst geht nach Brot. Daher kommt die Hauptsache erst nachträglich. „Sehen Sie, meine Herrschaften, dieses Kunststück und noch viele andere kann jeder von Ihnen nachmachen, wenn er die Beschreibung in diesem Buche liest. Nur zehn Pennig.“ Nach nochmaligen Experimentieren findet sich ausdrücklich ein Kunde, der den Ring

für das Zauberbuch opfert. Wie lange mag die neueste Attraktion ziehen?

Einen Boykott des Bazar's von Jandorf u. Ko. haben die Berliner Photographen beschlossen. Der Grund zu diesem Vorgehen liegt, der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge, in der Konkurrenz, welche das genannte Waarenhaus den photographischen Ateliers, besonders den kleineren, macht. In ihren erst kürzlich eröffneten Geschäftslokalitäten am Bellealliance-Platz hat die Firma auch ein photographisches Atelier mit Fabrik und allem möglichen Komfort eingerichtet und es liefert seinen Kunden das Duzend Bildchen für 1,80 M., das Duzend Kabinetbildchen für 4,80 M. Mit solchen niedrigen Preisen können natürlich die Berufsphotographen nicht konkurrieren. Auch auf die Händler und Fabrikanten photographischer Artikel soll ein Druck ausgeübt werden, damit diese an Jandorf u. Ko. keine Materialien weiter liefern. Um diesen Druck wird sich wohl kaum ein Lieferant kümmern!

Fünfszehn Unfälle haben sich im Eisenbahnbetriebe des Direktionsbezirks Berlin im 1. Quartal dieses Jahres ereignet. Eine Anzahl eigener Art gehört dazu, wenn einige Blätter, die diese Nachricht bringen, die Unfälle einzig auf die Unvorsichtigkeit der Arbeiter zurückführen. Das Reich des Herrn Thielens sollte doch genügend bekannt sein, um die Galligkeit einer derart unangemessenen Verdächtigung darzutun.

Müßliche Vermögensverhältnisse haben den 50 Jahre alten Maler Paul K. aus der Burgstr. 28 veranlaßt, Hand an sich zu legen. Schon seit acht Tagen fiel an ihm ein niedergeschlagenes Weien auf. Wie es heißt, war damals eine Zahlung, angeblich in der Höhe von 2800 M. fällig. K. erhielt acht Tage Aufschub, konnte aber auch jetzt das Geld nicht beschaffen. Dazu soll noch die Fälligkeit eines Bescheides über 800 M. gekommen sein. Da gestern Morgen K.'s Wittelin, Frau S., in Moabit einen Termin wahrzunehmen hatte, so konnte die Anwärterin nicht in die Wohnung kommen, da K. nicht öffnete. Obwohl man Verdacht schöpfte, so wartete man doch bis zur Rückkehr der Frau S. gegen 2 Uhr nachmittags. Nun fand man den Maler als Leiche auf; er hatte sich erhängt. Nach zurückgelassenen Aufzeichnungen hinterließ er das Geld, das er noch besaß, zur Deckung der Schulden für Kost und Wohnung und zur Bestreitung der Kosten für die Ueberführung seiner Leiche in das Schauhause. Auf einem anderen Bettel hat er, seine Schwester zu benachrichtigen.

Frevel. In der Nacht zum Freitag hat bei dem Kürschner Uhlir, Kommandantenstr. 77, ein Herfordungsflüchtiger durch die Spiegelscheibe der Badentür geschossen. Der Baden bleibt des Nachts über erleuchtet, und die Jalousien werden nicht heruntergelassen. Gestern Morgen, als die Frau des Geschäftsinhabers als erste den Laden betrat, sah sie vor der Thür eine Menge Glassplitter liegen und erdredete bei näherer Untersuchung ein kleines, ungewöhnlich von einem Schuß herrührendes Loch von ca. 8 Millimeter Durchmesser in der Scheibe. Von dem Loch gingen strahlenförmig große Sprünge aus. Die Kugel konnte noch nicht erdredet werden. Die betreffende Glasversicherungsgesellschaft benachrichtigte die Polizei.

Das Sinken eines großen Kohlenkubus verursachte gestern nachmittags gegen 3 Uhr eine Menschenansammlung auf der Kurfürstendamm- und Kaiser-Wilhelmbrücke und dem dazwischen liegenden Stück der Burgstraße. Der Schiffer Ferdinand Hinge aus Neu-Bittau hatte mit seinem sehr stark mit oberhalb des Kuppelns beladenen Kahn die Schleufe am Mühlendamm passiert und war dann bei der Weiterfahrt an der Kurfürstendamm angehalten. Er bemerkte alsbald, daß das Schiff dabei ein Beck bekommen hatte und zu sinken anfing. Deshalb fuhr er an die längs der Burgstraße liegenden Fahrgänge heran und konnte mit Hilfe anderer Schiffer sein Mobiliar bergen. Die Kohlen zu retten war nicht mehr möglich.

Die Meldung, daß der Oberfaktor Grünenthal mit seiner Geliebten Elly Goltz in verwandtschaftlichen Beziehungen gestanden und der Untersuchungsrichter sich mit diesem Umstande beschäftige, beschäftigt sich nicht. Frau Goltz wohnte früher in Bromberg und ist mit ihrem Gatten und den drei Kindern erst im Jahre 1890 nach Berlin übergesiedelt, wo sie in der Sebastianstraße mit Grünenthal in einem Hause wohnte. Hier strengte Herr Goltz gegen seine Frau die Ehescheidungsklage an, bei welcher Grünenthal beschwören mußte, mit der Goltz in intimer Verkehr nicht gestanden zu haben. Elly Goltz ist im Jahre 1879 in Bromberg geboren, d. h. also elf Jahre vor der Zeit, ehe sich Grünenthal und die Goltz'sche Familie kennen lernten. Hiermit fallen alle an die Untersuchung geknüpften Vermuthungen. Dagegen schweigt gegen Grünenthal eine Untersuchung wegen Verkehrs mit einer Minderjährigen, ebenfalls ist Frau Goltz der Kuppelerei beschuldigt. Ob sich die letztere Angeklagte wird aufrecht erhalten lassen, erscheint nach den Ergebnissen der bisherigen Untersuchung noch sehr zweifelhaft.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 9 Uhr war Plan-Ufer 9 ein Zimmerbrand zu befechtigen, der Gardinen und Möbel zerstörte. Zur selben Zeit wurde die Wehr nach Weidenweg 88 gerufen, wo in einem Bajarettgeschäfte ein Schandfeuer ausgebrochen war. Die Wöschmannschaften hatten fast 2 Stunden thun, bevor die Gefahr beseitigt wurde. Das Haus erlitt beträchtlichen Schaden. Freitag früh 6 1/2 Uhr entstand Ritterstr. 77 in der Richtigdruckenanstalt von Neumann ein böser Fußboden- und Balkenbrand, und zwar in dem im 4. Stock belegenen Maschinenraum. Die 8000 Kilo wiegende Druckmaschine hatte sich durch den Brand stark gesenkt und verursachte der Wehr große Schwierigkeiten, da Fußboden und Balkenlage vollständig aufgerissen werden mußten. Nachmittags 5 Uhr brannten Calvinsstraße 30 Möbel und Gardinen.

Aus den Nachbarorten.

In Steglitz findet die Maiseier am Sonntag in folgender Weise statt: Nachmittags 2 1/2 Uhr: Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung bei Tiede, Albrechtstr. 125. Referent Genosse Panfom. Nach der Versammlung bei Tiede und Schellhase, Ahornstraße 15a, gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Die Arbeiter-Gesangsvereine des Ortes wirken mit. Zahlreichem Besuch sieht entgegen Die Gewerkschaftskommission.

Mariendorf. Die Generalversammlung des Arbeiterbildungs-Vereins wird am Dienstag im Lokale von Herr, Tempelhof, Dorfstraße 18, fortgesetzt. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Die Parteigenossen von Weisensee werden auf die Flug-Blattverbreitung aufmerksam gemacht, die am Sonntag am Orte stattfindet. Treffpunkt morgens 7 Uhr in den Verkehrslokale. Besonders notwendig ist es, daß die 5. Abteilung, die Alt-Weisensee zu versehen hat, sich bei Sorre, Straßburgstraße 56, zahlreich versammelt.

Aus Nixdorf. Das Projekt der Gemeinde Nixdorf, durch die Köllnischen Wiesen einen Schiffsfahrts-Kanal anzulegen, ist jetzt von der Regierung in allen Punkten genehmigt worden. Die Verhandlungen mit den in betracht kommenden Grundbesitzern werden demnächst beginnen. — Die „Nixdorfer Zeitung“ wurde in der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung zum amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde ernannt. In der Druckerei des Blattes werden nur Verbandsmitglieder beschäftigt. — Vor einiger Zeit erregte das Verhinderen des Polizeikommissars A. D. Wey, welcher Verwalter eines Grundstücks am Kottbuserdamm war, großes Aufsehen. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß Wey Miethsbeträge unterschlagen und sich daher aus dem Staube gemacht hat. Er wird jetzt fleißig verfolgt. — Spurio verschwunden ist seit dem letzten Sonntag die 17jährige Tochter des Handelsmanns Düsel, Kottbusener Damm 98. Am Montag erhielten die Eltern eine Postkarte, welche von dem Mädchen in Berlin aufgegeben war und aus deren Inhalt hervorging, daß die Schreiberin sich ein Leid antun wolle. Jemand ein Grund hierfür ist den Eltern nicht ersichtlich; bisher hat man die Vermisste aber nicht auffinden können. — Ein Kupferneß wurde gestern von der hiesigen Wendenbarmerie in einem Hause am Rappach-Ufer aufgehoben. — Auf den Köllnischen Wiesen wurde gestern von der Nixdorfer Wendenbarmerie ein fünfzehnjähriges Mädchen aus der Koyptstraße in Berlin aufgegriffen,

welches sich in total verwahrlostem Zustande befand. Das Mädchen trieb sich bereits seit Januar d. J. obdachlos umher und hat sich trotz seiner Jugend bereits der Prostitution ergeben. Die Mutter des Mädchens hatte ihr Kind bisher in ganz Berlin vergebens gesucht.

Einen Zusammenstoß zwischen einem Akkumulatormagen und einer Privatequipage gab es Freitag Nachmittag in Charlottenburg vor dem Hause Berlinerstraße 117/18. Das Pferd gerieth derartig unter den elektrischen Wagen, daß man die Feuerwehre rufen mußte, um es zu befreien. Die Wehr mußte die Hindernisse von der vorderen Plattform wegbrechen und dann den schweren Wagen hochheben. Das so gerettete Thier hatte keinen sichtlich Schaden genommen, auch Personen wurden nicht verletzt. Der Unfall hatte eine große Menschenansammlung zur Folge.

Zur Befestigung der in der Mark vorhandenen guten und schlechten Obstsorten sollen auf Anregung der Landwirtschafts-Amtsamts möglichst noch im Laufe dieses Herbstes in den Garten- und Obstbau, sowie in den landwirtschaftlichen Vereinen der Provinz kleine Obstausstellungen veranstaltet werden, wozu jeder Bewohner des betreffenden Bezirks aufgefordert werden soll, von jeder von ihm kultivierten Obstsorte einige Früchte mit Angabe der von ihm damit gemachten Erfahrungen einzuschicken. Die hierbei festgestellten besten Sorten sollen dann im folgenden Jahre in Ausstellungen, welche größere Theile der Provinz umfassen, vorgeführt werden.

Das Projekt des Teltower Kanals, welches von den Bau- räten Havestadt und Contag ausgearbeitet ist, wurde am Mittwoch dem Teltower Kreistage in einer Zusammenkunft unterbreitet, zu welcher Landrath Stabenrauch nach dem Kreisbause in der Victoriastraße eingeladen hatte. Die Kosten des Kanals, der von Klein-Glienicke bei Potsdam über das südliche Vorortgebiet nach Köpenick beziehungsweise Niederhühnenweide führen und eine Länge von 21 Kilometer erhalten soll, sind auf 22 Millionen Mark veranschlagt. Trotz dieser hohen Vorkosten wird eine Verzinsung des Anlagekapitals in Höhe von 3 pCt. erwartet. Auf der ganzen Strecke ist nur eine einzige Schleufe, in Klein-Machnow bei Teltow, erforderlich.

Gerichts-Beilage.

Zehn Wochen unschuldig in Untersuchungshaft zugebracht hat der Arbeiter Walter Stegmann, der unter der Anklage des wissenschaftlichen Meineides gestern vor dem Schwurgericht am Landgericht I zu erscheinen hatte. Auf dem Begräbnisplatze der freiwilligen Gemeinde hatte die Frau des Todengräbers Krause wiederholt ein junges Mädchen bemerkt, welches sich an einem Grabe mit dem Epheu zu schaffen machte und sie hatte den Verdacht gefaßt, daß das Mädchen von fremden Gräbern Epheu entwendete, um damit das von ihr gepflegte Grab zu schmücken. Sie machte schließlich dem Mädchen, welches die Tochter des Reisenden Trier war, direkte Vorwürfe nach dieser Richtung hin. Das Mädchen verbat sich entschieden diese ganz falsche Beschuldigung und als es nach Hause kam, beklagte es sich bei den Eltern über die ihm seitens der Frau Krause widerfahrte Behandlung. Nun machten sich die Eltern auf den Weg nach dem Friedhofe, um die Todengräber-Frau zur Rede zu stellen. In der Nähe des Kirchhofes trafen sie den ihnen bis dahin völlig unbekanntem Angeklagten, und dieser erklärte sich auf ihr Ersuchen bereit, mitzugehen und Zeuge zu sein, wie sich die Auseinandersetzung mit Krause's entwickeln würde. Das Trier'sche Ehepaar gerieth mit dem Krause'schen Ehepaar sehr heftig aneinander. Krause behauptete, daß er selbst gesehen habe, daß das Mädchen von fremden Gräbern Epheu entwendete, und er forderte schließlich den Trier auf, sofort den Kirchhof zu verlassen, wogegen dieser erwiderte, daß er das nicht nöthig habe, da er fünf Gräber auf dem Kirchhofe habe. Eine Folge dieses Zusammenstoßes war eine gegen das Ehepaar Trier erhobene Anklage wegen Hausfriedensbruchs. Bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde natürlich auch der freiwillige Augen- und Ohrenzeuge des ganzen Vorganges, der jetzige Angeklagte Stegmann, vernommen und dieser machte unter seinem Eide über die Form, in welcher an das Trier'sche Ehepaar die Aufforderung zum Verlassen des Kirchhofes ergangen war, Angaben, die sich mit den Aussagen des Krause'schen Ehepaares absolut nicht deckten. Ungeachtet aller ernstlichen Vorhaltungen verblieb er dabei, die Wahrheit gesagt zu haben, mußte aber noch kurz, bevor er verurteilt wurde, zugeben, daß er in einem nebensächlichen Punkte falsch ausgesagt habe und berichtete diesen Theil seiner Aussage, die sorgfältig protokolliert wurde. Dieser Gegenstand in den Aussagen der Zeugen gab dem Gerichtshofe Veranlassung, den Angeklagten unter dem Verdacht des Meineides sofort in Haft zu nehmen und in dieser hat er nun seit dem 12. Februar d. J. gesessen. Die gestrige Schwurgerichtsverhandlung brachte ihm Erleichterung. Die Ergebnisse der Beweisaufnahme waren keine anderen, als vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte verblieb dabei, daß seine Sachdarstellung durchaus wahrheitsgemäß gewesen sei und der Zeuge Krause die Unwahrheit sage; letzterer behauptete das Gegentheil und die nun als Zeugen aufstretenden Trier'schen Eheleute unterstützten die Aussagen des Angeklagten. Rechtsanwalt Dr. Schwindt war der Meinung, daß sein Schwurgericht der Welt bei dieser Sachlage den Angeklagten für schuldig befinden würde. Andernfalls würden sich die merkwürdigsten Konsequenzen ergeben und der Staatsanwalt würde dann wieder in der Lage sein, gegen das Trier'sche Ehepaar, das aber sicher so viel Glauben verdiente, als das Krause'sche Ehepaar, wegen Meineides vorgehen zu können. Die Geschworenen waren der Meinung des Verteidigers; sie gaben ihren Spruch auf Nichtschuldig ab, worauf die Freisprechung und die sofortige Haftentlassung des Angeklagten erfolgte.

Ein Dampfer-Unfall, der sich am Abend des 8. August v. J. auf der Spree ereignete, hat zu einer Anklage wegen Sachbeschädigung geführt, die die 3. Straßammer des Landgerichts I gestern gegen den Schiffsführer Hermann Palu zu verhandeln hatte. Am Abend des 8. August v. J. fuhr der von dem Angeklagten geführte Dampfer „Germania“ mit etwa 200 Personen an Bord, von Sedowa kommend, die Spree entlang. Als er durch die Eisenbahnbrücke fahren wollte, bemerkte er zwar die rote Laterne, die als Signal für freie Durchfahrt gilt, sah aber auch, daß die grüne Laterne, die für den Schiffer gewissermaßen als Distancemerkmal dient, nicht brannte. Er fuhr langsam und hielt sich etwas rechts. Bei der herrschenden Dunkelheit stieß er aber gegen den rechts stehenden hölzernen Pfeiler, es gab einen gewaltigen Ruck, der Dampfer glitt infolge dessen nach links ab und hat die Brücke stark beschädigt. Insbesondere wurden die vordersten Stützen der Drehbrücken und zwei andere Pfeiler, sowie der Mittelpfeiler des Personenüberganges arg beschädigt. Der angerichtete Schaden wurde auf 12—1500 M. geschätzt. Passagiere sind glücklicherweise nicht verletzt worden, dagegen richtete sich der ganze Horn derselben gegen einen zur Anfluggesellschaft gehörigen Fahrgast, der kurz vorher auf offenem Wasser unter direkter Aufsicht des Angeklagten das Stenerad eine kurze Strecke geleitet hatte und nun als der intellektuelle Urheber des Unfalls angesehen wurde. Die gestrige Verhandlung hat ergeben, daß diese Ansicht eine falsche war, denn thätlich hat der Angeklagte, als der Dampfer in das Gebiet der Brücken kam, das Stenerad wieder selbst gefeuert. Nach einer recht umfangreichen Beweisaufnahme erachtete Staatsanwalt Fickel eine Fahrlässigkeit des Angeklagten für dargezogen und beantragte gegen ihn eine Woche Gefängnis. Die vom Rechtsanwalt Dr. Hermann vorgeladenen Entlastungszeugen bekundeten aber übereinstimmend, daß der Angeklagte, der die „Germania“ schon zehn Jahre lang geführt hätte, keine Schuld an dem Unfall trage, daß er vielmehr sehr sorgfältig und vorsichtig die Mitte der Durchfahrt zu erreichen gesucht habe und die Hauptschuld in dem Fehlen der grünen Laterne zu erblicken sei. — Der Gerichtshof schloß sich diesen Zeugen an und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

Erklärung.

Nach Berichten aus der Versammlung des sechsten Wahlkreises ist die Antwort der Preszkommision an den Genossen Ledebour nur theilweise vorgetragen worden.

Demgegenüber sehen wir uns veranlaßt, unseren damaligen Bescheid im Wortlaut zu veröffentlichen und überlassen es den Genossen Berlins, sich ein Urtheil zu bilden.

Laut Beschluß und Aufruf der Preszkommision in Nr. 269 des „Vorwärts“ vom 17. November v. J. sind in Gemäßheit des § 17a des Organisationsstatuts der Partei alle Wünsche und Beschwerden über den „Vorwärts“ fortan stets in erster Reihe an die, von den Parteigenossen Berlins erwählte Preszkommision zu richten. Erst wenn diese berechtigtem Verlangen keine Abhilfe schaffen kann, wäre die Oeffentlichkeit damit zu befragen.

Die Preszkommision kann Ihnen keine Ausnahme von diesen im Interesse der Partei gegebenen Bestimmungen zubilligen und bedauern wir es aufs ernstlichste, daß Sie den Widerstreit in die Parteipresse hineingetragen, ohne vorher den für jeden organisierten Genossen maßgebenden Weg zu beschreiten. — Schon aus diesem Grunde wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, Ihrem Artikel die Ausnahme zu verweigern.

Wir waren ferner der Ansicht, daß die Redaktion des „Vorwärts“ nur im Interesse der Partei handelt, wenn sie jetzt, bei bevorstehender Reichstags-Wahl, derartige Polemiken auf das allernothwendigste Maß beschränkt. — Die Preszkommision konnte

*) Vorstehende Erklärung ging uns erst nach Mitternacht mit dem ausdrücklichen Verlangen sofortiger Veröffentlichung zu. Da bloß in einem Theil der Auflage die Erklärung Aufnahme fand, müssen wir sie heute wiederholen.

nicht finden, daß Sie persönlich angegriffen seien, noch viel weniger, daß es nützlich und ersprießlich wäre, den Artikel, der nur Ihre persönlichen Anschauungen über einige taktische Fragen widerspiegelt, gerade jetzt in solcher Breite abgedruckt; daß es vielmehr höchste Zeit sei, die Diskussion über die, nun einmal im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise feststehende Kandidatur zu schließen und nicht die trennenden, sondern nunmehr die einigenden Momente hervorzuhohen.

Wir ersehen in der uns übermittelten Veröffentlichung Ihres Artikels in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ keinerlei Vortheil für die Partei, halten daher auch den gewünschten weiteren Abdruck im „Vorwärts“ nicht für nöthig und lehnt deshalb die Berliner Preszkommision, wie schon bemerkt, Ihre Beschwerde einstimmig ab.

Die Preszkommision.

Vermischtes vom Tage.

— Die Schwarz-Weiß-Ausstellung in den Räumen der Akademie der Künste, Unter den Linden, ist bis zum 6. Mai verlängert worden. Die Besuchszeit am Sonntag wurde bis 6 Uhr abends ausgedehnt.

— Von Walter Peiskow ist ein großes Bild „Waldrich in der Mark“, das in der letzten Ausstellung der Elf zu sehen war, in den Besitz der Berliner Nationalgalerie übergegangen.

— Von dem in Hamburg eingetroffenen englischen Dampfer „Kings Lynn“ sind unterwegs fünf Mann der Besatzung, darunter der Kapitän und der Steuermann, über Bord gespült worden und ertrunken.

— Weil ihm das Lernen in der Schule schwer fiel, ertränkte sich ein 11-jähriger Knabe in Braunschweig.

— In dem Wettbewerb um die Ausführung des Plakats für die Dresdener Kunstausstellung 1899 sind zwei Münchener Maler die Preise angesprochen worden. Moriz Böttger erhielt den ersten Preis (800 M.), Hermann Pampel den zweiten (300 M.).

— Beim Ueberheizen eines Janned blieb in Rom ein junger Mann, der von einer Hochzeitsfeier zurückkehrte, mit seinem Leibgurt hängen. Er konnte sich nicht wieder losmachen und kam ums Leben.

— Aus dem Kassenlokal des Kassationshofes in Rom wurde eine eiserne Kasse mit 65 000 Lire gestohlen.

— Die Ostjaken, die von den Russen immer mehr in die Wälder des sibirischen Nordens zurückgedrängt wurden und bereits im Niedergange waren, sind jetzt durch eine Pockenepidemie in ihrer Zahl so stark vermindert, daß ihr völliges Aussterben bevorsteht.

Witterungsübersicht vom 29. April 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	760	SO	4	bedeckt	6	Saparanda	775	Still	—	heiter	0
Hamburg	758	SO	4	bedeckt	6	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	759	SO	4	bedeckt	5	Korff	747	SO	3	Regen	8
Wiesbaden	755	SO	1	Regen	13	Aberdeen	755	SO	3	bedeckt	6
München	757	SO	4	bedeckt	11	Paris	755	SO	3	Zust	9
Wien	755	Still	—	hls. bed.	12						

Wetter-Prognose für Sonnabend, 30. April 1898.
Seitweise heiter, vielfach wolfig, mit etwas Regen und mäßigen östlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Hamburger Engros-Lager

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16/17. Bellealliancestr. 1/2.



Matrosen-Hut 1 10 M.

mit hohem Kopf für Damen, garnirt mit Band . . . 1 10 M.
Denselben für Kinder 1 10 M.



Damen-Hut

mit gestecktem Wagnerkopf, in allen modernen Farben 1 65 M.



Damen-Hut

(Amazonenform) sehr kleidsam, elegant garnirt . . . 1 70 M.

Picnic-Dosen das Stück 42 Pf.
mit Filz-Hülle und Leder-Riemen, vorgezeichnet

Picnic-Dosen das Stück 85 Pf.
mit Filz-Hülle und Riemen, fertig mit Seide bestickt

Hahnen-Reiher das Stück 18 Pf.
schwarz und farbig

Fantasie-Stutz das Stück 22 Pf.
mit Flittern

Veilchen das Dutzend 5 Pf.

Rosen das Stück 5 Pf.
Batist und gekraust

Atlasrosen das Stück 10 Pf.

Maiblumen 1 Dutzend Stiele 23 Pf.
mit 8 Glocken am Stiel

Schleifen das Stück 53 Pf.
aus Seidengaze

Costüm-Röcke das Stück 5 90 M.
Mohair-Broché, ganz auf Futter, mit Stoss und Schnur

Costüm-Röcke das Stück 7 25 M.
Cheviot, reine Wolle, marine, schwarz, ganz auf Futter, mit Stoss und Schnur

Damen-Cravatten das Stück 38 Pf.
aus farbigem Ottoman, in weiss, roth, schwarz

Damen-Umlege-Kragen das Stück 22 Pf.
weiss, schmal und breit

Damen-Regenschirme das Stück 2 65 M.
guter Gloria, mit Futteral und Bandschleife

Damen-Sonnen-Schirme das Stück 2 70 M.
Halbseide in modernen Farben

Stroh-Mützen, Neuheit! das Stück 1 10 M.
für Knaben, verschiedene Farben

Matrosen-Mützen das Stück 23 Pf.
für Knaben, in blau und weiss

Knaben-Spiel-Schürzen grauer Stoff mit roth besetzt.
Größe 50 55 60 65 70 ctm.
Preis 55 Pf. 60 Pf. 75 Pf. 85 Pf. 95 Pf.

Kinder-Hänge-Schürzen grau Körper, mit türkisch besetzt, das Stück
Größe 45 50 55 60 65 70 75 ctm.
Preis 65 Pf. 75 Pf. 85 Pf. 95 Pf. 1,05 M. 1,15 M. 1,25 M.

Gardinen, abgepasst Fenster 2 10 M.
Shawls, 3 Meter lang, Fenster 2 Shawls

Congressstoffe das Meter 44 Pf.
gestreift, weiss und crème, 110 ctm. breit

Möbel-Cattune das Meter 38 Pf.
ca. 80 ctm. breit in ganz neuen Mustern

Damen-Hemden das Stück 1 10 M.
Achselschluss aus gutem Hemdentuch, mit Trimming besetzt

Damen-Hemden das Stück 1 10 M.
Prisenform, aus gutem Hemdentuch, mit Trimming besetzt

Damen-Hemden das Stück 90 Pf.
Achselschluss, aus feinsädigem Hemdentuch

Damen-Nachtjacken das Stück 1 25 M.
Dimiti, 75 Pf. 1 M.

Weiss durchbrochener Stoff das Meter 40 Pf.
Satin à jour, für Schürzen und Kinderkleidchen

Renforcé für Kopfkissen das Meter 33 Pf.
ca. 82 cm breit

Renforcé für Oberbetten das Meter 65 Pf.
ca. 130 cm breit

Kaffee-Gedecke das Gedeck 1 75 M.
mit 6 Servietten, roth und blau gemustert

Wischtücher das Dutzend 2 10 M.
starkfädig, in guter Qualität

Loden-Costüme das Costüm 9 75 M.
reine Wolle, in 6 Farben

Costüme, Röcke das Stück 3 75 M.
Lodenstoff und Covert-Coat

Freiherr v. Stumm und die Handelsverträge.

Freiherr v. Stumm war neulich in einer Wahlversammlung, wohl aus Angst vor dem Bunde der Landwirthe, ebenso entschieden für die Erhöhung der Getreidezölle eingetreten, wie seinerzeit durch Zustimmung zu den Handelsverträgen für Erniedrigung. Die Gegner hatten ihm das natürlich vorgehalten.

Die von Herrn Stumm geleitete „Post“ versucht nun eine Rechtfertigung ihres Herrn und Meisters. Es sei nicht richtig, daß Herr v. Stumm für alle Handelsverträge in den Jahren 1892 bis 1894 gestimmt habe, er habe insbesondere nicht an der Abstimmung über den österreichischen Handelsvertrag, welcher den ersten Schritt auf der Bahn der Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle machte, theilgenommen.

Bekanntlich haben aber eine ganze Reihe von Politikern, welche den österreichischen Handelsvertrag für einen volkswirtschaftlichen Fehler erachteten, gleichwohl die Konsequenzen aus diesem ersten entscheidenden Schritte für die weiteren Handelsverträge ziehen zu müssen geglaubt.

Der Versuch, Herrn v. Stumm's jehige Erklärung mit seinem früheren Verhalten in Widerspruch zu setzen, entbehrt daher der thatsächlichen Unterlage, und es handelt sich eben hier, wie in manchen anderen Fällen, wiederum um eine völlig grundlose persönliche Verdächtigung.

An diesem Rechtfertigungsversuch ist nur die Dreistigkeit hervorsteckend, mit der hier sowohl mit den Thatsachen wie mit den eigenen früheren Aussagen des Herrn v. Stumm umgesprungen wird.

Am 24. November 1893 stand der Handelsvertrag mit Rumänien im Reichstage zur ersten Beratung. Der Hüttenkönig feierte dabei den Reichskanzler, dessen Verdienste er ebenso hoch haltet — wie Herr Richter, der sich bekanntlich in die schönen Augen des Grafen Caprivi arg verliebt hatte. Die Verträge stellten keinen Gegensatz zur Bismarck'schen Wirtschaftspolitik von 1879 dar. Der Getreidezoll von 5 M. sei „ganz notorisch als Kampfsoll eingeführt“ worden; er müsse fallen, wenn die Industrie genug einhandle. Dann heißt es, was der Mitarbeiter der „Post“ beachten möge, im Stenographischen Bericht wörtlich:

Am allerwichtigsten bin ich der Ansicht, daß, wie Herr Richter meinte, es ein Gebot der Logik sei, nachdem man die drei oder vier früheren Handelsverträge angenommen hat, hier zu sagen. Die Frage hat meiner Meinung nach mit der Logik gar nichts zu thun. Ist man der Ansicht, daß die früheren Handelsverträge falsch waren, so würde man heute dagegen stimmen müssen; das würde logisch sein.

Am 28. Februar 1894 erörterte man den russischen Handelsvertrag. Einer seiner vorzüglichsten Vorläufer war abermals Freiherr v. Stumm, unbestreitbar gebührt ihm nach seiner Thätigkeit in der Kommission und im Plenum sogar ein Hauptverdienst an dem Zustandekommen der schließlich angenommenen. Aufdringlich wie alle Parvenus sprach er dabei der Reichsregierung seinen „großen Dank“ im Namen der „gesamten Industrie“ aus:

Ich behaupte, daß heute von der kleinsten Hütte im sächsischen Erzgebirge bis zu den größten Industriezentren am Meer des Rheins in allen Kreisen gewerblicher Thätigkeit ein lebhaftes Gefühl des Dankes gegen den Herrn Reichskanzler für den Abschluß dieses großen Werkes empfunden wird.

Die Kompensationen für die Landwirtschaft — die Aufhebung des Identitätsnachweises für den Osten, die Abschaffung der Staffeltarife zu gunsten des Westens und Südens — hielt er für ausreichend; sie würden sogar „größere Vortheile“ wie der Vertrag etwa andererseits Nachtheile für die Agrarier bringen. Alles in allem werde die Vereinbarung „großen Segen stiften“. Und auch hier wieder die Verwahrung gegen die jehige Bedeutung der „Post“, man habe, gleichsam widerwillig gezwungen, die Konsequenzen aus dem österreichischen Verträge ziehen müssen:

Ich will nur meine Ueberzeugung dahin aussprechen, daß ich diesen Handelsvertrag nicht als eine notwendige Konsequenz des rumänischen, serbischen und spanischen Vertrages betrachte. (Sehr richtig! richtig.)

Bei der zweiten Beratung trat Herr v. Stumm — neben dem jehigen Reichschatzsekretär Freiherrn v. Tschelmann — insbesondere für den allen östlichen Agrariern vorbehaltenen Artikel 19 (Die russisch-deutschen Eisenbahn-Tarife betr.) ein, über den die „Deutsche Tageszeitung“ alle vierzehn Tage einen ebenso viel Eifer wie Kenntnisslosigkeit verrathenden Debatteartikel bringt, vielleicht aus der Feder desselben Dr. Rösche, der seine Kandidatur im Stumm'schen Wahlkreise zu gunsten des angestammten Königs aufgab.

Bei der dritten Beratung betonte Herr Stumm abermals, daß er sich durch frühere Abmachungen nicht gebunden fühle, sondern daß er dem russischen Handelsvertrag um seiner eigenen Vorzüge willen die Stimme gebe:

Ich glaube, wir alle sind, als der russische Handelsvertrag zuerst publizirt wurde, sehr zweifelhaft gewesen, ob wir dafür stimmen könnten, weil wir die feste Absicht hatten, das nicht zu thun, wenn irgend ein Nachtheil für die Landwirtschaft daraus hervorgehen könnte. Ich habe deshalb gleich bei der ersten Lesung im Plenum erklärt, daß, wenn nicht genügende Kompensationen eingeführt würden, ich dem russischen Handelsverträge meine Zustimmung nicht geben könne.

Ich behaupte, daß wir, mit den beiden Kompensationen, in dem russischen Handelsverträge ein nützlich und großes Werk geschaffen werden. Wenn die Industrie heute dankbar auf unser Votum blickt, so hege ich gar keinen Zweifel, daß auch die Zeit kommt, wo die Landwirtschaft voll und ganz unser heutiges Votum verstehen und würdigen wird.

Die Wähler, um deren Wahlunterstützung Herr Stumm — nach unserem Geschmac etwas zu demagogisch — wird, mögen danach beurtheilen, ob dieser Sammelkandidat zur entscheidenden Zeit wirklich das Bannmännchen war, als das ihn die „Post“ gegenüber „völlig grundlosen persönlichen Verdächtigungen“ darstellte.

Vielleicht interessiert es die Wähler auch, daß Herr von Stumm auf das allerstärkste kurzfristige Verträge belämpfte, wie sie der Graf Kanitz schon damals verlangte. Auf die Vereinbarung mit Rußland sei überhaupt nur dann Berath zu legen, wenn der Vertrag auf zehn Jahre abgeschlossen wird. Ein Abschluß auf drei Jahre nicht der Industrie gar nicht:

Deshalb glaube ich mich auch nicht zu überheben, wenn ich sage, daß die gesammte Industrie der Reichsregierung großen Dank dafür weilt, daß sie mit Zähigkeit an den zehn Jahren festgehalten hat.

Der verehrte Förderer unserer Partei ging sogar so weit, wie ein sozialdemokratischer Wähler anzudeuten, daß die Landwirtschaft noch genug Liebesgaben aus den Taschen der Arbeiter heraushole:

Denn, meine Herren, wer bezahlt denn den Vorthheil, welchen die Landwirtschaft aus den Kompensationen zieht, also die erhöhten Getreidepreise? Doch die Industrie, überhaupt der gewerbliche Arbeiter und diejenigen, die an der Landwirtschaft kein direktes Interesse haben. Wenn Sie berechnen, daß durch Aufhebung der Identität heute der Roggen im Osten um 15 M., durch Aufhebung der Staffeltarife im Westen vielleicht noch mehr in die Höhe geht, so hat der Industrie-Arbeiter um so viel mehr für sein Brot zu bezahlen. Wenn Sie also von den Subsidien sprechen, und wenn man die Dinge genau neben einander stellt und berechnet, so glaube ich, daß eher von Subsidien, welche die Industrie (!) an die Landwirtschaft bezahlt, die Rede sein kann als umgekehrt.

Vortrefflich gesagt! Ganz vortrefflich! Nur daß wir uns die beschriebene Beifügung gestatten möchten, daß die Bezahlung des theureren Brotes durch den Industrie-Arbeiter unter allen Umständen eine Thatsache ist, während die Zahlung entsprechend höherer Löhne durch „die Industrie“ — wie Herr v. Stumm im Handumdrehen dafür seht — wohl eine schöne Möglichkeit sein könnte, die leider zumeist ihrer Erfüllung harret.

Mit diesen Feststellungen gegenüber der „Post“ gehen wir selbstverständlich nicht darauf aus, gegen Herrn Stumm die Agrarier aufzurufen. Im Gegentheil, ein Großindustrieller, der die Agrarier über den Vössel barbirt, ist uns immer noch lieber wie ein richtiger Wähler. Am allerliebsten freilich würden wir seinen von beiden in Berlin einzugehen sehen.

Zum Selbstmord der Frau Eleanor Marx-Aveling

geht uns von dem englischen Genossen Robert Banner, Stadtrath in Woolwich, einem der ältesten sozialistischen Freunde von Eleanor Marx, der auch bei ihrer Bekanntschaft als erster ihr Gedächtnis feierte, die nachfolgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung zu. Sie ist, wie uns der Uebersetzer mittheilt, gleichzeitig allen sozialistischen Organen Englands zugesandt worden, und da wir die volle Wahrheit sowohl der Todten als der Partei schuldig sind, so tragen wir kein Bedenken, dem Wunsch des Genossen Banner zu entsprechen, indem wir diesem die Verantwortlichkeit für seine Mittheilungen überlassen. Derselbe schreibt:

Der tragische Tod von Eleanor Marx ist vielen, die ihre große Lebenskraft und Seelenstärke kannten, so überraschend gekommen, daß es dem Unterzeichneten, der sie vielleicht länger gekannt hat, als irgend ein anderer englischer Sozialist der Gegenwart, gestattet sein mag, auf die in ihn gerichteten vielen Fragen hinsichtlich der mutmaßlichen Motive, welche die Verstorbenen zu dem verhängnisvollen Schritt getrieben haben mögen, öffentlich zu antworten.

Es ist die Meinung geäußert worden, daß die aufreibende Pflege, die Eleanor Marx dem Dr. Edw. Aveling während seiner langen Krankheit gewidmet hat, Eleanor Marx in einen Zustand so hochgradiger nervöser Erschöpfung versetzt hat, daß sie schließlich das Leben nicht mehr ertragen konnte. Auf Grund mir bekannt gewordener Thatsachen und zu meiner Verfügung gestellter Briefe bin ich in der Lage feststellen zu können, daß die Verstorbene die von ihr so edelmüthig erfüllte Aufgabe bis zuletzt mit unverringelter Tapferkeit trug. Sie hielt sie nicht ab, in der Sammlung von Materialien für die Vorrede zu einer im Druck befindlichen Arbeit ihres Vaters fortzusetzen. Es können daher nicht die Sorgen um die physische Krankheit des Dr. Aveling gewesen sein, was sie dazu bewog, ihrem Leben in Verzweiflung ein Ende zu machen.

Noch waren finanzielle Schwierigkeiten die Ursache. Es ist, wie ich höre, richtig, daß von dem Vermögen, das Fr. Engel Eleanor Marx hinterlassen hat, um ihr alle Geldsorgen fernzuhalten, der weitaus größte Theil schon ausgegeben ist. Aber obwohl sie von der Vergeudung ihres Eigenthums durchaus unterrichtet war, nahm Eleanor Marx, von der all ihre Freunde wissen, wie außerordentlich bescheiden ihre persönlichen Bedürfnisse waren, dieselbe, so weit es sich dabei um eine reine Geldfrage handelte, mit der größten Nachsicht hin. „Ich finde auf jeden Fall mein Problem (I can get on anyway)“ schreibt sie in dieser Hinsicht in einem mir zur Verfügung gestellten Brief, der vom 20. Februar 1898 — sechs Wochen vor ihrem Tode! — datirt ist.

So viel hier mit Bezug auf diesen Punkt. Im übrigen beschränke ich mich zur Zeit auf die einfache Feststellung einiger, auf die letzten Stunden von Eleanor Marx bezüglicher Thatsachen. Ich behaupte positiv:

- 1. daß der bestimmte Entschluß, ihr Leben durch Selbstmord zu enden, nicht früher als am Morgen des verhängnisvollen Tages — dem 31. März 1898 — gefaßt worden sein kann;
2. daß an dem genannten Morgen Eleanor Marx einen Brief empfing, der nach dem Ausdruck jemandes, der ihn gelesen hat, „eine gewisse Person in sehr schlechtem Licht erscheinen läßt“;
3. daß Dr. Edward Aveling, der mit Eleanor Marx als ihr Gatte lebte, bei der Todtenschau unter Eid angefragt hat, die Verstorbene habe ihm gegenüber wiederholt mit Selbstmord gedroht und vorgeschlagen, gemeinsam Selbstmord zu begehen;
4. daß Eleanor Marx das Gift bestellte, während Dr. Aveling noch im Hause war;
5. daß Eleanor Marx das Gift empfing, während Dr. Aveling noch im Hause war;
6. daß Eleanor Marx das Gift und das Giftbuch (des Apothekers) in das Zimmer trug, wo Dr. Aveling sich befand, und dort den Empfang des Giftes quittirte;
7. daß die beiden vorerwähnten Thatsachen bei der Todtenschau nicht zur Sprache gebracht worden sind;
8. daß Eleanor Marx, wie Dr. Aveling bei der Todtenschau zugab, dagegen war, daß er an jenem Tage ausging;
9. daß Eleanor Marx, bevor sie das Gift nahm, einen Brief an ihren Anwalt schrieb, worin die Namen verschiedener Personen genannt sind; daß Eleanor Marx in diesem Brief den oben-erwähnten, an jenem Morgen eingetroffenen Brief einschloß und auf den Briefumschlag den Namen und die Adresse ihres Anwalts schrieb;
10. daß diese beiden vorbezeichneten Briefe nach der Todtenschau vom Leichenbeschauer an Dr. Aveling ausgehändigt wurden;
11. daß der von Eleanor Marx für ihren Anwalt bestimmte Brief dem Adressaten nicht zugestellt worden ist.

Es steht zu hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo auf die Tragödie, die am 31. März ihren Abschluß fand, volles Licht wird geworfen werden.

Woolwich, den 21. April 1898, gez. Robert Banner

Soziales.

Vom Schicksal der Arbeiter. Die Filialen Berlin I und II des Verbandes der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben die beiden letzten Vierteljahre des Jahres 1897 und das erste Vierteljahr des laufenden Jahres eine Statistik über die in ihrer Branche an Maschinen vorgekommenen Verletzungen aufgenommen. Diese Statistik zeigt, wie außerordentlich groß die Verletzungsfahrer gerade bei Bedienung der Holzbearbeitungsmaschinen ist, was schon daraus hervorgeht, daß in den 41 Betrieben, aus denen Unfallmeldungen vorliegen, von den dort beschäftigten 445 Maschinenarbeitern 102 Mann — 23 pCt. verunglückt sind. Am verhängnisvollsten für die Arbeiter erwiesen sich die verschiedenen Arten der Fraismaschinen; diese führten 62 pCt. aller Verletzungen herbei, während 14 pCt. durch Kreissägen und weitere 14 pCt. der Verunglückungen durch Abriehtmaschinen verursacht wurden.

Der Einfluß, den die Länge der Arbeitszeit auf die Zahl der Verunglückungen ausübt, zeigt sich in den nachstehenden Zahlen. Es verunglückten bei

Table with 3 columns: Arbeitszeit, Anzahl, Prozent. 10stündiger Arbeitszeit: 1, darunter 1 schwer = 100 pCt. 9 1/2: 8, darunter 4 = 50. Ueberstundenarbeit: 14, darunter 8 = 57. Steigerung der Arbeitskraft: 26, darunter 12 = 46. 9stündiger Arbeitszeit: 78, darunter 16 = 20.

Man kann aus diesen Zahlen wohl mindestens den Schluß ziehen, daß bei längerer Arbeitszeit oder bei Steigerung der Arbeitskraft der Prozentsatz der schweren Verletzungen zunimmt.

Recht interessant ist auch die Zusammenstellung, aus der sich ergibt, in welchen Tagesstunden die Verletzungen vorkamen. Von den 86 verunglückten Arbeitern, bei deren Unfallmeldungen die Stunde der Verletzung angegeben ist, verunglückten vor 7 Uhr 1 = 1,1 pCt., von 7 bis 8 Uhr 2 = 2,3 pCt., 8 bis 9 Uhr 5 = 5,8 pCt., 9 bis 10 Uhr 10 = 11,6 pCt., 10 bis 11 Uhr 14 = 16,3 pCt., 11 bis 12 Uhr 15 = 17,4 pCt., 12 bis 2 Uhr 1 = 1,2 pCt., 2 bis 3 Uhr 8 = 9,4 pCt., 3 bis 4 Uhr 12 = 13,9 pCt., 4 bis 5 Uhr 6 = 6,9 pCt., 5 bis 6 Uhr 10 = 11,6 pCt.

Man nimmt gewöhnlich an, daß sich die Zahl der Unfälle in den Abendstunden gegen Schluß des Arbeitstages insoweit zunehmender Ermüdung der Arbeiter häufe. In den hier mitgetheilten Zahlen zeigt sich jedoch eine Häufung der Unfälle nicht sowohl in den Abendstunden, als vielmehr gegen Schluß der einzelnen Abschnitte des Arbeitstages. Den stärksten Prozentsatz der Verunglückungen zeigt die letzte Stunde vor der Mittagspause. Am wenigsten Unfälle geschahen in der ersten Stunde nach Wiederbeginn der Arbeit. Die zweite Steigerung der Unfälle fällt in die Zeit von 3 bis 4 Uhr, also vor den Beginn der Vesperpause, und die dritte Häufung in die letzte Arbeitsstunde des Tages.

Einer der Fragebogen enthielt wörtlich die Bemerkung: „Schutzringe sind wohl vorhanden, würden dieselben aber gebraucht werden, so würde das Arbeitspensum so beeinträchtigt, daß die Arbeiter mit dem Prinzipal in Konflikt kämen.“ Wenn sich dieser ständliche Zustand trotz des Wirkens der Gewerbeinspektion in Berlin noch häufiger finden sollte, dann wäre dadurch die beschämende Thatsache erklärt, daß in den hiesigen Holzbearbeitungsfabriken so viele Arbeiter ihre gesunden Gliedmaßen verlieren.

Ueber die italienischen Steuern hat der Senator Rosa ein Buch veröffentlicht, woraus die „Frankf. Ztg.“ einige interessante Daten mittheilt. Dieselben beziehen sich auf die Holzindustrie. Rossi konstatiert, daß eine Weberei in Belgien, die 800 Arbeiter hat, 9000 Fr. Steuern zahlt, eine andere mit 2200 Arbeitern 22 500 Fr. In Frankreich zahlt eine Weberei mit 350 Arbeitern 7500 Fr.; in England und Deutschland hält man die Mitte zwischen Belgien und Frankreich; in Italien hingegen zahlt eine Weberei, die 4800 Arbeiter beschäftigt, an Staats-, Kommunal- und Provinzialsteuern die Kleinigkeit von 400 000 Lire. Es ergibt sich demnach — und auch aus anderen Ziffern — daß die Unternehmer in Belgien für jeden Arbeiter 11,25, in Frankreich 21,48 Francs, in Italien aber 83,33 Lire an Steuern zahlen. In Italien sind die Staatssteuern 17 mal so hoch wie die Provinzial- und Kommunalsteuern zusammengenommen. Auch der Arbeiter leidet darunter dem fiskalischen Druck, daß es kein Wunder ist, wenn auf der einen Seite die Brachäcker und auf der anderen die Latifundien zunehmen.

Die Hauptursache des hohen Steuerdrucks liegt in der Verschuldung und der Militärlast Italiens. Die Verzinsung z. B. der weit über 10 Milliarden betragenden Staatsschulden und das Militär- und Marine-Budget erfordern jährlich fast 1 Milliarde der Einnahmen, die zusammen nur etwas über 1 1/2 Milliarde Lire ausmachen. Die Staatsschulden sind selbstverständlich zum großen Theil für militärische Zwecke aufgenommen worden.

Soziale Rechtspflege.

Aufrechnung anderer Forderungen gegen solche aus dem Arbeitsverhältnis. Wichtige Rechtsfragen wurden durch einen Prozeß aufgegriffen, der die Kammer VII des Gewerbegerichts in drei langen, zum Theil recht lebhaften Sitzungen beschäftigte. Es handelte sich um die Entscheidung der wichtigen Frage, inwieweit gegen den Arbeitslohn andere Forderungen aufgerechnet werden dürfen. Der Sachverhalt war kurz folgender: Der Hausdiener der Firma Budde u. Göhde hat nach seinem Angabens 300 Mark verloren, die einem Expedienten des Geschäftes, also einem ihrer anderen Angestellten, gehörten und die er für diese „dritte Person“ irgendwo abgehoben hatte. Die Firma hat nun einen Restlohn von 6,90 M., woraus der Hausdiener an sich unbestritten Anspruch hatte, an den erwähnten Expedienten ausgezahlt, und den Dienstmann abgewiesen, den der Hausdiener nach dem Gelde geschickt hatte. Die Folge war ein Prozeß wegen Zahlung des Restlohnes. Dem Anspruche des Hausdieners hielt der Vertreter der Firma entgegen, daß der Expedient, der infolge des Verlustes eine Forderung von 300 M. an den Kläger hatte, einen Theil dieser Forderung der Firma überwiesen habe, so daß nun die Firma mindestens 6,90 M. von dem Kläger beanspruchen könne. Budde und Göhde wollen nun die so dem Kläger gegenüber gemommene Forderung gegen dessen Lohnforderung aufrechnen. Die Erörterung der Zulässigkeit einer solchen Aufrechnung machte dem Gericht viel Kopfweh. Am möglichst einem neuen Termin vorzubehalten, erklärte sich der Vertreter der Firma in der letzten Verhandlung bereit, das Geld trotz moralischer Bedenken freiwillig zu zahlen. Da der Kläger nicht anwesend war und nach einer Meldung undelant verzoget ist, mußte trotzdem ein Ewentualtermin vorgesehen werden. Mit Rücksicht auf die hohe prinzipielle Bedeutung der Sache und „weil er den Berichterstatter neugierig gemacht habe“, publizierte Gewerbedichter Dr. Meier das bisherige rechtliche Ergebnis der eingehenden Verhandlungen wie folgt:

Hier liege die interessante Rechtsfrage vor, ob der Arbeitgeber gegen den verdienten Arbeitslohn eine Forderung geltend machen könne, die ihm zedirt worden sei? Die schriftliche Zeßion sei unzuverlässig rechtsgiltig. In Frage stände höchstens, ob die Zahlung dadurch, daß sie dem Kläger erst im Laufe des Prozesses bekannt geworden sei, nicht etwa an Gültigkeit eingebüßt habe. Diese Frage sei zu verneinen, denn § 413 I 11 Allgemeines Landrecht empfehle war die Bekanntmachung an den Schuldner, erkläre sie aber nicht für erforderlich. Dann habe das Gericht die Zulässigkeitsfrage streifen müssen. Die Beklagte sei Eigentümerin der Forderung des Expedienten an den Kläger in der fraglichen Höhe geworden und kompensire eine eigene Forderung als Arbeitgeberin gegen eine Lohnforderung ihres Arbeiters, die dieser nun im Prozeß verlange. Es liege also ein Rechtsstreit aus dem Arbeitsverhältnis im Sinne des Gesetzes vor. Am meisten Schwierigkeiten bereite die Auslegung des § 115a der Gewerbe-Ordnung, wonach Lohn- und Abschlagszahlungen an Dritte nicht erfolgen dürfen „auf Grund von Rechtsgeschäften oder Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche nach § 2 des Gesetzes über die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnens vom 21. Juni 1869 rechtlich unwirksam sind“. Da kommt es zunächst auf eine Auslegung der §§ 1 und 2 des § 115a der Gewerbe-Ordnung an. Nach dem § 1 des Gesetzes könne der Arbeitslohn nur mit Beschlag belegt werden zum Zwecke der Sicherstellung oder Befriedigung eines Gläubigers, nachdem die Leistung der Arbeit erfolgt sei und nachdem der Tag, wo der Lohn zu entrichten gewesen, abgelassen sei, ohne daß der Vergütungsberechtigte ihn abgehoben hätte. Und nach § 2 desselben Gesetzes seien Verfügungen über den Arbeitslohn durch Zessionen, Anweisungen, Pfändungen oder durch ein anderes Rechtsgeschäft infoweit ohne rechtliche Wirkung, als wie die Beschlagnahme nach § 1 unzulässig wäre. Zu prüfen sei nun: was der Schlußsatz bedeute: „ohne daß der Vergütungsberechtigte die Vergütung (hier den Lohn) eingefordert hat“, und ob und inwieweit die Voraussetzungen der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnens hier gegeben seien. Dazu wäre eine Beweisvernehmung notwendig, da nicht der Tag feststehe, an dem der Kläger den Dienstmann nach seinem Lohn geschickt habe. Weiteres könne er, der Vorsitzende, nicht sagen, damit er nicht das Gericht präjudiziere.

Der Zentralverein der Bureau-Angestellten tagte am 21. d. M. in der 11. Sitzung über „Das Recht auf Faulheit“ von Paul Lafargue, welche mit Beifall aufgenommen wurde. Betreffs der Reise nach Baden wurde beschlossen, sich an der Versammlung der Lehrer- und Handwerkervereine zu beteiligen und der im Schweizergarten stattfindenden Gesellschaft beizuwohnen. Desgleichen soll in diesem Jahre wieder eine Sammlung in Höhe von 50 Pf. zu Agitationszwecken veranstaltet werden. Nach Erledigung einiger Internas erfolgte der Versammlung.

Im Fachverein der Bäcker sprach am 19. April Paul Sabu über: „Die Gewerkschaften und ihre Bedeutung.“ Bei Besprechung der Vereinsangelegenheiten wurde wiederum von mehreren Mitgliedern Klage geführt, daß die Bestimmungen über den Maximal-Arbeitszeit nicht streng gehandhabt werden.

Der Verband der Wäsche- und Kravattenbranche hielt am 21. d. M. seine ordentliche Mitglieder-Versammlung bei Freund, Weinst. 11 ab, in welcher Herr Walder Manasse einen Vortrag über „Glauben und Denken“ hielt. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der nunmehr folgende Kasseebericht ergab in der Einnahme 662,55 M., in der Ausgabe 926,28 M. In der Ausgabe ist der Betrag von 500 M. für den Bau des Gewerkschaftshauses eingezogen. Nachdem dem Kassier Decharge erteilt worden, wurde vom Vorsitzenden die Berichtigung der Firma Gebr. Ritter, in der Nr. 52 des „Vorwärts“ enthalten, zur Debatte gestellt. Es wurde darauf hingewiesen, daß ja in der öffentlichen Versammlung auch nur behauptet worden ist, daß die Röhren der Firma Ritter 50 Pf. für die Rolle Garn zählen müßten, welches in den anderen Geschäften mit 37 Pf. abgegeben wird, demnach scheint es, daß die Firma das Garn zu teuer bezahlt. Außerdem wurde festgestellt, daß in einigen Geschäften das Garn jetzt (nach der öffentlichen Versammlung) um 9, auch 10 Pf. billiger abgegeben wird. Die Firma Borchard ließ vordem die Rolle Garn mit 40 Pf. ab, jetzt kostet es 31 Pf. und dies wäre immerhin ein wesentlicher Vorteil für die Röhren. Die weitere Tagesordnung beschäftigte sich mit der Frage: Wie feiern wir den 1. Mai? Koopmann empfahl den Beschluß der Gewerkschaftskommission und stellte den Antrag, für den Monat Mai einen Monatsbeitrag extra zu fordern, da ja der 1. Mai auf einen Sonntag falle und eine Einbuße an Arbeitsverdienst nicht eintreten kann. Die Versammlung beschloß demgemäß.

Eine Versammlung der Sattler, die am 23. d. M. im „Englischen Garten“ tagte, wählte die Arbeitsnachweis-Kommission. Sodann wurde noch beschlossen, sich mit der Zunft in Verbindung zu setzen und zu fordern, daß bei Beratung des Statuts Gesellen hinzugezogen werden.

Charlottenburg. Am 19. d. M. tagte in Meyer's Lokal eine Mitgliederversammlung der Fabrik- und Land-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Folgende Anträge wurden einstimmig angenommen: Naimarken à 25 Pf. anzuschaffen, und soll jedes Mitglied verpflichtet sein, je eine zu entnehmen; ferner eine Agitationsmarke à 10 Pf. zur Stärkung des Agitationsfonds. Zum Schluß wurden noch verschiedene Anregungen zum Verbandszuge, der am 14. August in Kassel stattfindet, gemacht.

Schöneberg. Die am Montag, den 18. April, bei Ost, Grünwaldstraße, stattgehabte Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins beschäftigte sich zum dritten Male mit den Versteinungen

Kritiken in der „Neuen Zeit“, an der Diskussion beteiligten sich hauptsächlich die Genossen Franke und H. H. — Die nächste Versammlung findet am 2. Mai statt.

Die Jahreshilfskasse des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielt am 17. April eine Generalversammlung ab. Beim Vorstandsbericht teilte Bandt mit, daß sich die Mitgliederzahl der Hilfskasse von 50 auf 250 vermehrt hat. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassier Decharge erteilt. In den Vorstand wählte man W. Koschütz als ersten, D. Lange als zweiten Bevollmächtigten, H. Steidl als ersten, Faust als zweiten Kassier, als Schriftführer H. Spann, als Revisoren G. Beierling, P. Meiners und K. H. Die Zeitungsredaktion übernimmt Koschütz für eine Vergütung von 30 M. vierteljährlich, die Mitglieder bezahlen 75 Pf. monatlich inkl. Beitrag. Dem Kassier wurden 20 M. für Mahewaltung und als Managel bewilligt. Ein Antrag Bandt's, dem Vorstand 50 M. zu überweisen, die der Lohnkommission zur Verfügung stehen sollen, wurde angenommen. Koschütz sprach über das Kolonnenführer-System, das sich zu einem Klugensystem herausgebildet habe. 15 neue Mitglieder ließen sich aufnehmen.

Reinickendorf. Der Arbeiter-Bildungsverein „Zukunft“ hielt am Sonntag, den 17. April, seine Generalversammlung ab, in der Genosse Riesel über die Aufgaben der Arbeitervereine sprach. Nach dem Vortrage erfolgte der Kasseebericht vom letzten Quartal. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Sodann wird Genosse Lutz als Revisor gewählt.

Nixdorf. Am 19. d. M. hielt der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ in Hoffmann's Lokal seine Generalversammlung ab. Nach Eröffnung derselben teilte der Vorsitzende das Ableben des Genossen Schilhan mit, und ehrten die Anwesenden denselben durch Erheben von den Plätzen. Sodann erstatteten der Kassier, der Vorsitzende und der Bibliothekar ihre bezügl. Berichte. Laut Kasseebericht hatte der Verein eine Einnahme von 500,50 M. und eine Ausgabe von 428,10 M., so daß ein Bestand von 72,40 M. bleibt. Der Verein zählt 233 Mitglieder. Nach dem Bericht des Bibliothekars besitzt der Verein 203 Bände und wurden im ersten Vierteljahr 66 Bücher ausgeliehen. In den Vorstand wurden gewählt die Genossen Klein als Vorsitzender, Krüger als Kassier, Hagen als Schriftführer; Schröder, Keller, Dausacker, Jäger als Beisitzer, Wurbs als Bibliothekar, Rehner, Dohrmann und Bieweg als Revisoren. — Nach einem Appell an die Anwesenden, mit allen Kräften in die Agitation für die Reichstagswahlen einzutreten, wurde dem Vorstande anheim gegeben, Gelder für diese Zwecke zu überweisen.

Weißensee. Am 19. d. M. tagte hier eine Versammlung der Maurer, in der der Delegierte von der Provinzialkonferenz Bericht erstattete. Sodann verlas der Vertrauensmann die Abrechnung vom Streikfonds und wurden ihm pro Quartal 20 M. Entschädigung für seine Mahewaltung zugewilligt. Am 1. Mai werden sich die Maurer in ihrem Bezirkslokal versammeln und von dort zu der gemeinschaftlichen Gewerkschaftsversammlung gehen.

Rummelsburg. Im sozialdemokratischen Verein für Stralau-Rummelsburg hielt am 17. April Genosse Rehner einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Alsdann erstattete der Kassier den Kasseebericht für das erste Quartal. Danach steht der Einnahme von 287,50 M. eine Ausgabe von 197,76 M. gegenüber, so daß ein

Kassenbestand von 89,74 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl erhöhte sich gegen Ende des letzten Quartals um 26.

Friedrichshagen. Am 19. d. M. fand hier im Lokale des Herrn Moser die ordentliche Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Der Vorsitzende Schütz gab einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit des Vereins. Es fanden 11 Versammlungen statt; die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 1. Quartals dieses Jahres 95, ausgenommen wurden in der Versammlung 4. Da die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr zurückgegangen ist, ermahnte der Vorsitzende, recht regen für den Verein zu agitieren, welches besonders im Interesse der kommenden Reichstagswahlen unbedingt notwendig ist. Der Bericht des Kassiers ergab eine Einnahme von 376,70 M., eine Ausgabe von 240,50 M., Bestand 136,20 M. Es wurde dem Kassier Entschädigung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: F. Schütz, Vorsitzender, D. Kreil, Kassier, Liebig, Schriftführer. Zu Hilfspersonen wurden Gänther, Lenz und Luchter gewählt; zu Revisoren Swenn und Martine. Zum Schluß wurden die Genossen aufgefordert, sich reichlich an der Reise nach Rummelsburg, welche am Sonntag hier selbst im Lokale des Herrn Paul, Rummelsburgerstr., stattfindet.

Friedrichshagen. Der Arbeiter-Bildungsverein vollzog am 21. d. M. die Vorstandswahl, die folgendes Resultat ergab: Pinsler erster, Klähne zweiter Vorsitzender; Lappe erster, Karl Schulz zweiter Kassier; Schönsfelder, Bibliothekar.

Friedrichshagen. Im Arbeiter-Bildungsverein sprach am 23. April Herr Schriftführer W. Bösch in interessanter Weise über die Zukunft der Erde. Unter Punkt Verschiedenes ersuchte der Vertrauensmann um jährliche Beteiligung bei der Reise; dieselbe ist folgendermaßen arrangiert: 6 Uhr früh werden durch Gesangsverein Maiengrüb, Tour nach Rummelsburg. Nachmittags 3 Uhr bei Conrad, Friedrichstr. 137, Volksfest; Konzert, Gesang und Tanz. Genosse D. Bösch wird die Festrede halten. Bilet à 20 Pf. sind bei den bekannten Parteigenossen zu haben. Es fand noch eine lebhafte Debatte statt wegen Einführung eines neuen Lesebuches für die hiesige Gemeindefschule. Es wurde die unentgeltliche Lieferung sämtlicher Lehrmittel als Pflicht der Gemeinde betrachtet, und einen dahingehenden Antrag an die Gemeindeverwaltung zu stellen, angenommen. Kram, Krüger und Tobias wurden gewählt, diesen Antrag, mit Unterschriften der Gemeindefmitglieder versehen, an die Gemeindeverwaltung zu stellen. Barth forderte zur thätigen Arbeit bei der Reichstagswahl auf, ebenfalls zu fleißigem Sammeln für den Wahlfonds.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. Mai, vormittags 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Resource, Kommandantenstraße 57: Versammlung, Freireligiöse Versammlung. Um 11 Uhr vorm. ebenfalls. Vortrag des Herrn G. Voght: „Die Religion in China.“ — Gäste willkommen.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Sonnabend, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, Hiegelstraße 10/11. Soziale Gruppe: Dr. med. Hirschfeld: Der Alkohol als Volksfeind. Diskussion. Gäste willkommen.

Verband der in Holzverarbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands (Zentrale Berlin L) Montag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Fritz Wille, Andreasstr. 26, Mitglieder-Versammlung.

Tischler-Verein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Reichthorstraße 15: Generalversammlung.

Die Baublütthe in Werder ist jetzt in voller Pracht. Extrazüge, Extradampfer, Vorort-Verkehr, Straßenbahn in Werder.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 30. April.

Opernhaus. Mignon. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Don Carlos. Anfang 7 Uhr.

Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.

Lesing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Die Mottenburger. Anfang 7 1/2 Uhr.

Goethe. Die Kinder der Erde. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Blanes Blut. Anfang 8 Uhr.

Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Die Freuden der Sündlichkeit. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichens. Herr Coulisset. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Der Tagelwurm. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Familie Eggers. Anfang 7 1/2 Uhr.

Ostend. Im Irrenhause. Anfang 8 Uhr.

Selle-Miance. Die Herrin ihrer Hand. Anfang 8 Uhr.

Luisen. Arme Mieke! Anfang 8 Uhr.

Friedrich. Wilhelmstädtsches. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz. Eine Gefasene. Der gekleidete Storch. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.

Jubiläumstrasse 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

Passage-Panoptikum. 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien.

Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Sonnabend:

Blanes Blut.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Anzengruber-Cyclus. 3. Vorst. Der Meineidbauer.

Abends 8 Uhr: Kyritz-Phryx.

Montag:

Blaues Blut.

Alle Jakobstr. 30. Nur noch zwei Vorstellungen des plattdeutschen Gesamt-Ensembles des Ernst Drucker-Theaters aus Hamburg.

Familie Eggers

oder: Eine Hamburger Nichtfran. Lebensbild mit Gesang in 9 Bildern v. J. Scholermann u. Carl Schulz. In Szene gesetzt v. W. Diet. Teile Eggers. Dr. Carl Schulz. Doris, seine Frau. Frau Fred. Zeite Wsch. Richson Fr. Brinmann. In Hamburg 550 Mal zur Aufführ. gebracht.

Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonnabend: Familie Eggers. Sonntag: Letzte und Abschiedsvorstellung: Familie Eggers.

Volks-Theater

Im Welt-Restaurant 97. Dresdener-Strasse 97. Sonnabend, 30. April 1898:

Benefiz für Arthur Böwer.

Gastspiel des Herrn Ludw. Giesecke. Der Zigeuner. Charakterbild mit Gesang von Verfa. In Vorbereitung: Tyroler Sänger Alois Ebner. Sonntag, den 1. Mai: Letzte Vorstell. in dieser Saison.

Urania

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlüge.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165. Ein lebender Resen-Orang-Utan der „Waldmensch“ von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch. die schöne Schlangenschildigerin.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weill. Zum letzten Male:

Im Irrenhause.

Schauspiel in 5 Akten von Gw. Aug. König. Roman im „Berl. P.M.“ bearb. v. G. Hulle. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel vor u. nach der Vorst. Gr. Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr. Die ausgedehnten Vorzugsbillets behalten Gültigkeit. Sonntag Nachm. 3 Uhr. Halbe Preise: Die Räuber. Abds. 8 Uhr: Satan Gold. Montag u. folg. Tage: Unter d. Polarhaue.

Ein neuer Beweis für die grosse Beliebtheit und unerlöchte Tüchtigkeit des

Budapester

Possen-u. Operetten-Theaters in Kaufmann's Variété ist der stürmische Beifall u. das stets überfüllte Haus bei dem Anton u. Donat Herrfeld'schen Lustspielen

Die vierte Frau,

welches sowohl d. Interpretation des eigenart. Budap. Genres Donat Herrfeld, dem von seinen 4 Frauen betroffenen Ehemann, als auch dem beliebtesten Urkomschen Bendix als „Vogelzucht Schusselich“ Gelegenheit gibt, ihren unverwundl. Humor zur Geltung zu bringen. Neben dieser höchst drast. Novit. verbleibt auch d. bereits öft. 70mal belachte Posse Von Dreien der Glückliche mit Anton Herrfeld als „Oberwarter Blechkopf“ a. d. Kop. d. sich das exquis. Specialit. Progr. d. Sais. würd. anreicht. Anf. 8 Uhr. Vorverk. v. 10-5

AUSSTELLUNG am KURPÜRSTENDAMM.

Carl Hagenbeck's INDIEN

SAVIGNYPLATZ

WANNSTATIEN

Vorstellungen in der Arena: 5 und 8 Uhr nachm. Im Theater ab 4 Uhr beständig. ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.

ENTREE 50 Pf.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glick.

Robert Steidl Eugenie Fongère

und 30 hervorragende Spezialitäten.

Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 1. Mai 1898: Beginn der Sommer-Saison

Anfang der Vorstellung Sonntags 7 1/2 Uhr, Wochentags 8 Uhr. In Vorbereitung: Don Juan in der Hölle.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24. Novitäten-Programm. Theater und Spezialitäten.

Neu! Little Alex. Neu! Cantoristoni. Neu! The Counts. Neu! Akrobaten an den Silberketten. Marietta Berand der kleine Robold.

Anfang der (Wochentags) 8 Uhr. Vorstellung: (Sonntags) 6 Uhr. Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48

Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

In Zossen.

Billet-Vorverkauf von 12 bis 2 Uhr.

Alcazar-Theater.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage), Annenstr. 42/43. Direktion: Richard Winkler.

Riesen-Programm.

Letzte Woche! Neu! Novität! Neu! Es schiekt sich nicht! Feste mit Gesang und Tanz. Familie Barskow, Elite-Akrobaten, Mr. Arion, phänomenaler Kunstspieler. With Friede, die reizende Kultee. Auftreten des gesammten Kunstpersonals in feinen Glanznummern.

Am 1. Mai Schluss der Saison! Anfang: Wochentags 7 Uhr. Entree 30 Pf.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Gr. Extra-Theatervorstellung Papa's Liebhaft. Schwanz in 4 Akten von Ralaphop und Eisner. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Am 2. Mai Schluss der Saison! Neues Olympia-Riesen-Theater

Nur noch 4 Vorstellungen des sensationellen Schauspielstückes Constantinopel.

Constantinopel.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Weis- u. Bairisch-Bier-Lokal, 2 große Vereinszimmer zu 100 Pers. m. Pianino für Vereine, keine Versammlungen u. Festlichkeiten. 4640/3 W. Lorenz, Soltstr. 43.

Maschin.-Kleidung



Maschin.-Jackets

Guter blauer Baumwollstoff, mit Steh- od. Umlegekragen, auch schräg an der Seite zum Knöpfen. Als Maass genügt Brustweite.

Qual. II	I	Blau Leder
1,90	2,10	2,80 u. 3,50

Maschin.-Hosen

Aus demselben Stoff wie obige Jackets. Als Maass genügen Leibweite und Schrittlänge.

Qual. II	I	Blau Leder
1,50	1,75	2,20 u. 2,80

Baer Sohn

Chausseestr. 24a Brückenstr. 11 Gr. Frankfurterstr. 18. Aufträge v. 20 M. an franco. Obige Preise gelten für normale Figuren.

Umsonst erhält Jedermann

das 11. reich illustrierte Preisbuch mit 12 Seiten Inhalt.

Rheinfälzer! 3250b empfeht Lokal Brandenburgstraße 41.

Arbeiter-Maifest.

Sonntag, den 1. Mai cr.:

I. Wahlkreis.

„Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Konzert. — Gesang. — Deklamationen.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Bebel**.
 Im kleinen Saal von 4 Uhr ab: **Tanz**.
 Anfang 4 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr ab geöffnet. **Entree 30 Pf.**

II. Wahlkreis.

„Bockbrauerei“, Tempelhoferberg:
Vokal- und Instrumental-Konzert.
 Musik von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“.
Gesangsvorträge von Vereinen (Mitglieder des Arbeiter-Sänger-Bundes).
Turnerische Aufführungen. **Lebende Bilder.**
Festrede 8¹/₂ Uhr, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **R. Fischer**.
 Von 4 Uhr ab: **Tanz**. Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
 Anfang des Konzerts 4 Uhr. **Entree 25 Pf.**
 Jeder Theilnehmer erhält die Maifest-Zeitung gratis. — Kaffeeküche von 2-6 Uhr geöffnet.

III. Wahlkreis.

„Neue Welt“, Hasenhaide Nr. 108:
Vokal- und Instrumental-Konzert.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Kandidaten Rechtsanwalt **Heine**.
Turnerische Aufführungen. **Tanz.** **Grosses Feuerwerk.**
Entree 25 Pf.
 Billets à 25 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen sowie in der „Neuen Welt“ an der Kasse zu haben.

IV. Wahlkreis.

„Brauerei Friedrichshain“. — Keller's Festsäle, Koppenstrasse 29.
 „Sanssouci“, Kottbuserstrasse 4a. — „Urania“, Wrangelstrasse 10.
 Park-Restaurant W. Jakob, Köpnick Landstrasse:
Vokal- und Instrumentalkonzert.
Festrede. — Massengesänge.
Ernst und heitere Vorträge. **Turnerische Aufführungen.**
 Nach dem Konzert: **Ball.**
 Anfang 4 Uhr. Die Kaffeeküche wird um 3 Uhr geöffnet. **Entree 25 Pf.**

V. Wahlkreis.

„Brauerei Königstadt“, Schönhauser Allee Nr. 10/11:
Vokal- und Instrumental-Konzert.
Massengesänge. — Humor. Vorträge. — Turnerische Aufführungen.
Lebende Bilder.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Robert Schmidt**.
 Entree 20 Pf. Anfang des Konzerts 4 Uhr. **Tanz 50 Pf.**
 Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet.

VI. Wahlkreis.

Ahrens Brauerei, Thurmstrasse. | Viktoria-Garten, Badstrasse 12.
 Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49. | Zimmermann's Clubhaus, Badstr. 58.
 Nordd. Brauerei, Chausseestr. 57. | Wernau's Festsäle, Schwedterst. 23-24
 Wedding-Park, Müllerstrasse 178. | Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-8.
 Feldschlösschen, Müllerstr. 142. | Jägerhaus, Schönhauser Allee 103.
 Marienbad, Badstr. 35-36. | Mierke's Lokal, Schönhauser Allee 102

Konzert. Festrede. Lebende Bilder.
Gesangsaufführungen. Kinderbelustigungen.
Turnerische Aufführungen. Tanz.

Parteilosen! Um die Maifeier zu einer grossartigen zu gestalten und auch den schlecht gestellten Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, daran theilnehmen zu können, wird ein festes Entree im 6. Kreis nicht erhoben. Wir ersuchen aber, um möglichst die Unkosten decken zu können, nach Belieben sich an der Teller Sammlung zu betheiligen.
 Anfang 3 Uhr. **Das Komitee.**

Oeffentliche Versammlungen

der

Gewerkschaften Berlins

am 1. Mai.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Beginn aller Versammlungen 12 Uhr mittags.

Holzindustrie. Gruppenversammlung: **Brauerei Friedrichshain**, Am Friedrichshain.
 Referent: **Robert Schmidt**.

Zusammenkunft der einzelnen Berufe vorher vormittags 11 Uhr:
 Stellmacher bei Lang, Elsäßerstr. 9. | Modell- u. Fabrik-Zeichner, Gartenstr. 152.
 Korbmacher bei Stramm, Ritterstr. 123. | Bürsten- u. Pinselmacher bei Späth, Wein-
 Stodarbeiter b. Stabernack, Injelerstr. 10. | strasse 29.
 Einjeher bei Schöning, Köpnickstr. 68. | Kistenmacher bei Munzig, Breslauerstr. 28.
 Parquetbodenleger bei Zubeil, Linden- | Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter bei
 strasse 106. | Wilke, Andreasstr. 26.
 Tischler, Drechsler, Jalousie-Arbeiter, Rammacher, Korlarbeiter kommen in ihren Bezirkslokale
 um 11 Uhr zusammen und begeben sich von dort aus zur Versammlung in die
 Brauerei Friedrichshain.

Verkehrsgewerbe. Gruppenversammlung: **Feuerstein's Festsäle**, Alte Jakobstr. 75. Referent: **Mosch**.
 Gaudbleuer, Geschäftsbdiener, Getreidebräuer, Speicher-Arbeiter, Koll- und Saffaherwerk-
 fischer, Möbeltransport-Arbeiter, Tischler, Tischlermeister, Händler u. Händlerinnen u. Bureau-Angestellte
 kommen vor der Gruppenversammlung nicht zusammen, sondern begeben sich direkt nach Feuerstein's Festsäle.

Lederindustrie. Gruppenversammlung: **Marienbad**, Badstr. 35/36.
 Referent: **P. Dupont**.
 Die Weidgerber, Lohgerber, Lederzurichter, Lederfärber, Lederarbeiter und Arbeiterinnen,
 Gaudschuhmacher und Sattler kommen vor der Gruppenversammlung nicht zusammen, sondern begeben sich
 direkt nach dem Hotel Marienbad.

Bekleidungsindustrie. Gruppenversammlung: **Cohn's Fest-
 säle** (großer Saal), Beuthstr. 21/22.
 Referent: **A. Täterow**.

Zusammenkunft der einzelnen Berufe vorher vormittags 11 Uhr:
 Kürschner bei Feind, Weinstr. 11. | Hutmacher bei Feind, Weinstr. 11.
 Kürschner, selbständige, bei Neumann, | Militärmützenmacher bei Buske, Grenadier-
 Linienstr. 19. | strasse 33.
 Moh- u. Konfektionsbranche, Mantelnäherinnen, Wäglar, Stepper, Blousen- u. Tricotfabri-
 cation-Arbeiterinnen begeben sich direkt zur Gruppenversammlung nach Cohn's Festsäle.

Buchdruck-, Steindruckgewerbe u. Lithographie.
 Gruppenversammlung: **Berliner Bockbrauerei**, Tempelhofer Berg.
 Referent: **Dr. Leo Arons**.
 Die Buchdrucker, Schriftgießer, Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Stereotypen-
 Lithographen und Steindrucker, Formstichter, Tapetendrucker, Chemigraphen kommen vor der Gruppen-
 versammlung nicht zusammen, sondern begeben sich direkt nach der Berliner Bockbrauerei.

Stuckateure: **Buske's Salon**, Grenadierstrasse 33.
 Referent: **C. Coblenzer**.

Möbelpolierer: **Stechert's Festsäle**, Andreasstrasse 21.
 Referent: **Dr. Zadek**.

Zimmerer: **Glystum-Festsäle**, Landsberger Allee 40-41.
 Referent: **G. Kessler**.

Schmiede: **Englischer Garten**, Alexanderstrasse 27c.
 Referent: **R. Millarg**.

Schuhwaarenindustrie. Gruppenversammlung all. Schuhmacher.
Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.
 Referent: **Hugo Pöttsch**.

Böttcher: **F. Wilke's Festsaal**, Andreasstrasse Nr. 26.
 Referent: **Max Kiesel**.

Bildhauer: „**Englischer Garten**“, Alexanderstrasse 27c.
 Referent: **Dr. Friedeberg**.

Maler und Lackierer: „**Louisenstädtisches Konzerthaus**“,
 Alte Jakobstrasse 37.
 Referent: **M. Mark**.

Buchbinder in der Kontobuch-, Leder-, Galanteriewaaren-, Luxus-
 papier-, Karton- und Albumfabrikation beschäftigt. Arbeiter
 und Arbeiterinnen: „**Arminhallen**“ (gr. Saal), Kommandantenstr. 20.
 Referent: **W. Tilgener**.

Die Gewerkschaften resp. die Einberufer der Gruppenversammlungen
 haben ihre Versammlungen **selbst** anzumelden. Bei den Zusammen-
 künften bedarf es keiner Anmeldung.

Gleichzeitig werden die Bureaus der Versammlungen beauftragt, über
 die Anzahl der Versammlungsbesucher dem Gewerkschaftsbureau, Annenstr. 16,
 1 Tr., sofort nach Schluß der Versammlung Meldung zu erstatten.

Mit solidarischem Gruß:

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Brief aus Rußisch-Polen.

Das wichtigste Ereignis unserer Arbeiterbewegung im verfloffenen Jahresviertel war zweifellos die vierte Parteitag der sozialistischen Partei Polens. Die Beschlüsse des Parteitages (außer den die Organisationsfragen betreffenden, die bei der geheimen Partei-Organisation natürlich nicht veröffentlicht sein dürfen) erschienen in der Nummer 26 des Warschauer Partei-Organs „Robotnik“ („Der Arbeiter“). Bezüglich der Agitation auf dem flachen Lande wurde den lokalen Parteikomitees empfohlen, mehr Aufmerksamkeit dieser Seite unserer Bewegung zu widmen und eine regelmäßige Verbindung zwischen der bereits bestehenden landproletarischen Parteimitgliedschaft und den städtischen Organisationen energisch zu unterhalten. Das Zentralkomitee (der Parteivorstand) wurde beauftragt — außer den seit einigen Jahren erscheinenden Broschüren für die Landarbeiter — auch Gelegenheits-Flugblätter für das Landvolk zu schaffen.

Was die Parteiliteratur betrifft, so wurde ferner beschlossen, eine populär-wissenschaftliche Zeitschrift im Auslande zu gründen. Dieser Beschluß ist schon ausgeführt, indem die erste Nummer dieses Partei-Organs unter dem Titel „Swiatlo“ („Das Licht“) bereits in diesem Monat in London erschienen wird. Der Parteitag verhandelte auch über die Stellung der sozialistischen Partei Polens gegenüber verschiedenen sozialistischen und revolutionären Gruppen anderer unter dem Joch des russischen Zarismus vereinigter Nationalitäten. Aber auch in allen zivilisierten Völkern des Zarenreiches machte der sozialistische Gedanke in letzten Jahren unaushaltbare Fortschritte, und unser Parteitag konnte u. a. die lettischen Genossen als ein neues Regiment der revolutionären Proletarierarmee im russischen Reiche begrüßen und dem Rigauer Arbeiterkomitee herzliche Wünsche der Erfolge und Entwicklung überbringen.

Die sozialistische Partei Polens, die erste stramme und zentralisierte Organisation des Proletariats im zarischen Reiche, wünscht nichts schärfer als Entsehung ähnlicher Organisationen unter den Genossen anderer Nationalitäten, vor allem unter den russischen Genossen. Der Wunsch scheint täglich der Erfüllung näher zu sein, und ein — obgleich indirekter — Beweis, daß man der Einigung der russischen sozialistischen Gruppen in eine Partei im europäischen Sinne in Bälde entgegensteht, — ist die Tatsache, daß unser Parteitag sich mit der Frage eines festen Vertrages zwischen der sozialistischen Partei Polens und der künftigen russischen sozialistischen Partei beschäftigte. Unter den unsererseits vom Parteitag aufgestellten Bedingungen eines solchen Vertrages finden wir: a) die russische Partei erkennt vollständig unsere Bestrebungen nach der Unabhängigkeit Polens an; c) die russische Partei erkennt das Recht der sozialistischen Gruppen anderer nicht-russischer Nationalitäten an, selbständige Parteioorganisationen zu bilden und selbständig ihr Verhältnis dem russischen Reiche gegenüber zu bestimmen. Diese selbstverständlichen Forderungen finden unter den russischen Genossen immer mehr Anklang; und wir sind sicher, daß zur Zeit, wo die russischen Gruppenverhältnisse zur Gründung einer vereinigten Partei reif sein werden, auch die politische Erkenntnis aller russischen Sozialisten dieselbe warme Sympathie diesen unseren Bestrebungen gegenüber zeitigen wird, welche sie längst seitens der anerkannten Führer der russischen Sozialdemokratie genießen.

Die Zeit scheint nicht mehr entfernt zu sein. Aber die totale Abwesenheit aller Freiheit der Diskussion, die Finsternis, in der alle sozialistischen Gruppen des Reiches ihren Weg durchtasteln müssen, erschwert manchmal die so ersehnte Verständigung. Als Beispiel solcher Sachlage mag die Haltung einiger jüdischer Genossen dienen, die den Parteitag zur Annahme der folgenden Resolution zwang: „In Ermüdung, daß das jüdische Proletariat mit dem Proletariat des Volkes, mit welchem es zusammenlebt, nur gemeinsame Aufgaben haben kann; in Erwägung ferner, daß die bisherige Thätigkeit der jetzt unter dem Namen „Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund Rußlands und Polens“ auftretenden jüdischen Gruppen von einem für unsere Bewegung schädlichen Organisations- und Programmeparatismus gekennzeichnet ist, was diese Gruppen manchmal in eine unfeindliche Stellung versetzt, — erkennt der Parteitag die politische Richtung dieses Bundes für schädlich, sofern dieselbe in Loosung von der Solidarität mit dem polnischen und lituanischen Proletariat in dessen Kampfe um Befreiung vom Joch der russischen Invasion besteht.“

Daß die sozialistische Partei Polens um die Aufklärung der jüdischen Arbeiter ernsthaft bemüht ist, das wird durch die Tatsache bewiesen, daß die Partei seit Jahren aus dem Auslande jüdisch-sozialistische Schriften einführt und verteilt, was in diesem Jahre in verstärkter Maße geschieht. Ferner aber hat der Parteitag beschlossen, so bald wie möglich eine unperiodische Zeitschrift im jüdischen Volksdialekt zu gründen.

Wenn ich jetzt vom Parteitage zu unseren täglichen Kämpfen übergehe, so muß ich hier erstens der großen Streiks gedenken, die im Januar aus Anlaß der Einführung des neuen Normal-Arbeitstages-Gesetzes in Warschau ausgebrochen waren. Ich schrieb aber schon feinerzeit dem „Vorwärts“ darüber ausführlich, kann hier daher nur den Verlauf als Sieg auf der ganzen Linie resümieren. Die Gesetze der Fabrikanten, die zarische „Reform“ (statt als Maximal-) als obligatorische Normalarbeitszeit zu deuten und die Arbeiter um ihre früheren, durch die Streiks erfochtenen Errungenschaften zu pressen, endeten mit einer schmachvollen Niederlage, indem die Arbeiter fast überall und mit Erfolg von der Defensiv zur Offensiv übergingen und sich bei dieser Gelegenheit neue Zugeständnisse nicht nur in Hinsicht auf die Arbeitszeit, sondern auch auf Lohnsätze erkämpften. Diese Bewegung dehnte sich im Februar auf die Provinz (Genshchowa, Dombrowa, Babilonka, Kamienka) aus; hier aber mußten sich — infolge der Schwäche der noch jungen Bewegung — die Arbeiter nur mit Durchföhrung der geschätzten Arbeitszeit und mit Abwehr gegen die verführten Lohndrückungen begnügen.

Im Februar fanden erneute Kämpfe um Arbeitszeit im Warschauer Wäldergewerbe statt, die theilweise von Erfolg gekrönt waren. Das im März erscheinende Flugblatt des Warschauer Arbeiterkomitees ruft die Wälder zu weiteren Kämpfen für folgende Forderungen an: 1. 10-stündiger Arbeitstag (statt 10 1/2 Stunden wie jetzt) für Tagelöhner und der 9-stündige (statt der jetzigen 10 Stunden) für Nachtarbeit, 2. Lohnerhöhungen, die im Flugblatt spezifiziert sind, 3. 26 Stunden ununterbrochener Sonntags- und Feiertagsruhe, 4. Aufhebung des noch in vielen Wäldern üblichen Trudytages und Naturallohnung, 5. Aufhebung aller Geldstrafen.

Zweifelsohne werden die Wälder diese Forderungen zur Geltung bringen; die Erfahrung des vorjährigen erfolgreichen allgemeinen Wäldereitens kann sie nur zu energischem Kampfe zur Verbesserung ihrer Lage aufmuntern.

Im Anfange dieses Jahres streikten die Warschauer Weibgewerber um Erhöhung des Lohnes zu erwingen. Der Streik dauerte 10 bis 21 Tage und war auch theilweise mit Erfolg gendert.

Die Seher in 12 Warschauer Druckerien kündigten am 15. März und legten am 1. April die Arbeit nieder, worauf sie binnen zwölf Stunden die gewünschte Lohnerhöhung (17 statt 15 Kopelen per 1000 Garamontbuchstaben) erhielten. Alle Zeitungen erschienen natürlich um 12 Stunden verspätet; die Ausnahme bilden das russische Regierungsblatt „Dewost“, wo kein Streik stattgefunden, und — die reichste Warschauer Zeitung „Warschauer Kurier“, wo die Arbeiterforderungen schon am 15. März bewilligt waren.

Von den Streiks des ganzen Jahresviertels, die nicht ein ganzes Gewerbe, sondern nur je eine Fabrik umfaßten, will ich hier die größeren erwähnen: 1. bei Peltzer (Spinnerei, in Genshchowa, siegreich); 2. Gampfer (Refabrik, Sosnowize, siegreich); 3. Sulowski (Wäldfabrik, Warschau, erfolglos); 4. Schen (Maschinen-

fabrik, Sosnowize, siegreich); 5. Grodziec (Zementfabrik, Bendzin, erfolglos — unter dem Druck der Kosaken); 6. Proschower (Metallfabrik, Warschau, erfolglos); 7. Lewy u. Wlont (Gerberei, Warschau, siegreich).

Im Dombrowa-Sosnowitzer Berg- und Hüttenbezirk dauert der Kriegszustand seit dem letzten großen Streik und Blutbad (September v. J.) fort. So wird z. B. nach 9 Uhr abends jedermann auf der Straße aufgehalten und muß Legitimationspapiere vorzeigen, sonst wird er verhaftet. Die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen sind immer noch auf der Tagesordnung. Die Pfaffen benutzen den Weichheitsstahl, um die Arbeiter über die Kolportage des geheimen Bergarbeiter-Organs „Gornik“ auszufragen u. Trost alledem ist die Stimmung der Massen vortrefflich, der „Gornik“ erscheint weiter, und wenn die den Arbeitern versprochenen Zugeständnisse nicht sehr bald erfüllt werden, so müssen wir in Kürze eine neue und noch umfangreichere Streikbewegung gewärtigen.

Inzwischen rüsten wir uns zur Matseer. Da wir uns bis jetzt am 1. Mai mit Arbeitsruhe begnügten und offene Versammlungen vermieden, so ist für uns der Sonntag kein für eine Massenfundgebung günstiger Tag. In der letzten Nummer des „Robotnik“ (Nr. 27 vom 3. April) finden wir einen schwungvollen Leitartikel „Der 1. Mai“, der mit folgenden bedeutungsvollen Sätzen endet: „Damit der 1. Mai in diesem Jahre nicht unbeachtet vergeht, muß er öffentlich gefeiert werden. Statt zu Hause zu sitzen, müssen wir in großen Haufen auf die Straße gehen, die meist besuchten Promenaden füllen und überall, wo es möglich ist, einen friedlichen und massenhaften Aufzug veranstalten. . . . Falls wir dabei keine Reden halten, so wird unsere Erscheinung selbst für uns reden.“

Oben haben wir die Rolle der Pfaffen unter den Berg- und Hüttenarbeitern des südlichen Russiens erwähnt. Der Weichheitsstahl soll nur Spiegheldienste leisten. Aber auch sonst stürzen sich die Pfaffen bei uns immer mehr in die politische Agitation, immer häufiger hört man von der Kanzel Predigten gegen den Sozialismus: in Dombrowa, Genshchowa, Lody, Warschau u. s. w. Daß das Ansehen der Geistlichkeit bei den Arbeitern dabei nichts gewinnt, ist selbstverständlich. Einer der schändlichsten Vorfälle dieser Pfaffen-agitation war der jüngste Kreuzzug der Warschauer „Katholischen Rundschau“ gegen die Warschauer Unentgeltlichen Leihbibliotheken. Diese harmlose Institution, die seit über 20 Jahren unter dem wachsenden Auge der zarischen Polizei ungeschädigt bestand und unter Leitung der Besize von notorisch konserverativer Gesinnung stand, wurde ein Dorn in den Augen des Pfaffenthums. Die „Katholische Rundschau“ begann eine förmliche Denunziationskampagne. Als Helfershelfer eilten 200 Kleinmeister, die in einer Eingabe an den Erzbischof baten, die Bibliotheken an Sonntagen zu schließen und dadurch die Gefellen und Bekehrte vom „moralischen Untergang“ zu retten. Als berechtigt erachtet erschien natürlich bald genug der General-Gouverneur Fürst Jmeretinski, und stellte die Bibliotheken unter eine besondere polizeiliche Aufsicht. Somit ist das Schicksal auch dieser Institution besiegelt.

Der „Katholischen Rundschau“ half bei dieser Niederknichtigkeit auch der Vorsitzende des Warschauer Wohltätigkeitsvereins, der berüchtigte Reaktions- und Popalst Fürst Radziwili. Das war sogar den „gutsinnigen“ Spielern, Mitgliedern des Vereins, zu arg, und Radziwili wurde bei der Neuwahl mit Trommeln und Trompeten niedergestimmt.

Uebershaupt aber sehen wir immer häufigere Beweise der inthigen Verdrückung unserer Bourgeoisie mit der russischen Regierung, und zwar besonders auf dem Gebiete der „Volksaufklärung“. Jetzt wollen die Lodyer Fabrikanten Fabrikbibliotheken für Arbeiter unter Kontrolle der Fabrikinspektoren gründen. Da die russische Fabrikinspektion allmählich vollständig zu einer Abtheilung der politischen Polizei geworden ist, so kann man sich leicht den Charakter dieser künftigen „Aufklärungsanstalten“ vorstellen. Kampf „mit geistigen Waffen!“

Die zu Ehren des Zarenbesuches gesammelte Million wird auch zu Zwecken der „Volksaufklärung“ verwendet sein. Von verschiedenen Projekten wählte die Petersburger Regierung den Vorschlag der Gründung eines Polytechnikums in Warschau, das von den Fabrikanten, die der gebildeten Arbeit für ihre Betriebe bedürfen, längst heiß herbeigesehnt war. So hilft die russische Regierung der Entwicklung des Kapitalismus in unserem Lande. Aber merkwürdigerweise, sogar für solche Zwecke hat die Regierung keinen Groschen aus den Steuern übrig. Die polnischen Kapitalisten müssen auch das aus freiwilligen Gaben bestreiten.

Unsere Loyalisten scheinen von der Regierung nichts außer dem Schutz vor den Arbeitern zu verlangen. Ein wirklich rührendes Beispiel der „Verdrückung“ ist die unter den Dombrower Unternehmern vom Polizeihauptmann veranstaltete freiwillige Sammlung für Errichtung — neuer Soldatenkasernen in Dombrowa. Zwei von den schlimmsten Ausbentern dieses Bezirks („Guta Banowa“ und die „Sosnowitzer Aktiengesellschaft“) baten um feste Einquartierung im Revier eines Kavallerieregiments zum Schutz vor den häufigen Streiks. Man erklärte ihnen, daß die Regierung sehr gern diesen Wunsch erfüllen würde, aber da der Herd der Ausschände eine Grenzgegend sei, würde die Errichtung von Kasernen bei den Nachbarstaaten Verdacht erregen. Wenn es daher geschehen soll, so kann es nur auf Kosten der Kapitalisten selbst geschehen, wodurch der „friedliche“ Zweck dieser Truppeneinquartierung karggekleidet wird. Die Kapitalisten werden schon die nöthigen 500 000 M. sammeln, und die Arbeiter werden beständige Nachbarschaft eines Regiments Kosaken im Herzen des Berg- und Hüttenreviers genießen.

Alle solche Vorgänge zeigen sogar den blindgeborenen Kleinbürgerlichen Patrioten die Richtung des Windes. Man findet immer häufiger in den Organen der Patrioten Lobgesänge zu Ehren der energischen revolutionären Haltung der Arbeiter (wobei aber das Wort „sozialistische Partei“ sorgfältig vermieden wird). Tiraden gegen die politische „Demoralisation“ der herrschenden Klassen und dergleichen. Ein Zeichen der Zeit ist auch, daß in diesem Jahre ein neues geheimes patriotisches Organ „Wolka“ („Der Kampf“) gegründet wurde, das zur Einigkeit „aller revolutionären Elemente“, d. h. der Sozialisten und der Patrioten aufruft. Das Blättchen bricht mit einer aufrichtigen Achtung und Bewunderung von der sozialistischen Partei und ist — allem Anschein nach — von einer extremen Gruppe der Patrioten herausgegeben. Es ist somit ein Ausdrück der unter den aktiveren Elementen des Kleinbürgerthums herrschenden Unzufriedenheit mit dem rückgratlosen Opportunismus des Hauptorgans dieser sogenannten „nationaldemokratischen Partei“, der „Panpolonischen Rundschau“.

Komisch ist es, daß die „Panpolonische Rundschau“ die Uebersetzung anspricht: „Wolka“ sei zwar kein sozialistisches, jedoch ein von der sozialistischen Partei subventionirtes Organ! Nun — es war eine Zeit, wo sich die Patrioten den Luxus erlaubten, eine sozialistische Zeitschrift geheim zu subventioniren in der Hoffnung, für sich eine sogenannte sozialistische Partei zu „erziehen“ und dieselbe als eine „spezielle Truppenart“ in „die große nationale Revolutionsarmee“ einzuverleiben. Der „diplomatische“ Versuch erlitt häufigen Schiffbruch. Was uns betrifft, so werden wir uns mit solcher „Diplomatie“ natürlich nicht abgeben. Merkwürdig ist es aber, daß die Patrioten, die sich noch vor einigen Jahren stark genug dünkten, uns vermittelst „ihre eigenen Sozialisten“ unter die Vormundschaft der „Nationalen Partei“ zu bringen, jetzt uns derselben Ansichten gegen sie verdächtigen!

Was die Anhänger der „Wolka“ betrifft, so werden sie natürlich früher oder später die Fahne endgiltig wählen müssen, und entweder links ins proletarische Klassenkampf oder rechts in den Sumpf des Kleinbürgerlichen Opportunismus wandeln müssen.

10. April 1898.

B. A. J.

Verbandstag der Brauer.

In Stuttgart ist am Sonntag der Verbandstag der deutschen Brauer zusammengetreten. In einer Vorbesprechung, die am Vormittag abgehalten wurde, stellte man die Tagesordnung fest und beauftragte mit der Leitung der Verhandlungen Klein-Hamburg und Winter-Stuttgart. Die Zahl der erschienenen Delegirten beträgt 31. Am Montag begannen die eigentlichen Verhandlungen. Dem den Delegirten vorgelegten Rechenschaftsbericht entnehmen wir das folgende: Die zwei Jahre seit dem letzten Verbandstag waren Jahre rührigeren Arbeitens im Verhältnis zu den vorhergehenden. Aber trotzdem weniger Kämpfe stattgefunden haben, ist für die Verbesserung der Daseinsbedingungen der Mitglieder sehr viel geschehen. Zwar ging der Streik in Karlsruhe, an dem 186 Mann theilhaftig waren, verloren und kostete dem Verbands große Summen, aber in einer ganzen Anzahl anderer Orte wurden mit Hilfe der Gewerkschaftsvereine auf dem Wege der Verhandlung die vorhandenen Missethände abgeschafft und Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Sonntagsarbeit durchgesetzt. So in Forzheim, Hanau, Hildesheim, Hannover, Hof, Erlangen, Kassel, Würzburg, Eßlingen, Oggersheim, Dagen u. Troisdorf der offenen Kämpfe wenige waren, ist seitens vieler Unternehmer nichts unversucht gelassen worden, um der Organisation der Brauereiarbeiter Abbruch zu thun. Die Zahl der Gemahrgelerten ist in den letzten zwei Jahren wesentlich gestiegen und mußte die Hauptkasse bedeutende Mittel aufwenden, um diese Opfer unterstützen zu können. Zur Gewinnung von neuen Mitgliedern wurden vom Hauptvorstand 20 000 eigene, sowie 15 000 Flugblätter von der Generalkommission nebst einer Anzahl Zeitungen verbreitet und 330 öffentliche Versammlungen abgehalten. Der Verband zählt jetzt 8500 Mitglieder (darunter 1000 Arbeitslose) gegen 7400 Mitglieder am 1. April 1896. Neun Zahlstellen sind eingegangen, dagegen wurden 22 neue Zahlstellen errichtet. Die Zahl der Zweigvereine beträgt 109. Die Einnahmen aus Beiträgen betragen im Geschäftsjahr 1896/97 die Summe von 42 446,29 M., die Ausgaben 40 398,63 M., im Geschäftsjahr 1897/98 Einnahmen 42 796,61 M., Ausgaben 32 078,87 M., so daß ein Kassenbestand von 10 717,74 M. verbleibt. An freiwilligen Beiträgen gingen in beiden Jahren ein 9229,93 M. Der Vermögensstand des Verbandes beträgt gegenwärtig 17 245,72 M.

Den Bericht über die Presse erstattete Redakteur Wiehle-Hannover. Die Debatte darüber füllte die ganze Nachmittagsitzung aus und drehte sich vornehmlich um die dem Organ der Bundesgefellen gegenüber einzuschlagende Taktik. Nach dieser Richtung wurde beschlossen, die Polemik mit genanntem Organ auf das nöthwendigste zu beschränken. Der Antrag, den Titel der „Brauer-Zeitung“ umzuändern in „Brauereiarbeiter-Zeitung“ wurde abgelehnt, beschlossen wird, den Inseratenpreis für die Mitglieder auf 5 Pf. für zwei Worte zu erhöhen, die Preßkommission von der Rechtschutz-Kommission zu trennen und die Zeitung früher erscheinen zu lassen, daß sie spätestens freitags in den Händen der Mitglieder ist. Abgelehnt wird auch der Antrag aus Heilbronn und Remscheid, das Format des Organs zu vergrößern. Hierauf wurde noch in die Beratung der Anträge zur Agitation eingetreten.

In der Sitzung vom Dienstag geben der Ausschuß, die Preß- und Rechtschutz-Kommission ihre Berichte. Bei der Wahl des Hauptvorstandes trat eine günstige Wendung der Verhältnisse insoweit ein, als die Aufgaben des Vorstandes getheilt wurden. Aus der Wahl ging Bauer-Hannover als Vorsitzender, Kagerl-Frankfurt als Kassierer und Kretz-Berlin als Redakteur hervor. Als Sitz des Vorstandes wurde wieder Hannover angenommen. Die Zentral-Kassen-Zuschußkasse rief eine lebhaft und interessante Debatte hervor, von der Erwähnung derselben wurde aber Abstand genommen, da den Mitgliedern nicht noch mehr Opfer aufgebürdet werden sollen. Die Arbeitslosen-Unterstützung soll weiter aufgestaltet werden und liegt dazu eine Reihe Vorschläge vor, deren Annahme auch eine Beitragserhöhung bedingt.

Am Mittwoch beschäftigte man sich hauptsächlich mit der Arbeitslosen-Unterstützung. Es wurde beschlossen, daß Arbeitslose fünfzig bis 60 Mark Unterstützung erhalten sollen, und zwar auf die Dauer von 45 Tagen, Krankheit gilt als Arbeitslosigkeit. Die Unterstützung tritt nach einer Karenzzeit von 14 Tagen in Kraft. Die Reise-Unterstützung fällt in Zukunft ganz weg. Ferner wurde beschlossen, daß gemahrgelerte Mitglieder, welche gezwungen sind, den Ort ihrer bisherigen Thätigkeit zu verlassen, Umzugsgelder bewilligt erhalten. Infolge dieser Beschlüsse wurde eine Beitragserhöhung nothwendig, und ist der monatliche Beitrag nunmehr auf 1 Mark festgesetzt worden. Hierauf nahm der Verbandstag Stellung zu den Streiks und wurde folgende Resolution beschlossen: „Bei allen Streiks ist vor allem darauf zu sehen, daß sämtliche in der Brauerei beschäftigten Branchen an demselben sich theilnehmen; jede Zerstückelung der Kräfte ist vollständig zu vermeiden. Die Arbeit ist nur nach vollständiger Uebereinstimmung der Streikenden wieder aufzunehmen. Ferner ist bei Aufstellung der Forderungen in jenen Städten, in denen die Lohnverhältnisse einigermassen geregelt sind, besonders die Verkürzung der Arbeitszeit ins Auge zu fassen, da sich die Zahl der Arbeitslosen immer mehr vermehrt. Ebenso ist die Sonntagsarbeit ganz abzuschaffen oder doch auf das geringste Maß zu beschränken. Den einzelnen Zweigvereinen und Zahlstellen wird es zur Pflicht gemacht, für die Durchführung der gesetzlichen Sonntagsruhe einzutreten.“ Ein Antrag von Hamburg, den Bierfischern und Stallenten bei Karabollagen und Vergehen gegen die Straßenordnung Rechtschutz zu gewähren, wurde ebenfalls angenommen.

Wahlversammlungen.

Der Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch in Prochnow's Hofhölle, Sebastianstraße, eine Generalversammlung ab. Der Vorstandsbereich ergiebt einen Zuwachs von 80 Mitgliedern und ein Stattfinden von vier Versammlungen. Hierauf erteilt der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal 1898, welcher bei einer Einnahme von 1185,71 M. und einer Ausgabe von 730,68 M. einen Kassenbestand von 455,03 M. aufweist. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit der Abrechnung, so daß dem Kassierer der Charge erteilt wird. Auf Antrag von Schen werden 300 M. dem Vorstand zu Agitationszwecken bewilligt. Wagner erhält nun das Wort zu seinem Vortrag „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Dem beifällig aufgenommenen Referat folgt eine Debatte, an der sich die Genossen Müller, Frank und Kahl theilnehmen. Sämtliche Redner kritisiren das Verhalten der gegnerischen Parteien im Wahlkampfe. Hierauf erklärt Schweiger, seine Anträge betreffs des Beschlusses der letzten außerordentlichen Generalversammlung bis nach der Wahl zurückziehen zu wollen. Frank, Widner, Fritz, Wagner, Georgi, Borchardt und andere Redner betonen vor allem Dingen, daß jetzt die Zwistigkeiten ruhen müßten und eine feste und zusammenhaltende Einigkeit gepflegt werden müßte. Am Schluß der gut besuchten Versammlung fordert der Vorsitzende zur regen Flugblätterverbreitung auf.

In Friedrichsberg fand am Donnerstag eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Stadthagen über das Thema: „Auf zur Wahl!“ referirte. Im Verlauf seiner Ausführungen kennzeichnete Redner die Bestrebungen der gegnerischen Parteipolitiker. Alle Aufwendungen aus Aktien und indirekten Steuern, die fast nur von den großen Massen angebracht werden, finden fast nur zu Militär- und Marinezwecken Verwendung, während man die eigentlichen Kulturaufgaben vernachlässigt. Dies zeige sich auch in der Gesetzgebung, wo der Klassencharakter stets

zum Ausdruck kommt gegenüber dem Arbeiterstande, Gesinde und Kleinbauern; überall macht sich die Bevorrechtung von Großkapital und Großgrundbesitz stets geltend. Dagegen ist es mit der öffentlichen Sicherheit, wie die jüngsten Ereignisse beweisen, äußerst schlecht bestellt. Um einen Mörder ausfindig zu machen, fehlt es zumeist an Polizeibeamten, während solche bei Ausbruch eines Streiks im Ueberflusse vorhanden sind. Aufgabe der Wähler muß es daher sein, daß am 16. Juni, dem Tage der Reichstagswahl, den Parteipolitikern das Handwerk gelegt und die Siegesfahne der Sozialdemokratie in immer weitere Kreise getragen wird. (Lebhafte Beifall.) In der hierauf folgenden Diskussion spricht Genosse P a r m a n u die Erwartung aus, daß die Wähler von Friedrichsberg, entsprechend der Steigerung der Einwohnerzahl bis auf ca. 85 000 Seelen, bei der Wahl ihre Schuldigkeit thun, um die Mächtschaften der Gegner zu vereiteln und dem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen. Schulz und andere äußern sich in gleichem Sinne. Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß das einzige Blatt, welches die Arbeiterinteressen vertritt, der „Vorwärts“, bei den Arbeitern und besonders deren Frauen mehr Eingang finden möge, an Stelle der billigen und „parteilosen“ Tageszeitungen. Auf den Einwand einiger Redner, daß der „Vorwärts“ den Frauen nicht genügend Stoff biete, wurde

von anderen entgegnet, daß derartigen Wünschen durch die Unterhaltungsbeilage Rechnung getragen sei. Als Wahlkomitee wurden hierauf die Genossen Schulz, Wieding, Piesegang, Lange und Weispflug ernannt. In seinem Schlusswort ermahnte Stadthagen insbesondere die Frauen, sich in reger Weise an der Wahltagitation zu beteiligen. **Rixdorf.** Eine öffentliche Volksversammlung fand am Donnerstag in Gröpler's Restaurant, Bergstraße, statt. Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil hielt das Referat über „Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen“. Die gesammte denkende und bedrückte Bevölkerung Deutschlands habe während der fünfjährigen Dauer der letzten Legislaturperiode lernen gelernt, welche Partei allein die wahren Interessen des Volkes vertrete. Die durch die in's Angeheure wachsende Militärlast bedingten Steuern, die Grenzsperrungen wegen angeblicher Ost- und Viehsuchen, die überaus scharfe Handhabung des Groben Unfug-Paragrafen, sowie die allgemeine, sich immer schlechter gestaltende Lage für Kleinhandel und Kleingewerbe sprechen heute deutlicher und nachdrücklicher, als die wohlgefeiltesten Leitartikel und Agitationsreden. Noch wisse man gar nicht, was die Zukunft alles bringen könne; der spanisch-amerikanische Krieg könnte bei der augenblicklichen

deutschen Weltmachtpolitik neben einer Heinen Heeresverfärfkung auch noch andere volkswirtschaftliche Uebelstände nach sich ziehen, denn schon heute sei auf dem europäischen Handelsmarkt das Brotkorn um ein ganz Bedeutendes gestiegen. Die länger als 2 Stunden andauernde Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. An der sich nun entspinneuden Diskussion beteiligten sich die Genossen Goppe, Thomas, Siegrist (Charlottenburg) und Frau Göhe. Die Diskussionsredner geben theilweise charakteristische Illustration zu den jämmerlichen ländlichen Verhältnissen; Thomas ermahnt besonders zur regen Flugblattverbreitung. Frau Göhe wendet sich eindringlich an die Frauen, welche sie zur Organisation und Agitation für die sozialistischen Ideen auffordert. Eine in-zwischen eingebrachte Resolution, für die erfolgreiche Kandidatur Zubeil's nach Kräfte zu agitieren, wird einstimmig angenommen. — Man schreitet nunmehr zur Wahl des Reichstags-Wahlkomitees, dessen Zahl auf neun Personen festgesetzt wird. Es werden gewählt Dormann, Wuh, Sy, Beutmann, Karl Meiner, Ostermann, Reherau, Klein und Hermann. — Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden, das gewählte Komitee nun auch nach besten Kräften zu unterstützen und sich ihm zur Verfügung zu stellen, schließt die Versammlung gegen 12 1/2 Uhr.

Sonnabend den 30. April

Herren-Garderobe

- Havelocks, Lodenstoff in verschiedenen Farben, gute Ausführung 10.75 Mk.
- Paletots, Melton mit Sergefutter, grau und mode 16.50 Mk.
- Jackett-Anzüge, kariertes Buckskinstoff, ein- und zweireihig 22.50 Mk.
- Jackett-Anzüge, grau und mode Cheviot 19.50 Mk.
- Loden-Joppen, für Haus 5.40 für Sport 8.75 Mk.
- Beinkleider, gestreift 5.50 und 6.75 Mk.

Anfertigung auch nach Mass, Werkstatt im Hause.

Mädchen-Jacketts

Matrosenform, dunkelblauer Cheviot mit hellblauem Satinkragen
Für das Alter von ca.

1-2	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-10	10-12 Jahre
5	5.50	6	6.50	7	7.50	8	8.50 Mk.

Schuhwaren für Damen

- Braune Schnürschuhe 3.50 und 5.85 Mk.
- Braune Knöpfschuhe 3.50 und 5.85 Mk.
- Schwarze Halbschuhe zum Schnüren oder Knöpfen 3.25 Mk.
- Hausschuhe, braun 2.65 schwarz 2.70 Mk.
- Lasting-Morgenschuhe 1.60 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Waarenhaus P. Rothenberg

Moabit, Thurmstrasse 31, Ecke Wilhelmshavenerstrasse

Souterrain.

Riesen-Auswahl in Haushalt-Artikeln. Glas, Porzellan, Steingut. Blech- und Emaillewaaren. Holz- und Bürstenwaaren. Stahlwaaren. Korbwaaren. Lampen, Lichte, Hausseifen. Broncewaaren. Reizende Nippes.

Künnel Hahlgarn H = 8 Pf. Grosses

Parterre.

Damen- und Herren-Schneiderei-Artikel nur bester Qualitäten in grösster Auswahl. Seidene Bänder, Spitzen, Rüschen. Corsetts nur besten Sitzes. Herren-, Damen- und Kinderwäsche. Tricotagen, Strümpfe, Cravatten. Damen-Gürtel, Sport-Gürtel.

Mohair-Schütz-Borde I Meter 10 Pf.

Erste Etage.

Neuheiten in Kleiderstoffen. Sammet und Seidenwaaren. Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe. Aussteuer-Wäsche. Bettfedern. Blousen und Blousenhemden. Jupons, Schürzen, Kleidchen. Garten- und Balcon-Tischdecken.

Damen-Handschuhe, Zwirn, 3 Kn. lg., Paar 10 Pf. bis zu den feinsten Qualitäten.

Ausstellung sämtlicher Abtheilungen in meinen 20 Schaufenstern zu auffallend billigen, festen Preisen.

Grosse Auswahl in Blumen.

Schuhwaaren bester Qualität.

Unsinn ist Viel Geld

für Güte anzugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.
Knabenfilzhüte v. 0.75 Pf. an
Horrenfilzhüte 1.25
Cylinderhüte 4.-
Haarfilzhüte 4.50
Chapeaux claquez zu 8.-, 9.- u. 10.- Pf.
im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert** Putz-Engros-Lager **Waldemarstr. 44, pt.** Kein Laden. Nur moderne Waare in großer Auswahl.

Kinderwagen Kranken-, Puppen-, Sports-, Kaffee-, Leiter- u. Biegenbodenwagen, Kinderklappstühle, Kinder-Holzstühle. Sämtliche Korbwaaren. Theilzahlung nach Ueberkunft. **Brunnenstrasse 95, vis-à-vis Humboldthain, a. Nordbahn.** Gesundheitsbrannen, Telephon III, 1767.
Unbedingt die billigste Quelle für Herren- und Knaben-Hüte
in **G. Kletmann's Fabriklager, Mariannenstr. 33, pt.** Kein Laden.

Herren-Hüte 65 Pf. Bessere Güte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 45379 u. n. r. **Barnim-Strasse 4/5, Sonntag geöffnet.**
Spraffer, Nachtig., alle Sorten Waldvogel, Vogelbauer billig. **Schnelle, Roppenstr. 60.**

Kauf die Probe-König
wenn man sich für ein gutes Produkt interessiert, so sollte man sich zuerst eine Probe-König kaufen. Diese sind in allen Geschäften zu haben. **W. STABY**
Kaufmann, Berlin, Unter den Eichen 100.

Jede Uhr reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie 6. Untereinander nur 1 Mark 50 Pf. außer Grund, keine Reparaturen billiger. Grobes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pinzetten. **Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Strasse 35.**

Hüte, Schirme.
Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 Pf. 4659 L.
Otto Gerholdt, 2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgerstraße.
Zur bevorstehenden **Mai-Feier** empfehle mein reichhaltiges Lager in **Filz- u. Seidenhüten, Schirme** in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.
Richard Klose, Aufnahmestrasse 41, zweites Haus von der Brunnenstraße.
Cohn's Hosenfabrik, Pallasenstr. 3, verkauft Arbeitshosen von 1 Mk. an, Zuhilfenahme von 2 Mk. an, **Herren-Anzüge nach Maß** sehr billig. 4837 L.

Stroh-, Filz- und Seiden-Hutlager
Einsparungshüte von 1.50 Mk. an in großer Auswahl.
P. Grund, 1. Geschäft: Brunnenstraße 180, 2. Geschäft: Trebbenerstraße 134, 55062* am Rottbuser Thor.
Schönheit
zartes, reines Gesicht, blendend schöner Teint, rosige Jugendfrisches Aussehen, sammetweiche Haut, weisse Hände in kurzer Zeit durch „Crème-Benzoe“. Unübertroffen bei rother und spröder Haut, Sonnenbrand und Hautunreinigkeiten. Unter Garantie franco gegen Mk. 2.50, Briefmarken oder Nachn. nur durch **Reichel, Spoa, Berlin, Eisenbahnstrasse 4.**
Betten Stropfbetten, Gardinen, Bänder, Portiären, Chaises longues, Tischdecken.
Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Remontouruhr, Regulatoren, Wecker, Operngläser, sportlich Plandische Reanderstr. 6.

Pankow! Nieder-Schönhausen!
Mai-Feier.

Die Maifeier findet in folgenden Lokalen statt:
„Zum Thürmchen“, Pankow, Kaiser Friedrichstr. 12.
„Zetteln's Waldschlösschen“, Nieder-Schönhausen.
„Stübchen Sausouci“, Thiel's Kaffeehaus.
In sämtlichen großen Gartenlokalen:

Konzert.
Tanz, Kinderbelustigungen, Ueberraschungen.
Eutree frei! 22/17 Anfang 3 Uhr.

Berein der Musikanten, Geizer und Berufsgeoffen
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 4 Uhr, in Cohn's Festsaal,
Weichstraße 19/20:

Versammlung mit Damen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag, 2. Aufnahme neuer Mitglieder. — Nach der Versammlung
gemüthliches Beisammensein mit Tanz.
138/8 **Der Vorstand.**

Verband der Möbelpolirer.
Die Versammlung am 2. Mai in Niddorf fällt aus. — Heute Abend
in sämtlichen hiesigen Entgegennahme von Beiträgen, Aufnahme von
Mitgliedern und Ausgabe der Urania-Billets à 50 Pf. zu der Sonder-
vorstellung am 8. Mai, 1 Uhr. Die Billets, welche nicht bis morgen Mittag
zurückgegeben sind, gelten als verkauft.
Morgen Mittag punkt 12 Uhr, Andreassstr. 21:

Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Herr Dr. Zadek.
Nach Schluss: **Gemeinsamer Ausflug** zu Herrn Daserland
in Schöneweide. Die Kaffeelücke ist von 3 Uhr an geöffnet. Theilnehmer,
welche tanzen, zahlen 25 Pf. 146/2
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet **Der Vorstand.**

Verband der Graveure u. Ciseleure
Deutschlands (Hilfale Berlin).
Am Sonntag, den 1. Mai 1898: 74/14

Frühpartie
nach Nieder-Schöneweide-Köpenick.
Treffpunkt: Schlesiener Bahnhof, morgens 8 Uhr. Kochzähler; Seidler's
Restaurant, Köpenick, Ritzgeheimer- und Dorotheenstr.-Ecke.
Nächste Filialversammlung: Dienstag, den 17. Mai.

Am Königs-
Thor. Haltestelle der
Ringbahn. **Schweizer Garten.** Am Friedrichs-
hain. Haltestelle der
Ringbahn.
Sonntag, den 1. Mai: **Garten-
Konzert und Vorstellung.**
Auftreten von Spezialitäten.
Vollbelustigungen (Saale: **Ball.**) Anfang 4 Uhr.
ofter Art. Entree 30 Pfg.
Achtung!! An Wochentagen Mai-September ist der Garten
an Vereine zu vergeben. Der Saal ist noch am 1. Pfingstfesttag frei!

Restaurant Wilhelmshof
Bahnhofsstation Hirschgarten.
Am Wald und Wiese gelegen. Herrliche Aussicht.
Empfehle mein Lokal den werthen Vereinen und Gesellschaften zur Ab-
haltung von Sommerfesten, Landpartien u. s. w. zu soliden Preisen,
Platz für 2000 Personen. — Kaffeelücke, Regelmäßige, Ausspannung.
Sachachtungswoll
**Alb. Schmädicke, Hirschgarten,
Wilhelmshof.**

Frühkonzert und Nachmittagskonzert
zur diesjährigen

Mai-Feier.
ladet ergebenst ein
**Wirth, Karpfenteich,
Treptow.**

machen wir unsere Landpartie (per
Kreuzer oder per Schiff)? Zum alten
Freund auf Pichelswerder.
Filz-, Seiden- und Strohhut- Engros-
Lager.
Welche Hüte von 1,50 an; stoffe Hüte v. 2 M. an; Strohhüte v. 30 Pf. an;
Mützen v. 50 Pf. an; Schirme, Stöcke, Kravatten; Radfahrermützen v. 1 M. an;
Gamaschen, Westen u. Spangen; Chapeau claque. Gr. Auswahl. Billigste
Preise. 5504L* **Robert Teipelke, Admiralstr. 16.**

**Deutsch-Amerikanische
Schuhfabrik**
G. m. b. H.
Hamburg, Stettin, Spandau, Halle a. S.
Steinstr. 133, Breitestr. 35, Breitestr. 47, Leipzigerstr. 84.



Spezialität: **moderne farbige
Schuhwaren.**
Eigene Verkaufsstellen in Berlin:
Oranienstrasse 162 | Hacke'scher Markt 42
zwischen Moritz- u. Oranienplatz | Rosenthalerstrasse.
Friedrichstrasse 131 | Frankfurterstr. 103
vis-à-vis Oranienburgerstrasse. | am Straussberger Platz.
Blücherstrasse 18. | Spittelmarkt 12.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 1. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr:
Grosse öffentl. Versammlung
in der „Brauerei Friedrichshain“ (am Friedrichshain).
Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Reichstags-Abgeordneter
Robert Schmidt.
Die Möbel- und Fabrik-Tischler treffen sich am 1. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, Gartenstr. 152, die Kitten-
macher bei Runzig, Bredlaustr. 28, die Bürsten- und Pinselmacher bei E p ä t h, Weinstr. 29, um gemein-
schaftlich nach dem Versammlungsorte zu gehen. 79/20 **Der Vertrauensmann: O. Klöpper.**

C. Joël's Victoria-Garten
SO., Köpnicke Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park.
Telephon: Amt 4, No. 2724.
Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden für Vereine u. Festlichkeiten 6000 Pers.
festlich, 11 Kegelbahnen, Kaffeeküche und allerlei Volksbelustigungen. 46612*
Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens u. Halste); von der großen Berliner Pferde-
bahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt. 28

Grünau. Gustav Lindenhayn Grünau.
Arbeiter-Bekehrungsort.
Großer Garten, 2 verdeckte Kegelbahnen. Säte von 80-300 Personen.
Kaffeelücke. 1/2 Bairisch 15 Pf. Große Weisse 20 Pf. 4740C*
Empfehle allen Genossen mein Lokal.

Zu Brauerei Pichelsdorf.
Ausflügen, Sommerfesten u. s. w. empfiehlt sich
Detonom: **Otto Starek.**

Hinaus, hinaus! zur Pferdebutzt!
Coepenick 20 Min. Waldweg. Gr. Saal, Turngeräthe.
4787L* 80 Morgen Spielplätze empfiehlt. **W. Magdeburg.**

Freunden, Bekannten, Genossen
empfehle meine Lokalitäten nebst
Vereinsszimmer, fassend 30-40 Per-
sonen, mit Instrument. 32888
Kingschumer Familien-Aufenthalts-
ff. **Verjandbier.** ff. **Weißbier.**
W. Mehlberg.
Weichenburgerstr. 38.

Eberswalde,
Victoriastr. 34,
Restauration u. Fremdenlogis
von **August Schulz.**
Vereine können angenehmen Aufenthalt
machen. 4916U*

Herren-Garderoben!
Sommerpaletots, Elegante Anzüge,
Radfahrer- und Touristen-Anzüge,
Berufsbekleidung für alle Gewerbe
kann man am reichsten und billigsten zu festen Preisen nur bei
Julius Lindenbarrn,
Große Straßfurterstraße 139,
speziell: **Spezialität:**
Anfertigung nach Maß. Aufschneider im Hause.
Für fremde Bekleidung hier! bei sorgfältig bekannte gute Stoffe
nichts Gleiches.

Carl Stier
Fabrik für
Herren- u. Knaben-Garderoben
Berlin SO., Oranienstrasse 168
Potsdam — Dresden 4415L*

Herren-Anzüge,
sehr elegant und sauber gearbeitet, alle neuen Farben in
Coating, Cheviot, Kammgarn, Zwirnbuckskin etc.
15, 18, 20, 22,50 24, 27-30 M.

Herren-Paletots
in anschliessender und halbweiter Form in den beliebten
grünlichen, sowie sämtlichen anderen Farben.
15, 18, 20, 22,50, 25, 27-36 M.

Herren-Havelocks
in imprägnirten porösen Lodenstoffen von 9-36 M.

Herren-Sport-Anzüge,
Jacket oder Faltenjoppenform, 15, 18, 20-30 M.

Herren-Hosen,
hochelegante Neuheiten,
16, 15, 14, 12, 11, 10,50, 9, 8,50, 7-5-3,50 M.

Knaben- und Jünglings-Anzüge,
sehr sauber und elegant gearbeitet, ausserst preiswerth.

Sämtliche sonstigen Artikel als
**Mäntel, Joppen, einzelne Jackets,
Röcke, Westen etc.**
Maass-Anfertigung unter Leitung erster Kräfte.
Nach ausserhalb sende Muster und Maass-Anleitung frei zu.



Sozialdem. Wahlverein
f. T.-B.-St.-Charlottenburg.
Hiermit bringen wir zur Kenntniss,
dass unser Mitglied, der Zimmerer
Carl Bartel
am 28. d. M. im noch nicht vollendeten
29. Lebensjahre an der Proletarier-
krankheit verstorben ist. Den Todes-
feim seit Jahren in der Brust, war
er ein allseitig treuer, opferwilliger und
thätiger Genosse. Wir werden sein
Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
nachm. 3 Uhr, vom Hause, Bismard-
straße 77, Charlottenburg, aus statt.
Wir ersuchen die Parteigenossen,
sich recht zahlreich an derselben zu be-
theiligen.
250/3 **Der Vorstand.**

**Zentral-Verband der
Zimmerleute Deutschlands**
(Zahlstelle Charlottenburg).
Todes-Anzeige!
Am Donnerstag, den 28. April 1898,
fiel unser Mitglied

Carl Bartel
an der Proletarierkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag
nachm. 3 Uhr vom Hause Bismard-
straße 77, Charlottenburg, aus statt.
Um zahlreiche Theilnahme ersucht
254/11 **Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse
der
Uhrmacher
zu Berlin.**
Freitag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
im Saale des Herrn Brodnow,
Seebörsenstr. 39:

**Ordentliche
General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Kaschenbericht.
2. Entlastung des Rendanten.
3. Berichtbeuend.
Sitzu ladet ein 33126
Der Vorstand.
G. Vaisch, Borjender.

Allen Freunden und Bekannten
theile ich hierdurch mit, dass am
28. April, abends 6 1/2 Uhr, mein
liebet Mann, unser guter Vater, Sohn,
Bruder und Neffe, der Zimmerer
Carl Bartel
im 29. Lebensjahre nach langem,
schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 1. Mai, nachm. 3 Uhr, von der
Wohnung, Bismardstr. 77, Charlotten-
burg, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung bei der Polizei
gegen 3. Nachmitt. nehme ich zurid.
B. Stephan, Stromstr. 31.

Meinen werthen Freunden und Be-
kannnten zur Nachricht, dass ich die
**Restauration
Zehrbelliner-Straße 79**
in Vertretung übernommen habe.
Der ehem. Kamerad der Bauarbeiter
Carl Engelhardt. 33066
Allen Parteigenossen empfiehlt bei
Sommerausflügen sein Lokal, Saal
und Garten mit 2 neuen Kegelbahnen,
Billard und Kaffeelücke. 3271b
E. Herrguth, Adlerhof,
Oppenstraße, 8 Min. v. d. Bahn geleg.
Speiten u. Getränke zu sein. Preisen.

Vereinsszimmer für 20-60 Pers.
m. Piano z. verg.
I. Grubert, Restaurateur,
Kaiser Franz-Orenadier-Platz Nr. 7.

Gasthof zu den drei Linden.
Köpenick, Grünauerstr. 16
Garten, Kaffeelücke.
4664U* **Bermann Göricke.**

Carl Strauss'
Vier-Lokal in Borgarten Stralauer-
Allee 17b. Fernspr. VII 4182.
Zahlstellen vom Wahlverein und
Metallarbeiterverband. 2787b

Ton-Halle,
Friedrichstraße 112.
Jeden Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag: **Gr. Ball.** 47382*
Reine 3 Vereinszimmer, ca. 40
bis 100 Personen fassend, auch für
Jahresfesten geeignet, sowie 2 vorzüg-
liche, nach neuem System hergestellte
Riesen-Kegelbahnen halte beidens
empfohlen. 49152*

Karl Pieper,
Krenzbergstr. 43.
Empfehle meine drei Restaurants:
Käbezahl, am Rüggele,
Tenfelssce, Rüggeleberge,
Marionlust, a. d. Dahme,
zwischen Grünau und Friedrichshagen,
bei Jahspartien über die Rüggele-
berge. 47242*

C. Strehhan,
Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.
Restaurant zur Erholung.
Köpenick, Kaulsdorferstrasse,
Gr. Frühstückstisch. Ferd. Polo.

Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse.
Großer Saal. — Großer Garten.
Jeden Sonntag: **Hall.**
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Möbel
verliehen gewesen und neue, stannend
billig. Theilzahlung gestattet.
Vorannt ohne Anzahlung. 49552*
**Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.**

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Reichstr. 30, Hof II. - **SO.:** Fritz Thiel, Stollbergstr. 35 v. part. - **Sechster Wahlkreis (Nothit):** Karl Anders, Salzburgerstr. 8, part. im Laden. - **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14. - **Gesundbrunn:** Wilhelm Wasmann, Grünhaldenstr. 6/65. - **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kahanen-Allee 95/96. - **Charlottenburg:** Gustav Schwarberg, Schillerstr. 94, v. 1. Trepp. - **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Egnarstr. 34, und Frau Weinmann, Egnarstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu ergatten). - **Rixdorf:** Oettermann, Erstraße 6. - **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part. - **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schönweide:** Otto Pohn, Ober-Schönweide, Siemensstr. 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schönweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senfledler, Restaurant. - **Friedenau-Steglitz:** Dr. P. Versee, Kirchstr. 15 im Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: Dr. Mohr, Döberstr. 8, und Dr. Scheilhase, Hornstr. 15a. - **Baumschulenweg:** Rich. Ullrich, Marienbaderstr. 18, I.

Kußerdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

BUTTER

beziehen Sie am vorteilhaftesten und der (45892)

Butter = Großhandlung

J. Maeding,

Comptoir und Lager: Krautstrasse 38 und seinen Filialen:
 Ruppen, Ecke Gr. Frankfurterstr. 1. Memelerstr. 52.
 Weidenweg 100. Rigarstr. 1.
 Krautstr. 48. Marktstr. 47.
 Langstr. 27. Andreas-Marktstr. 115-118.
 Oranienstr. 129. Reiche E. 15-18.

Täglich frisch (Detail-Preise).
 wirkliche feine Tischbutter Pfd. Mk. 1,00
 besonders zu empfehlen „ 1,10
 den vorzüglichsten Geschmack
 zufriedenstellende „ 1,20

Eier, nur frische Waare (können gefodet werden), s. d. billigsten Tagespreisen
 Käse, alle Sorten nur in bester Qualität.

Die Möbel-Fabrik
Grosser Möbelverkauf. Neue Schönhauserstr. 2
 (früher Rosenhaldenstr. 15)

Neueste bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 Mk. an
 nach geüb. Einrichtungs- und Einbaum-Verfahren. Lager gebrauchter und
 neuerer gemauerter Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt.
 Transport durch eigene Kutschmann, auch nach außerhalb. (44302L)

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 148,
Kottbuser Thor, Schöneberg.
 empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen:

Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten
 Diagonalen, von Mk. 13-33

Jaquet-Anzüge in guten, haltbaren Zwirn-
 Stoffen, 1- und Zweifig 16-24

Jaquet-Anzüge in glatten Diagonalen, Kamm-
 garnen, Satin- und Cheviot-
 Stoffen, 1- und Zweifig 18-35

Sacco-Anzüge modernster Farben in Satin- u.
 Cheviot-Stoffen, eleg. Ausfüh. 20-36

Rod-Anzüge in guten, wolkeln, schwarz Kam-
 u. Satinstoffen, modern. Fracans 25-38

Gehrod-Anzüge von feinen Satin, Tuch- u.
 Kammgarn-Stoffen, Zweifig 30-45

Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Weben,
 Cheviot und Zwirnstoffen. 10-20

Jünglings-Anzüge in Satin, Diagonal, Kammgarn
 u. Cheviot, 1 u. Zweifig, von Mk. 10-20

Havelocks, Stand- u. Reijemäntel zu den billigsten Preisen.

Wajdiniiten-Anzüge in allen Größen . . . von 3 Mk. an.

Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen
 Farben, Kammgarn und Cheviot, von Mk. 5-10

Knaben-Paletots, Neidame Jaquets in großer Auswahl.

Knaben-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften
 Zwirn-Stoffen, 1- und Zweifig . . . von 5 Mk. an.

Befellungen nach Maß von englischen, französischen und
 deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner
 persönlichen Leitung gut und billig angeführt.
 Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Streng reelle Bedienung.

Homöopath.-Klinik, Wasserheilverfahren
 Linienstr. 137, 8-10, 5-7, f. Krankh. d. Brust, Verdauungs-,
 Unterleibsorgane, der Haut, Nerven, Rheuma.

Schweitzer's Emolin
 macht die Haut weich und zart, ihr ein sammetartiges Aussehen
 gebend, ohne zu fetten. Wer einmal Emolin
 gebraucht hat, kauft nie etwas Anderes. In Schachteln zu
 10 und 25 Pf., in Tuben zu 40 und 75 Pf. (4020L*)
 in allen einschlägigen Geschäften.

S. Schweitzer, Berlin O., Holzmarktstr. 69/70.

Uhren-, Goldwaaren-Versand.
 Bear-Verkauf u. Teilzahlung. Versch. briefl. S. Bogdt. Auguststr. 92

Künstliche Zähne.

H. Steffens, Hofenhalerstr. 61, 2 Tr.
 Teilzahlung pr. Woche 1 Mk.

Frischer Maitrank
 Kl. 60 Pf., 6 Pf. 3 Mk.
 4878* M. Thiele, Oranienstr. 177.

Man trinke:
Original-Löwenbitter
 Das Beste für den Magen.
 In Flaschen
 & Mk. 0.60, 1.10 u. 1.80.
 Wie im Kaufhaus überall zu haben.
 Wo nicht vorhanden, bitte zu
 verlangen.
R. F. Mittelstädt
 Weinhandlung und Hofbrauerei
 N., Brunnenstr. 152.

Gardinen
 denkbar größte Auswahl
 in den neuesten Mustern
 zu bekannt billigen Preisen

Reste
 zu 1, 2 bis 4 Fenster
 passend, bedeutend
 unter Preis.

Carl Schloss,
 Waarenhaus „Süd-Ost“
 22, Wienerstrasse 22,
 1. Grünauer-Strasse 1.

Für 2-3 Mark
 Siehe sehr groß- u. Knabenanzüge,
 Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster
 7-10 Mk. Für 12 Mk. f. Cheviot-
 und Kammgarnreste, Paletots und
 Selenreste so lange der Vorrath reicht

im Riesenstofflager
 Araniestr. 14, I., kein Laden.

Englischen Unterricht

erteilt **G. Liebknecht,**
 160. Kantstr. 100.

Verloren Herbedahn-Karte,
 Gegen Belohnung
 abzug. Thiedt, Reimendorferstr. 2 F.

Damenjackets, Kragen bill. Rehrerstr. 2 I
 Prof. Schläffl, Pöckstr. 32, II. r.*
 Wöbl. Schläffl, Sebastianstr. 4, v. z.
 Schläffl, verm. Thurn, Brigerstr. 39, II.
 Wöbl. Schläffl, Schindlerstr. 9 a. b. Hode.
 Schläffle für verm. Oranienstr. 3
 Querweg III. bei Wolf. 3301b
 Prof. Schläffl, Gartenaustr. 1 a. 2 f.
 event. s. arbeiten verm. Sommerfeld,
 Mantelstr. 31 Hof v. 3302b
 Prochn. möbl. Vorderzimm. a. Sch.
 Thor, (ohne Ausst.), f. 2 Z. fogelich.
 Pr. 20 Mk. inkl. Kaffee. Stollbergstr. 70a,
 v. 2 Tr. Wwe. Schmidt. 3299b
 Kl. sep. Zimm. f. 1 f. Oranienstr. 11
 v. 4 Tr. z. 3295b
 Wöbl. Schläffl, Flureingang, Ad-
 miralstr. 29, v. 2 Tr. Wwe. Beder.
 Wöbl. Schläffl, an d. od. D. zu
 verm. Raumstr. 5, v. 2 Tr. I. (3308b)

Arbeitsmarkt.

Dirigent
 sucht noch für Montag od. Donnerstag
 einen Gehilfen. Franz Apst,
 Frankfurtstr. 110. 3297b

Lüchtiger Dirigent
 wird für Mittwoch gef. Off. sind zu
 richten an G. Ludwig, Schreibertien-
 straße 19a. 3310b

Ein tüchtiger Messerschmied
 a. Stanzmesser verl. W. Erdmann,
 Straßberg. 3298b

Tücht. Kerndmacher
 wird gef. Eifengießerei Rixdorf,
 Gannertstr. 28.

Ein gewandter Färber oder
 Arbeiter, welcher Baumwolle
 in Katochen färbt und wäscht, s. sof.
 Eintritt gef. Off. sub S. 3 Grp. d. Sta.

Zehrmädchen z. Damenkleidererei
 verl. Engel, Langestr. 36. 3304b

Blusen- u. Kleiderarbeiten
 Arbeiterinnen
 verl. Rabau, Kragensstr. 13a.

Ein Mädchen lernen Receptieren un-
 ter Aufsicht. 33a, Dampfstraßerei.

7. Ziehung d. 4. Klasse 198. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 22. April 1898, nachmittags.
 Nur die Gewinne über 210 Mark hat den betreffenden
 Nummern in Ganzzahl beigefügt.
 (Cf. Nr. 6612.)

974 89 423 36 64 921 948 911 60 1035 93 101 89
 65 89 306 889 (500) 825 33 729 831 974 2428 01 544 90
 96 676 741 849 93 922 (300) 8114 215 325 430 596 810
 48 (3000) 4001 887 5002 326 69 438 674 714 35 949
 6146 225 312 485 512 646 764 98 810 7017 301 80 97
 99 450 532 62 636 892 984 8012 23 155 61 62 392 435
 42 (1500) 506 610 929 42 (300) 9102 8 149 (500) 432 563
 642 995

10017 188 99 337 620 23 39 834 (500) 11007 182
 83 251 456 501 89 645 721 12071 139 210 545 68 488
 (500) 699 65 889 99 13096 171 78 390 (500) 441 674 711
 96 (300) 14071 78 (500) 119 69 (300) 402 323 95 651 830
 903 14071 78 (500) 119 69 (300) 402 323 95 651 830
 10000 22 79 307 459 592 96 695 766 88 852 56 967
 10004 11 12 204 (1500) 827 921 67 93 (3000) 17005 62
 394 (500) 668 585 783 973 78 (3000) 18110 (500) 206 72
 804 415 37 453 690 743 602 61 19119 205 12 23 590
 635 85 711 (3000) 32 901 84

20001 216 96 (500) 315 424 78 544 781 911 21008
 225 940 69 492 512 678 (500) 740 91 908 45 22011 265
 354 85 89 494 534 706 851 22316 533 747 (300) 284 966
 24011 34 85 128 219 (3000) 487 658 997 25294 782 814
 24011 34 85 128 219 (3000) 487 658 997 25294 782 814
 24011 34 85 128 219 (3000) 487 658 997 25294 782 814
 24011 34 85 128 219 (3000) 487 658 997 25294 782 814
 24011 34 85 128 219 (3000) 487 658 997 25294 782 814

7. Ziehung d. 4. Klasse 198. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 22. April 1898, nachmittags.
 Nur die Gewinne über 210 Mark hat den betreffenden
 Nummern in Ganzzahl beigefügt.
 (Cf. Nr. 6612.)

103 18 32 94 324 78 782 54 99 852 919 1127 34 44
 273 318 19 456 595 715 62 90 821 91 915 2131 325 50
 67 486 551 91 605 30 708 31 836 62 (300) 82 3076 323
 27 30 451 80 716 45 (3000) 985 4182 274 276 434 605
 44 954 65 5075 238 334 (1500) 55 439 84 (300) 676 756
 950 54 6252 348 450 74 77 90 522 673 845 61 89 971
 89 7018 98 167 64 208 49 424 501 658 61 726 63 917
 8006 115 271 763 88 9073 (500) 162 221 50 439 813
 943 (500)

12057 406 71 908 761 98 811 639 11017 214 558
 636 790 921 60 12135 413 544 892 13089 106 65 231
 80 88 427 622 712 58 806 907 14056 88 167 216 430
 627 69 574 976 (3000) 15290 340 404 578 808 769 907
 (3000) 16014 19 140 318 409 (1500) 29 595 834 17014
 359 420 97 985 822 18099 108 47 381 (3000) 408 69
 585 611 33 723 57 19082 139 384 485 879 997
 20057 889 44 546 639 75 778 814 (10000) 925 59
 21038 302 47 411 66 582 603 24 31 778 811 96 22088
 66 162 70 300 456 560 645 706 803 967 79 22082 117
 (3000) 58 210 18 (500) 75 427 540 633 718 35 833 24254
 56 307 417 30 592 687 701 858 22505 22 61 (300)
 78 870 567 670 783 30 60 84 22058 147 48 490
 (500) 551 712 818 22728 42 83 357 528 623 64 70
 22025 495 99 (300) 687 998 22109 254 499 (300) 555
 890 64 99

30019 192 370 678 710 25 881 908 18 33 21056 162
 218 578 66 624 717 (500) 32087 (1500) 187 461 586 99
 34019 (1500) 112 (3000) 205 19 34 9 315 467 97 688 878
 24019 (1500) 112 (3000) 205 19 34 9 315 467 97 688 878
 910 35000 16 242 49 82 354 437 595 678 571 968 98
 22025 40 115 231 67 378 (3000) 96 438 560 688 991
 27107 29 304 309 317 (1500) 84 739 898 30622 79 526 81
 677 725 27 809 59 935 39 (500) 32033 107 40 855 472
 772 898 918

40022 44 199 282 590 (300) 650 811 41 80 936 41221
 65 331 38 494 998 993 42122 78 68 478 595 674 793
 882 42116 21 567 98 (1500) 630 67 912 44110 31 274
 424 507 60 650 711 (3000) 927 45007 25 44 128 48 74
 (1500) 272 335 450 711 42008 (500) 105 108 304 60 385
 525 667 68 71 728 819 47196 301 500 609 (1500) 741
 5 71 48568 74 709 90 399 49127 220 532 637 28
 780 922

50005 83 130 286 32 42 447 602 50 813 978 51180
 554 98 634 973 54122 88 828 475 680 98 98 (300) 617
 972 9 20 78 94 947 53924 105 22 92 345 356 472 91
 750 870 91 92 43022 60 401 94 39 40 725 571 954
 55034 132 285 246 471 665 602 9 18 49 701 816 57
 58004 45 128 26 67 320 702 912 57018 34 (1500) 157
 60 71 859 429 56 608 83 725 58040 684 707 15 971
 52000 115 399 569 705 815 956

60000 121 80 209 402 631 72 784 872 61018 165
 287 344 495 536 887 907 13 59 62041 233 254 68 497
 618 96 748 63106 16 26 (1500) 227 489 96 627 855 80
 50 64120 141 1 200 87 457 663 967 61 65084 128
 355 328 95 (3000) 827 74 (3000) 851 910 66040 52 70
 132 (3000) 202 47 325 78 948 82 830 70 (1500) 995 67126
 223 376 556 67 (500) 746 839 78 85165 77 212 489 591
 817 34 60000 190 (3000) 211 28 41 449 510 646 52
 915 72

70296 99 312 473 650 701 40 84 71254 321 442
 (1500) 515 46 (300) 569 72056 114 (1500) 328 (1500)
 644 83 97 693 43 805 73101 310 39 79 432 514 90
 724 74030 611 38 810 (300) 91 600 724 73118 35 255
 85 906 800 54 88 925 70888 112 225 540 696 734 41
 823 823 76 77169 85 99 280 536 (1500) 726 850 928
 79097 222 66 333 87 894 54 95 683 800 50 79071 149
 418 543 59 715 92 47 75 877

80128 80 543 57 584 (500) 675 708 (3000) 84 902 (500)
 85 94 81013 (500) 40 60 63 78 174 249 89 345 531 80
 719 82183 225 64 878 81 809 933 (3000) 77 83311 34
 93 438 60 680 94 786 886 92 84004 279 314 (3000) 87
 61 657 (300) 73 77 820 962 87 (1500) 85018 92 114 392
 517 63 (3000) 871 88 92 86008 188 250 809 58 544 74
 733 824 65 87168 267 79 455 849 84000 99 195 231 62
 489 (300) 605 768 84980 889 829 563 712 75 939

90111 13 62 92 31 606 77 857 944 64 91067 216
 51 58 322 552 95 691 (500) 55 842 92057 145 374 403
 527 637 928 (3000) 38 10030 44 50 421 573 507 34
 64000 51 300 645 704 18 923 66 95240 80 197 334 72
 526 (300) 39 47 79 931 96073 78 336 80 329 679 704
 854 97285 50 401 540 730 78 897 948 62 98017 (300)
 35 123 56 (500) 296 474 (300) 75 610 86 761 90 677 900
 (500) 55 98023 52 56 154 39 97 631 60 799 81 928

100225 41 70 32 412 47 (1500) 643 732 802 22 910
 101195 316 34 (300) 49 695 630 763 (10000) 857
 102344 122 295 394 435 55 731 94 924 (500) 82 103119
 204 62 517 39 84 (3000) 744 982 (1500) 104011 229
 (3000) 60 95 422 53 502 55 957 105280 323 49 585
 (3000) 622 796 804 67 808 106389 400 515 17 60 (300)
 674 717 800 91 41 (3000) 97 99 107049 100 235 324
 418 64 629 88 602 905 29 45 108106 35 306 9 548 590
 707 995 24 108017 27 79 167 72 86 345 495 588 654
 93 798 90 14

110207 563 684 761 656 975 111195 210 384 500

7. Ziehung d. 4. Klasse 198. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 22. April 1898, nachmittags.
 Nur die Gewinne über 210 Mark hat den betreffenden
 Nummern in Ganzzahl beigefügt.
 (Cf. Nr. 6612.)

615 84 85 761 880 112028 101 85 932 818 34 778 90
 (3000) 11800 (3000) 19 22 54 157 58 59 (3000) 220 922
 478 544 93 775 904 (3000) 114016 25 128 348 419 605
 (3000) 869 90 907 (500) 74 95 115117 10 222 507 92
 688 909 19 110016 70 117154 61 (500) 679 95 620 740
 47 48 82 (3000) 988 94 118016 194 250 386 752 56 81
 974 119080 301 39 485 651

120017 301 56 405 677 999 181199 247 300 578
 709 36 57 (500) 886 904 (3000) 120058 194 238 420 40
 74 87 515 25 37 46 641 (1500) 78 (300) 707 855 75 (1500)
 123060 190 290 411 522 35 994 724 47 67 90 814 924
 124222 414 54 74 630 46 759 974 123217 27 35 32 350
 78 569 722 124630 398 423 639 822 904 127199
 (300) 638 790 969 73 (1200 000) 129011 (300) 162 829
 854 (3000) 77 83 903 120208 78 674 585 50 767

120019 87 358 (500) 69 559 679 747 834 120022
 91 125 44 60 478 778 120261 221 489 (3000) 585
 (300) 842 63 939 09 123405 48 (500) 580 55 613 48
 (300) 890 965 124227 43 408 683 715 27 (1500) 912
 (300) 39 125120 278 651 727 (1500) 71 987 120069
 148 (3000) 414 544 707 771 127125 281 38 476 83 556 98
 840 128215 39 336 (3000) 77 402 544 61 81 63 633 120111
 47 (300) 216 320 37 621 54 704 956

140051 424 (3000) 641 78 775 896 141020 166 214
 23 99 305 83 475 (1500) 632 46 142015 222 84 378 584
 659 (3000) 78 768 81 306 149115 204 73 885 438 523
 38 72 601 76 (3000) 896 936 96 144062 65 (1500) 115 72
 961 355 429 51 677 85 938 99 946 144028 81 97 989 97
 507 45 408 (300) 35 530 511 30 (500)